

10. Sitzung

am Dienstag, dem 27. Januar 2009, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 503

Erklärung der Landtagspräsidentin
zum **Gedenktag für die Opfer der nationalsozia-**
listischen Gewaltherrschaft und des Völker-
mords

Präsidentin Barbara Stamm..... 503

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten **Josef**
Heiler 504

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Marga-**
rete Bause, Dr. Sepp Dürr, Johannes Hintersber-
ger, Prof. Ursula Männle und Dr. Manfred Weiß . .
504

Erklärung des Ersten Landtagsvizepräsidenten
zu **60 Jahre Landtag im Maximilianeum**

Erster Vizepräsident
Reinhold Bocklet..... 504

Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Antrag
der SPD-Fraktion

"Rekordmilliarden-Verluste der Bayerischen
Landesbank - Gleichzeitig goldener Handschlag
für den stellvertretenden Vorstandsvorsitzen-
den Hanisch - Wie nimmt die Staatsregierung
ihre Verantwortung wahr?"

Inge Aures (SPD)..... 505 506 512
Staatsminister Georg Fahrenschon..... 505
507 508 509 510 511 512
512 513
Eike Hallitzky (GRÜNE)..... 508 509 510
Bernhard Pohl (FW)..... 510 511
Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)..... 512
Ernst Weidenbusch (CSU)..... 513

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der
Fraktion Freie Wähler
"Flächendeckende Versorgung mit Haus- und
Fachärzten in Bayern"

Dr. Karl Vetter (FW)..... 513
Christa Stewens (CSU)..... 515
Kathrin Sonnenholzner (SPD)..... 516
Theresa Schopper (GRÜNE)..... 518 519
Dr. Otto Bertermann (FDP)..... 520
Dr. Thomas Zimmermann (CSU)..... 520
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter
Bauer (FW)..... 522 523
Staatsminister Dr. Markus Söder..... 523

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur **Änderung des Finanzausgleichsgesetzes**
(**Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009**) (Drs.
16/209)

- Erste Lesung -

Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die **Feststellung des Haushaltsplans des**
Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009
und 2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010)
(Drs. 16/210)

- Erste Lesung -

Staatsminister Georg Fahrenschon..... 525
526 553
Adelheid Rupp (SPD)..... 533
Georg Winter (CSU)..... 537
Mannfred Pointner (FW)..... 541
Thomas Mütze (GRÜNE)..... 544
Karsten Klein (FDP)..... 549 552
Eike Hallitzky (GRÜNE)..... 551
Erika Görnitz (CSU)..... 552 553
Christine Kamm (GRÜNE)..... 553

Verweisung gem. § 148 GeschO in den Haushalts-
ausschuss..... 555

Erste Lesung

zu Staatsverträgen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen:

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Zwölften Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwölfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)
(Drs. 16/260)

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung (Drs. 16/261)

Verweisung in den Hochschulausschuss..... 555

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (siehe Anlage)

Beschluss..... 555

Neubestellung

eines Mitglieds des Landtags für den Landesdenkmalrat

Beschluss..... 555

Mitteilung betr. Wahl des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des **Parlamentarischen**

Kontrollgremiums 555

Schluss der Sitzung..... 555

(Beginn: 14.03 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 10. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Rundfunk und Fernsehen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Diese Genehmigung wurde im Vorfeld wie immer erteilt.

Erklärung der Landtagspräsidentin zum Gedenktag für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Völkermords

Heute vor 64 Jahren befreiten sowjetische Soldaten die Überlebenden des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz. Die dort gefundenen Spuren und Dokumente einer unvorstellbaren, planmäßigen Tötungsmaschinerie sind ein unauslöschliches Zeugnis für die von Deutschen begangenen barbarischen Verbrechen an Juden, an Angehörigen anderer Volksgruppen und an Personen, die dem Nationalsozialismus Widerstand leisteten und deswegen verfolgt wurden.

Auf Initiative des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog wurde vor 13 Jahren aus dem Befreiungstag der offizielle deutsche Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Zehn Jahre später erklärten die Vereinten Nationen diesen Tag zum Internationalen Gedenktag und setzten damit ein unmissverständliches Zeichen für eine grenzüberschreitende Erinnerungsarbeit. Denn uns alle verbindet und leitet in unserem Handeln die gemeinsame Überzeugung mit dem Ziel "Nie wieder Auschwitz, nie wieder Krieg".

Nach wie vor sind wir fassungslos ob der bitteren Erkenntnis aus der Geschichte, wozu Menschen fähig sind, wie es zum Holocaust kommen konnte und warum jeder Maßstab für Recht und Unrecht verloren ging. Deshalb ist es besonders bestürzend, wenn Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in der Mitte unserer Gesellschaft wieder um sich greifen und auf dem gefährlichen Nährboden von Ignoranz und Gleichgültigkeit gedeihen können. Wir sollten doch längst begriffen haben, dass es notwendig ist, für die Werte der Zivilisation einzustehen und sie zu verteidigen, und das immerwährend.

Roman Herzog fragte sich in seiner Rede anlässlich des ersten Gedenktages, ob Erinnerung Zukunft haben kann, vor allem, ob die Auseinandersetzung gerade der jungen Generation mit der Vergangenheit und den notwendigen Konsequenzen möglich sein wird. Ich bin zuversichtlich - das können wir alle sein -, dass trotz des zunehmenden zeitlichen Abstands jede Generation ihren Weg und ihre Art und Weise des Erinnerns findet und finden wird. Wichtig ist, dass wir die Rahmenbedingungen dafür setzen. Mit "wir" meine ich alle, die in

der Verantwortung stehen: im Elternhaus, in den Schulen, in den Bildungsinstitutionen des politischen und vopolitischen Raums, in den politischen Funktionen.

Gedenktage alleine reichen nicht aus. Genauso vielfältig wie die Formen des Erinnerns sein können, sollte die Auseinandersetzung mit den damaligen Geschehnissen sein. Die Weitergabe von authentischen Erfahrungen in Lesungen und Gesprächen sind ebenso wichtig wie die Besuche der Gedenkstätten. Von den über 180 Gedenkstätten in Deutschland sind über die Hälfte nicht nur ständig geöffnet, sondern bieten auch eine Vielfalt an pädagogischen Programmen an. Auch in den Schulen werden bemerkenswerte Projekte durchgeführt. Beispielhaft nenne ich an dieser Stelle eine Initiative des Ostendorf-Gymnasiums in Neumarkt in der Oberpfalz, bei dem Schülerinnen und Schüler nach einer langen und sehr sorgfältigen Spurensuche vieles über das jüdische Leben damals in ihrer Heimat herausgefunden und zu einem beeindruckenden Musical verarbeitet haben.

Unverzichtbar und in besonderer Weise bereichernd ist für die jüngere Generation die lebendige Erfahrung der jüdischen Gemeinden in unserem Land. Über sechs Jahrzehnte nach der Shoa sind sie ein selbstverständlicher Teil unserer Gemeinschaft und gestalten aktiv unser gesellschaftliches, religiöses und kulturelles Leben mit. Das ist ein großer Vertrauensbeweis der jüdischen Bürgerinnen und Bürger in das demokratische und freiheitliche Wertesystem dieses Landes. Darüber hinaus ist es eine greifbare Chance für uns alle und besonders für die Jüngeren, mehr über die Kultur und Geschichte des Judentums zu erfahren. Denn das Wissen um das Eigene und um das Fremde ist die wirkungsvollste Prävention gegen Beliebigkeit und dumpfe Ausgrenzungsmechanismen. Zugleich ist es eine Antriebsfeder dafür, nicht nur den Wert von Freiheit und Demokratie zu begreifen, sondern auch für ihn einzutreten, damit jeder Ansatz von Rassenwahn und Unmenschlichkeit im Keim erstickt wird.

In diesem Sinne, verehrte Kolleginnen und Kollegen, gedenken wir heute der Opfer, die der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg gefordert haben, aber auch derjenigen, die sich mit Zivilcourage gegen die Barbarei gewandt haben. Ich bitte Sie, sich zu einer Gedenkminute von Ihren Plätzen zu erheben. -

(Gedenkminute)

Ich danke Ihnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte die Sitzung für einige Minuten unterbrechen, bevor wir mit der Tagesordnung fortfahren.

(Unterbrechung der Sitzung von 14.01 bis 14.07 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit. Wir nehmen die Sitzung wieder auf.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, eines früheren Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 15. Januar verstarb im Alter von 88 Jahren Herr Josef Heiler. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1974 bis 1990 an und vertrat für die CSU den Stimmkreis Rosenheim-West.

Bevor er in die Landespolitik eintrat, war Josef Heiler als Gemeinderat, zweiter Bürgermeister, Kreisrat und Bezirksrat auf der kommunalpolitischen Ebene fest verankert. Im Landtag machte er die täglichen Sorge und Nöte der Bürgerinnen und Bürger zu seinem besonderen Anliegen. Für sie war er auch über seine Mandatszeit als Landtagsabgeordneter hinaus ein beharrlicher, verlässlicher und integrierender Ansprechpartner.

Als Landwirt mit langjähriger Erfahrung im eigenen Bauernhof waren ihm auch die Probleme der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes bestens vertraut. Die Bauern hatten in ihm stets einen sachkundigen und beherzten Fürsprecher.

Während seiner Jahre im Bayerischen Landtag war Josef Heiler Mitglied in mehreren Ausschüssen, durchgehend im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft. Im Jahre 1986 war er der Alterspräsident, der die konstituierende Sitzung der 11. Legislaturperiode eröffnete. Wegen seiner bescheidenen, unaufdringlichen und nachdenklichen Art wurde er allseits sehr geschätzt.

Der Bayerische Landtag wird Josef Heiler ein ehrendes Gedenken bewahren.

Sie haben sich zu Ehren des Toten von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch einige nachträgliche Geburtstagswünsche aussprechen. Am 19. Januar feierte die Vorsitzende der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, Frau Kollegin Margarete Bause, einen runden Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Jeweils einen halbrunden Geburtstag feierten am 26. Dezember Herr Kollege Dr. Sepp Dürr und am 27. Dezember Herr Kollege Johannes Hintersberger.

(Allgemeiner Beifall)

Ebenso einen halbrunden Geburtstag hatten am 7. Januar Frau Kollegin Professor Ursula Männle und am 23. Januar Herr Kollege Dr. Manfred Weiß.

(Allgemeiner Beifall)

Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und viel Erfolg für Ihre parlamentarischen Aufgaben.

Erklärung des Ersten Landtagsvizepräsidenten zu 60 Jahre Landtag im Maximilianeum

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt noch ein weiteres Jubiläum, an das ich heute erinnern möchte. Vor 135 Jahren wurde das Maximilianeum, das König Maximilian II. gegründet hatte, unter König Ludwig II. fertiggestellt. Am 11. Januar 1949, also vor 60 Jahren, fand darin die erste festliche Sitzung des Bayerischen Landtags statt. Bayerns Parlamentsgebäude ist nicht nur kulturhistorisch und städtebaulich ein markantes Monument im Weichbild der Stadt und im wahrsten Sinn des Wortes ein "Hohes Haus" mit sehenswerten Aus- und Einblicken; es ist in diesen sechs Jahrzehnten auch zu einem unverkennbaren Symbol für die Volksvertretung des Freistaats Bayern und für die Arbeit des Parlaments in unserem Land geworden. Die "Biografie" des Maximilianeums hat einer seiner besten Kenner, der Journalist und Historiker Dr. Peter Jakob Kock, in seinem gerade erst erschienenen Buch eindrucksvoll nachgezeichnet. Dieses geschichtsträchtige Zuhause, funktional ausgestattet mit modernster Technik, bietet uns gute Voraussetzungen, um die nicht immer einfachen politischen Aufgaben zu bewältigen und erfolgreich für das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten. So ist das Maximilianeum über die Jahre zur Heimstatt eines lebendigen bayerischen Parlamentarismus auf solidem demokratischem Fundament geworden.

Deshalb danke ich anlässlich des runden Jubiläums im Namen des gesamten Bayerischen Landtags der Hausherrin, der Stiftung Maximilianeum, für die außerordentlich angenehme und zuvorkommende Gastfreundschaft, für eine Atmosphäre, in der man sich wohlfühlt, und für das stets konstruktive Miteinander, verbunden mit dem Wunsch, darauf eine ebenso erfolgreiche Zukunft zu bauen.

Meine Damen und Herren! Wir fahren nun in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Antrag der SPD-Fraktion

"Rekordmilliarden-Verluste der Bayerischen Landesbank - Gleichzeitig goldener Handschlag für

den stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Hanisch - Wie nimmt die Staatsregierung ihre Verantwortung wahr?"

Zuständig für die Beantwortung ist der Staatsminister der Finanzen. Ich bitte nun die erste Fragestellerin, Frau Aures.

Inge Aures (SPD): (vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem die Bayerische Landesbank am vergangenen Freitag einen neuen Rekordverlust bekanntgegeben hat, möchte ich namens der SPD-Fraktion folgende Fragen stellen, bei denen ich um Aufklärung bitte.

Bisher war die Landesbank davon ausgegangen, dass 3 Milliarden Euro Verlust vorhanden seien. Nach der neuesten Mitteilung hat sich dieser Verlust nun wohl auf 5 Milliarden Euro erhöht. Wenn man den Ausführungen des Herrn Kemmer Glauben schenken darf - er hat etwas nebulös gesprochen -, scheint das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht zu sein. Deshalb die Frage: Wie und wodurch ist dieser zusätzliche wirtschaftliche Verlust entstanden, und wie stellen Sie sicher, dass der Verlust nun auch begrenzt ist? Wie sollen die zusätzlichen Milliardenverluste abgefangen werden und wie sollen sie vor allem finanziert werden? Wie nimmt die Bayerische Staatsregierung ihre Verantwortung dafür wahr?

Des Weiteren war der Presse zu entnehmen, dass Herr Rudolf Hanisch als stellvertretender Vorstandsvorsitzender bereits im Alter von 62 Jahren die Bayerische Landesbank, und zwar vor Ablauf seines gültigen Vertrages, verlässt und in Pension geht. Hier wollen wir wissen, was die Gründe für sein kurzfristiges Ausscheiden sind; denn das ist wirklich sehr schnell gekommen. Sind für den ausscheidenden stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Abfindungszahlungen geleistet worden und, wenn ja, in welcher Höhe, oder laufen seine normalen und regulären Bezüge nach seinem Ausscheiden einfach weiter? Wenn Sie dies nicht beantworten, bitte ich Sie, dies zu begründen.

Ich möchte für die Fraktion auch wissen, wie sichergestellt wird, dass Herr Hanisch nach seinem Ausscheiden für die von ihm zu verantwortenden Geschäftsbereiche und vor allem für die von ihm zu verantwortenden Geschäftsergebnisse weiter in der Haftung bleibt.

Und meine abschließende Frage: Ist geplant, sich von weiteren Vorstandsmitgliedern zu trennen?

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Frau Abgeordnete, ich bedanke mich für Ihre Fragen. Ich will die Punkte auch gerne einzeln beantworten.

Erstens. Die Gründe für den Anstieg des Fehlbetrags im Vergleich zu den im Oktober kommunizierten Erwartungen von 3 Milliarden Euro liegen nach Aussagen des Vorstandes der BayernLB in der Entwicklung des vierten Quartals begründet. Ich darf in Erinnerung rufen, dass die Zahl von 3 Milliarden Euro im Zusammenhang mit dem Ergebnis des dritten Quartals durch die Bank dargestellt wurde. Dies war vor den auch durch den Bayerischen Landtag eingeleiteten gesetzlichen Stabilisierungsmaßnahmen.

Im Einzelnen ist der Anstieg des Fehlbetrags nach Aussagen des Vorstands der BayernLB vor allem auf folgende Gründe zurückzuführen: negative Entwicklungen in den Tochterunternehmen, Verluste aus einzelnen Engagements, gestiegene Kreditvorsorge aufgrund der weltweiten Finanzkrise und erhöhte Wertpapierabschreibungen, beispielsweise durch die Erhöhung der Kreditrisikoaufschläge.

Das nun vom Vorstand mitgeteilte vorläufige operative Ergebnis muss im Übrigen vor dem Hintergrund der Gesamtsituation der Finanzbranche im letzten Quartal des Jahres 2008 gesehen werden. Ich will mich ebenso wie die Bank nicht hinter anderen verstecken, aber ich darf darauf hinweisen, dass alle deutschen Großbanken durch die Entwicklung im vierten Quartal stark in Bedrängnis geraten sind.

Ich will nur ein ganz besonders interessantes Beispiel nennen, weil es auch im Zusammenhang mit den Ergebnissen des dritten Quartals und der Veränderung im vierten Quartal passend ist: Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank hat bei der Darstellung der Ergebnissituation im dritten Quartal der deutschen Öffentlichkeit noch mitgeteilt, dass er für das Jahr 2008 mit einem, wenn auch kleinen, positiven Jahresabschluss rechnet. Mittlerweile ist davon zu lesen, dass die Deutsche Bank für das Gesamtjahr 2008 gegenwärtig von einem Verlust nach Steuern in der Größenordnung von 3,9 Milliarden Euro ausgeht. Andere Beispiele sind die Commerzbank und leider auch die Hypo Real Estate mit Sitz in München, die erneut auf Stützungsleistungen des Bundes in zweistelliger Milliardenhöhe zurückgreifen muss.

Dies zeigt eindeutig, dass die Zahlen der BayernLB, so schmerzlich und so schlecht sie auch sind, keinen Einzelfall darstellen.

Bezogen auf den zweiten Teil Ihrer Fragen - wie kommt die Staatsregierung ihrer Verantwortung nach und wie hat sie diese wahrgenommen? - möchte ich darauf hinweisen, dass die Staatsregierung und der Bayerische Landtag in seiner Mehrheit ihrer Verantwortung für die BayernLB und deren Mitarbeiter durch die in den letzten Wochen des Jahres 2008 in die Wege geleiteten einseitigen Stabilisierungsmaßnahmen des Freistaats Bayern in umfassender Weise nachgekommen sind. Im Zweiten Nachtragshaushalt 2008 ist die Grundlage für eine Rekapitalisierung der BayernLB durch den Freistaat in Höhe von zehn Milliarden Euro geschaffen worden. In einem ersten Schritt wurde noch im Jahr 2008 eine Kapitalerhöhung in Höhe von drei Milliarden Euro vorgenommen. Zum 30. Januar 2009 wird über eine stille Einlage in Höhe von 3 Milliarden Euro der zweite Schritt erfolgen. Mit den restlichen vier Milliarden Euro soll ganz parallel zu dem Grundkonzept, das dem Landtag im Rahmen des Zweiten Nachtragshaushalts 2008 vorgelegt wurde, eine weitere Kapitalerhöhung noch im ersten Quartal entsprechend durchgeführt werden.

Daneben hat der Freistaat - ebenfalls auf der Basis des Zweiten Nachtragshaushalts 2008 - bis zur Höhe von 4,8 Milliarden Euro Garantien zugunsten der BayernLB für Verlustrisiken aus strukturierten Wertpapieren übernommen. Die entsprechenden Verträge wurden noch im Jahr 2008 unterzeichnet. Dies war deshalb dringend notwendig, weil sie sonst ihre Wirkung nicht hätten entfalten können.

Es ist völlig unzweifelhaft, dass die Stabilisierung der BayernLB in ihrer Dimension riesig und in ihren Auswirkungen auf den Staatshaushalt schmerzhaft ist. Allerdings ist bei einer umfassenden Stabilisierung einer systemrelevanten Bank zu bedenken, dass wir hier über die zweitgrößte Landesbank in Deutschland und die siebtgrößte Bank in der Bundesrepublik sprechen; sie war und ist auch heute noch alternativlos.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir in allen anderen Szenarien mit weitreichenden Konsequenzen für die Bank, für die Gewährträger - das heißt für den Freistaat Bayern einerseits und für die bayerischen Kreise und Städte andererseits -, den bayerischen Mittelstand, die bayerischen Sparkassen und die bayerischen Kommunen zu rechnen gehabt hätten.

Sie haben gefragt: Was sind die Gründe für das Ausscheiden von Herrn Dr. Hanisch aus dem Vorstand der Bank? Auch an dieser Stelle möchte ich Ihnen gern darlegen, dass die Bayerische Landesbank in den kommenden Monaten und Jahren vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte und vor sehr tiefgreifenden Veränderungen ihrer Struktur und Geschäftstätigkeit steht. Neben einer deutlichen Verkleinerung der Bank

und einer erheblichen Kostenreduktion gilt es, vor allem ein neues Geschäftsmodell zu entwickeln, weil wir den Bürgerinnen und Bürgern zu Recht darlegen müssen, welche Konsequenzen wir aus der Rolle der Bayerischen Landesbank im Rahmen der Finanzmarktkrise ziehen wollen und zu ziehen haben. Dieses Geschäftsmodell bietet auch die Grundlage dafür, dass die Bayerische Landesbank im Wettbewerb erfolgreich bestehen bleiben kann.

Frau Abgeordnete, weil diese Aufgabe so groß und auch mittel- und langfristig angelegt ist, erfordert sie einen langen Atem. Vor diesem Hintergrund war Herr Dr. Hanisch zu einer einvernehmlichen Beendigung seines Vertrages bereit, um eine Verjüngung und Neuausrichtung des Vorstands im Zusammenhang mit der Restrukturierung und Neuordnung der Bank zu ermöglichen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, haben Sie dazu eine Nachfrage?

Inge Aures (SPD): (vom Redner nicht autorisiert) Sehr verehrter Herr Minister, es hilft uns nicht recht weiter, wenn wir uns jetzt hinter anderen Banken verstecken. Schließlich geht es um unsere Bayerische Landesbank.

(Beifall bei der SPD)

Was die zehn Milliarden Euro betrifft, haben Sie in der Begründung gesagt, im letzten Quartal vorigen Jahres seien drei Milliarden Euro aufgenommen worden. Im ersten Quartal des neuen Jahres werden sieben Milliarden Euro gebraucht. Damals haben Sie gesagt, das hänge damit zusammen, dass wir nach den Vorgaben der EU eine Eigenkapitalquote von 8 % erfüllen müssen. Aber jetzt haben wir anscheinend noch Geld übrig. Sie haben gesagt, es solle eine weitere Kapitalerhöhung vorgenommen werden. Damals hatten wir das Geld so schnell gebraucht und mussten im alten Jahr die drei Milliarden Euro aufnehmen. Es wäre wichtig, dass Sie dazu noch etwas sagen.

Im Blick auf andere Banken - ich denke da an Hypo Alpe-Adria - ist gesagt worden, man habe mit Herrn Hanisch eine einvernehmliche Lösung gesucht. Ich habe heute einmal durchgezählt, welche Eigenbeteiligungen wir bei der Hypo Alpe-Adria haben. Es handelt sich um 111 Unternehmen. Darunter sind Firmen in Banja Luka - diesen Ort kannte ich bisher nur vom Skifahren -, Sarajevo und wo auch immer. Da muss man sich schon fragen, wie das alles zustande kommt. Das sollten Sie einmal erklären.

Ich wollte noch wissen, ob die Tätigkeit von Dr. Hanisch in der Geschäftspolitik in Ordnung war oder ob er Fehler gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Frau Abgeordnete, Sie haben mit Sicherheit das Problem, dass wir uns über unterschiedliche Quartalsberichte aus dem Jahr 2008 zu unterhalten haben.

In Ihrer Frage nahmen Sie zunächst Bezug auf die Nachrichtenlage des dritten Quartals, zu der auch die Prognose eines Jahresabschlusses 2008 gehörte. Dem September folgten aber Oktober, November, Dezember. In all diesen drei Monaten haben alle Banken in Deutschland sowie alle Banken auf der Welt und im Übrigen auch die Weltkonjunktur erheblichen Schaden gehabt. Vor dem Hintergrund ist es absehbar gewesen, dass wir mit der Prognose vom September den Jahresabschluss nicht erreichen würden. Alle anderen Banken haben deshalb überhaupt keine Jahresprognosen mehr abgegeben.

Bezogen auf die Zahl, die wir dem Stabilitätsantrag und der Rettungsmaßnahme der Bank zugrunde gelegt haben, darf ich Ihnen mitteilen, dass von Anfang an klar war, dass wir im Dezember eine erste Tranche in die Bank einlegen mussten. Das habe ich vorgetragen. Im ersten Quartal dieses Jahres müssen wir eine zweite Tranche einlegen, weil das Gesamtvolumen der notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen zehn Milliarden Euro umfasst. Im Sinne der bayerischen Steuerzahlerinnen und -zahler müssen wir in Tranchen vorgehen, um die Kredite, die wir zur Stabilisierung der Bank - auch in Einzelbereichen - aufnehmen müssen, entsprechend günstig zu bekommen.

Vor dem Hintergrund war es im Sinne des Steuerzahlers richtig, eine erste Tranche, die für die sofortige Stabilisierung im Sinne der Bankenaufsicht in Höhe von drei Milliarden Euro gefordert war, noch im alten Jahr einzulegen. Im zweiten Teil tätigen wir die vier Milliarden Euro, die wir im Gegensatz zu der stillen Einlage von drei Milliarden Euro als echte Einlage sehen. Im Januar geht es um die stille Einlage, im ersten Quartal um die letzte Tranche.

Die Ergebnisentwicklung der BayernLB entspricht den Erwartungen, die Ende November 2008 der Ermittlung des Kapitalbedarfs der BayernLB zugrunde gelegt wurden. Auch an dieser Stelle darf ich Sie darüber informieren, dass die mit dem Eigenkapital zu unterlegenden Risikoaktiva weniger stark als prognostiziert gestiegen sind und wir aufgrund der Tatsache, dass auch die Republik Österreich eine Art Finanzmarktstabilisierungsgesetz aufgelegt hat, mit der Hypo Group Alpe-Adria 900 Millionen Euro Partizipationskapital - so

nennt man das in Österreich - zur Verfügung gestellt bekommen haben.

So rechnet die BayernLB mit einer deutlich über den notwendigen 8 % liegenden Kernkapitalquote. Das ist am Beginn des Jahres 2009 angesichts einer Weltrezession, die vorherrscht, die den Mittelstand in Bayern trifft, die Kapitalgesellschaften und die Industrie in Deutschland trifft, nicht ein Zuviel an Geld, sondern genau der prognostizierte Wert, den wir brauchen, um über die Stabilisierungsmaßnahmen des Dezembers dafür zu sorgen, dass die Bank nicht in weitere Schwierigkeiten gerät. Ob die Stabilisierungsmaßnahmen allerdings auf Dauer ausreichen, kann niemand - auch ich nicht - mit Sicherheit vorhersagen. Der Vorstand der BayernLB betont jedoch, dass es trotz des erheblichen negativen Jahresergebnisses keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass das vom Bayerischen Landtag im Dezember 2008 beschlossene Stabilisierungspaket ergänzt oder aufgeschnürt werden muss.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Darauf kommen wir zurück!)

Ich bitte jedoch zu beachten, dass bis zur endgültigen Feststellung des Jahresabschlusses 2008, die für Ende April 2009 vorgesehen ist, noch Abweichungen von den oben genannten Zahlen möglich sind, da nach dem Bilanzierungsrecht im Zuge der sogenannten Wertaufhellung bis zur Aufstellung der Bilanz auch negative aktuelle Entwicklungen zu berücksichtigen sind.

(Franz Maget (SPD): Haben Sie die Fragen zu Herrn Dr. Hanisch notiert?)

- Selbstverständlich. Herr Kollege Maget und Frau Kollegin Aures, in den vergangenen Monaten bestand eine sehr enge und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Vorstand der Bayern LB, Herrn Dr. Kemmer, aber natürlich auch mit Herrn Dr. Hanisch. Allerdings ergibt sich eine Änderung: Herr Dr. Hanisch wird zum 30. April 2009 aus dem Vorstand der BayernLB ausscheiden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang jedoch betonen, dass das Ausscheiden von Herrn Dr. Hanisch im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat stattfindet. Herr Dr. Hanisch ist bereit, den Weg für eine Neuausrichtung der Bank und eine Verjüngung des Vorstandsgremiums freizumachen. Eine Entscheidung über die Nachfolge von Herrn Dr. Hanisch wird in Kürze getroffen. Über die Modalitäten des Ausscheidens von Herrn Dr. Hanisch ist in der Presse und verschiedentlich auch vonseiten der Opposition spekuliert worden. Ich möchte an dieser Stelle klarstellen, dass es sich hier keineswegs um einen sogenannten goldenen Handschlag, sondern um die ordnungsgemäße Abwicklung eines bestehenden Vertragsverhältnisses handelt.

Weitere Details will und kann ich Ihnen an dieser Stelle nicht mitteilen. Es wäre ein massiver Eingriff in das grundgesetzlich geschützte Persönlichkeitsrecht von Herrn Dr. Hanisch, wenn sensible Personalangelegenheiten im Plenum des Bayerischen Landtags offenbart würden. Ich bitte in diesem Zusammenhang alle Beteiligten, fair und sachlich zu bleiben und nicht mit Vorverurteilungen und nicht zu beweisenden Verdächtigungen zu agieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, ich habe eine weitere Wortmeldung von Herrn Kollegen Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, es ist überfällig, dass Herr Dr. Hanisch geht. Das ist unabhängig davon, ob er einen goldenen Handschlag erhält.

Dazu meine erste Frage: Bisher ist offensichtlich nur die Hälfte des 1,5-Milliarden-Islandengagements abgeschrieben. Wo bleibt der Rest? Angesichts der Verschuldung Islands ist es doch eine Schönrechnerei, wenn Sie glauben, den Rest des Kredites zurückzubekommen.

Die zweite Frage: Mit Herrn Dr. Hanischs Entlassung will der Verwaltungsrat doch offensichtlich auch von der eigenen Verantwortung ablenken. Kein Vorstand kann ohne Zustimmung des Verwaltungsrats einen Kredit in Höhe von 1,5 Milliarden Euro vergeben. Bei 300.000 Einwohnern in Island ist das ein stolzer Betrag. Jeder Verwaltungsrat hätte sehen müssen, dass damit nur Schuldenlöcher gestopft werden. Deshalb meine Frage: Welcher Verwaltungsrat hat wann diesem Kredit zugestimmt? Welche Unterlagen gab es? Warum hat nur der damalige Minister Huber als Verwaltungsrat konsequent gehandelt? Wenn dieser Kredit von Herrn Dr. Hanisch alleine vergeben wurde, frage ich Sie, warum man ihn nicht gefeuert und Regressansprüche angemeldet hat, statt goldene Handschläge zu erteilen.

Eine letzte Frage zu diesem Komplex: Gibt es einen Ersatz für Herrn Dr. Hanisch oder wird der Verwaltungsrat auch ohne ein neues Mitglied auskommen? Sollte es keinen Ersatz geben, drängt sich die Frage auf, warum Herr Dr. Hanisch im Vorstand so dringend gebraucht worden ist.

Was wird die CSU aus dem Fall ihres Spezls lernen? Werden jetzt alle Verträge von Vorständen in Staatsunternehmen dahingehend korrigiert, dass es keine goldenen Handschläge mehr gibt? Wie will die Staatsregierung ausschließen, dass künftig ihre Kumpels auf gut dotierte Austragsposten gehievt werden und dort

Schaden für die Allgemeinheit anrichten? Sie wollen doch schließlich das Image der Filz-Partei loswerden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Lieber Herr Kollege Hallitzky, ich will gern noch einmal versuchen, Ihnen auf Ihre Fragen eine Antwort zu geben. Ich stelle fest, dass entweder ich mich schlecht ausgedrückt habe oder Sie mir nicht konzentriert zugehört haben. Ich habe bereits vorhin deutlich gemacht, dass wir Herrn Dr. Hanisch selbstverständlich ersetzen werden. Ich habe bereits gesagt, dass wir einen Nachfolger für Herrn Dr. Hanisch suchen. Darüber werden wir in Kürze entscheiden.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, dass es keinen goldenen Handschlag gegeben hat und auch in Zukunft nicht geben wird. Herrn Dr. Hanisch können, wie auch den übrigen Vorstands- und Verwaltungsratsmitgliedern der BayernLB, im Zusammenhang mit der Entscheidung über Kredite, Wertpapiere und Derivate betreffend problembehaftete Engagements im Zeitraum vom 1. Januar 2007 bis zum 30. September 2008 keine Vorwürfe gemacht werden. Das ist der derzeitige Erkenntnisstand der Staatsregierung. Dies hat eine Untersuchung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young vom Dezember 2008 ergeben. Ernst & Young ist in dieser Untersuchung zu dem Ergebnis gekommen, dass die internen und die externen Regularien bei den genannten Entscheidungen eingehalten wurden.

Im Einzelnen hat Ernst & Young folgende Feststellungen getroffen:

Erstens. Den maßgeblichen Entscheidungen lagen bei den Einzelbeschlüssen verfügbare, umfassende und detaillierte Informationen zugrunde.

Zweitens. Dem Vorstand und dem Verwaltungsrat der Bank waren ausdrückliche Hinweise von dritter Seite auf die bevorstehenden Probleme, insbesondere bei Lehman Brothers oder den isländischen Banken, die auf ein signifikant höheres Risiko hingewiesen hätten, nicht zugegangen.

Drittens. Es bestanden keine Anhaltspunkte, dass bei den maßgeblichen Entscheidungen des Vorstandes und des Verwaltungsrats sachfremde Entscheidungen eine Rolle gespielt hätten.

Viertens. Die Organmitglieder durften auf der bestehenden Grundlage davon ausgehen, keine für die Bank unvertretbaren Risiken einzugehen.

In einer weiteren Untersuchung von Ernst & Young vom Juni 2008 wurde darüber hinaus bestätigt, dass Vorstand und Verwaltungsrat der BayernLB auch in Bezug auf die Entscheidungen über Investments in strukturierte Wertpapierportfolien und außerbilanzielle Zweckgesellschaften für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis zum 28. Februar 2008 korrekt gehandelt haben.

Die wesentlichen Ergebnisse dieser Sonderprüfung vom Juni 2008 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die Untersuchung zu den strukturierten Wertpapierportfolien oder auch dem ABS-Investment sowie außerbilanziellen Zweckgesellschaften hat ergeben, dass der Verwaltungsrat und der Vorstand gemäß den einschlägigen internen und externen Regeln gehandelt hat. Es ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass bei den Entscheidungen sachfremde Erwägungen eine Rolle gespielt haben. Den Entscheidungen lagen verfügbare, umfassende und detaillierte Informationen bei den Einzelbeschlüssen und zum gesamten Portfolio zugrunde.

Das Gutachten kommt schließlich zu dem Ergebnis, dass der Vorstand und der Verwaltungsrat bei ihren Beschlüssen davon ausgehen durften, keine unvertretbaren Risiken für die Bank einzugehen. Es hat gute und sehr gute Bewertungen der Wertpapierportfolien durch die Ratingagentur gegeben. Außerdem sind nach eigenen Untersuchungen der Bank zu Bonitätsrisiken keine unvertretbar hohen Risiken erkennbar gewesen.

(Franz Maget (SPD): Wer hat das Gutachten in Auftrag gegeben?)

- Das Gutachten haben der Verwaltungsrat und der Vorstand in Auftrag gegeben. Sie müssen aber auch danach fragen, wer das Gutachten gemacht hat. Wollen Sie die Qualität von Ernst & Young in Zweifel ziehen?

(Franz Maget (SPD): Ich habe nur gefragt, wer der Auftraggeber war!)

- Der Auftraggeber war der Verwaltungsrat, weil er seiner Verantwortung nachgekommen ist und sofort gehandelt hat. Er hat einen breit angelegten Untersuchungsauftrag an eine der renommiertesten Prüfungsgesellschaften, die wir in Deutschland aufbieten können, erteilt. Alles andere wäre fahrlässig gewesen. Ich denke, dass wir die Ergebnisse von Ernst & Young als Grundlage für unsere Bewertung heranziehen können.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, ich danke Ihnen, dass Sie die Zwischenfrage

von Herrn Maget ergänzend beantwortet haben. Jetzt hat noch einmal Herr Kollege Hallitzky das Wort.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Herr Staatsminister, ich hätte gern noch eine Antwort bezüglich Ihres Optimismus hinsichtlich der 50 % der Islandpapiere, die noch nicht abgeschrieben worden sind. Ich habe dann noch eine andere Frage zu den Konsequenzen der Landesbank-Politik für die bayerischen Sparkassen.

Die Sparkassen haften mit rund 1,5 Milliarden Euro Eigenkapital. Davon sind über 400 Millionen Euro abgeschrieben. Der Verzicht auf die Dividende ist nur der Anfang der Verluste; denn nicht nur das Eigenkapital der Sparkassen steht auf dem Spiel, sondern auch deren stille Einlagen, die bayernweit noch einmal die gleiche Größenordnung erreichen.

Meine Frage: Wie wollen Sie die Zinsen für die Einlagen der Sparkassen in Höhe von jährlich rund 150 Millionen Euro bedienen, nachdem die EU dies im Rahmen der Genehmigung des Fonds verboten hat? Wie wollen Sie das Niveau der stillen Einlagen in der Landesbank dauerhaft sichern, wenn niemand mehr bereit sein wird, der BayernLB Geld für stille Einlagen zur Verfügung zu stellen, weil sich dieses Geld nicht verzinst und nicht verzinsen darf? Wie hoch ist der bayerische Reservefonds zur Einlagensicherung? Sichert dieser Fonds auch die Einlagen der Sparkassen bei der Bayerischen Landesbank?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Abgeordneter Hallitzky, die Bewertung der Island-Papiere erfolgt im Zusammenspiel mit den Regeln, die das internationale Bewertungsrecht und die Bewertung der Wirtschaftsprüfer heranziehen. Vor dem Hintergrund können Sie und ich, egal in welche Richtung, die Bewertung nicht ändern. Ich würde beispielsweise die Bewertung griechischer Staatsanleihen in der aktuellen Finanzmarktkrise gerne ändern, weil jeder Fachmann weiß, dass eine griechische Staatsanleihe nicht ausfällt. Man müsste eigentlich nur mit einem anderen Bewertungsverständnis operieren, und wir hätten viele Probleme der kompletten Finanzmarktkrise in Europa an dieser Stelle entschärft. Vor dem Hintergrund kann ich auf die Frage, wie ich die Bewertung des Islandengagements bewerte, nur antworten: Ich habe sie nicht zu bewerten; das ist Aufgabe der dafür zuständigen Verantwortlichen im Vorstand beziehungsweise der durch uns beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Zu Ihrer zweiten Frage, wie ich mir die Auswirkung der Stabilisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen im Zusammenspiel mit den bayerischen Sparkassen vorstelle: An dieser Stelle kann ich nur sagen: Die Bayerische Landesbank ist, war und soll auch in Zukunft integraler Bestandteil der bayerischen Sparkassenfinanzgruppe sein. Vor dem Hintergrund haben alle Beteiligten ein erhebliches Interesse daran, dass die Bayerische Landesbank nach der Stabilisierung, die dankenswerterweise alleine die bayerischen Steuerzahler übernommen haben, ausgedrückt durch den Bayerischen Landtag, erfolgreich umstrukturiert wird und gemeinsam mit den Stadt- und Kreissparkassen auch ihre Aufgabe der Versorgung des Mittelstands und der Menschen in Bayern mit Krediten und Finanzmarkprodukten erfüllen kann.

Die Tatsache, dass ein Teil der Auflagen der Europäischen Kommission darin besteht, dass, bezogen auf die Alteigentümer, eine Einlage von 10 Milliarden Euro nicht auch noch belohnt werden darf, halte ich unter staatsbürgerlichen Gesichtspunkten für berechtigt, unter Volkswirtschafts- und Finanzmarktgesichtspunkten für eine der schwierigsten Herausforderungen. Staatsbürgerrechtlich ist es vollkommen richtig, wenn die Europäische Kommission die Bayerische Landesbank fragt, was bei ihrem Bedarf von 10 Milliarden denn die Alteigentümer leisten, wenn sie ihrer Verantwortung gerecht werden. An dieser Stelle hat die Europäische Kommission zu Recht eine Unterscheidung zwischen dem Teil Bayerns und dem Teil der bayerischen Sparkassen gemacht. Insoweit ist es aus der Sicht der Europäischen Kommission nachvollziehbar und am Ende auch richtig, wenn sie sagt: Wir sind nicht bereit, eine staatliche Stabilisierungsmaßnahme bei einem Teil der Altanteileseigner dadurch zu belohnen, dass auf die Einlage auch noch die Dividende gezahlt wird. Unter Finanzmarktgesichtspunkten ist das eine schwierige Entscheidung, weil die Aussetzung der Dividendenzahlung natürlich dazu führt, dass die Sparkassen keine Dividendenzahlung auf ihre bestehende Einlage erhalten. Das gilt allerdings nur begrenzt für die Zeit der Stabilisierungsmaßnahme. Vor dem Hintergrund ist das eine Auflage der Kommission, die wir zum Wohl und zur Stabilisierung der Bayerischen Landesbank und auch zur Unterstützung der bayerischen Stadt- und Kreissparkassen hingenommen haben.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Mir liegt noch einmal eine Wortmeldung des Kollegen Hallitzky vor. Er hat noch 26 Sekunden; dann ist die Fragezeit seiner Fraktion erschöpft. Ich erteile ihm das Wort, damit er seine restliche Frage kurz stellen kann. Bitte schön.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Ich stelle also fest, dass die Sparkassen in den nächsten Jahren auf die Einlageverzinsung verzichten müssen.

Herr Minister, Sie wissen, dass das künftige Geschäftsmodell der BayernLB auf Dauer wohl nicht zukunftsfähig sein wird. Deshalb frage ich Sie: Wie ist der Stand der Fusionsgespräche mit anderen Landesbanken, und ist die Staatsregierung mittlerweile zur Einsicht gekommen, dass wir langfristig nur eine deutsche Landeszentralbank haben sollten, wie es in einem Interview von Herrn Seehofer anklang, und geben Sie insoweit der Position der GRÜNEN recht, und wenn nein, wie lange dauert es noch, bis Sie es endlich tun?

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Die Redezeit der Fraktion der GRÜNEN ist damit erschöpft. Herr Staatsminister, ich bitte Sie, zu antworten.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Abgeordneter, ich muss mich erstens fragen, woher Sie wissen wollen, was ich weiß. Ich kann Sie zweitens sehr gerne davon in Kenntnis setzen, dass es, wenn wir von anderen Landesbanken zu Gesprächen darüber eingeladen werden, mit welchen Maßnahmen, die Landesbanken in Deutschland ihrer Aufgabe im Rahmen der Sparkassenfinanzgruppe nachkommen können und ob es gegebenenfalls ein abgestimmtes Vorgehen in dieser weltweiten und in diesem Ausmaß noch nie dagewesenen Finanzmarktkrise geben muss, schlichtweg zur Verantwortung eines Mitglieds der Staatsregierung und gerade des Verwaltungsratsvorsitzenden gehört, an solchen Gesprächen teilzunehmen. Solche Gespräche gibt es in Stuttgart, in Düsseldorf, in Frankfurt, in Berlin und auch in Hannover, Hamburg und Kiel. An solchen Gesprächen wird, wenn Bayern dazu eingeladen wird, auch immer ein Vertreter aus Bayern teilnehmen. Herr Ministerpräsident, wenn die Gespräche ausnahmsweise, damit möglichst effektiv gearbeitet werden kann, zwischen München und Stuttgart, nämlich in Ulm stattfinden, nehmen wir auch an diesen Gesprächen teil; Neu-Ulm wäre schöner gewesen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Als Nächster hat Kollege Pohl von den Freien Wählern das Wort. Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FW): Herr Staatsminister, zunächst einmal möchte ich meinen persönlichen Dank für die prompte und persönliche Unterrichtung vom letzten Donnerstag ausdrücken, das war gut und trägt zur Vertrauensbildung bei.

Sie hatten die Demission von Herrn Hanisch mit Verjüngung und Neuausrichtung begründet. Zum Argument der Neuausrichtung habe ich die Frage: Gibt es denn ein beschlossenes Konzept? Denn nur dann ist die Neuausrichtung eine tragfähige Begründung dafür, Herrn Hanisch in den Ruhestand zu verabschieden.

Nun zur Verjüngung: Der Herr Ministerpräsident ist ein Anhänger der U-60-Regelung. Ich halte eine Verjüngung an sich für kein Qualitätsmerkmal; denn sonst, meine Damen und Herren von der CSU, müssten Sie auch behaupten, dass der jugendliche Bundeskanzler Schröder viel besser gewesen wäre als der greise Adenauer.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler - Zurufe von der CSU: Ha, ha, ha!)

Sie haben vorhin gesagt, es gebe ein Wirtschaftsprüfungsgutachten. Dennoch frage ich Sie: Haben Sie sich in der Vereinbarung mit Herrn Hanisch Schadenersatzansprüche vorbehalten? Ein Gutachten allein erhärtet schließlich noch nicht automatisch, dass hier kein Verschulden vorgelegen hat, zumal bei derart gravierenden Verlusten mindestens der Anfangsverdacht schuldhaften Handelns vorliegt, was zum Schadenersatz führen könnte.

Drittens. Sie haben vorhin die Frage nach der Abfindung nicht beantworten wollen mit der Begründung, dass dem das allgemeine Persönlichkeitsrecht von Herrn Hanisch entgegenstehe. Diese Auffassung kann ich nicht ganz teilen. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht ist dadurch ganz sicher in seinem Kern nicht berührt. Mindestens muss man aber sagen, dass dieser Überlegung das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit entgegensteht; denn bei den zehn Milliarden, die wir hier eingelegt haben, handelt es sich auch um Steuergeld, das möglicherweise zugunsten von Herrn Hanisch verbraucht wird. Das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit erfordert es schon, dass Sie uns hier Rede und Antwort darüber stehen, ob Herr Hanisch Abfindungszahlungen erhält.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Pohl. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Pohl, ich bedanke mich an dieser Stelle zuerst einmal für den Hinweis auf die vertrauensbildende Informationspolitik. Ich bedanke mich auch bei allen Beteiligten, die ich am Donnerstag in der Nacht und am Freitagvormittag telefonisch erreicht habe.

Ich kann Ihre Frage zwar nachvollziehen, möchte aber darauf hinweisen, dass wir uns jetzt im Plenum des Bayerischen Landtags befinden. Es gibt Fragen, auf die ich zwar gerne eine Antwort gebe, die aber besser in der Parlamentarischen Kontrollkommission des Bayerischen Landtags zu stellen wären. Fragen zu Detailregelungen des mit Herrn Hanisch abgeschlossenen Aufhebungsvertrags muss ich nicht im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage offenlegen, und ich halte es auch nicht für klug. Denn an dieser Stelle müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass ich bei allem Verständnis für Ihre Nachfragen die Entwicklung der Bayerischen Landesbank im Auge haben muss. Wenn ich die schwierige Arbeit zur Umsetzung eines Geschäftsmodells zu leisten habe und dazu neue Vorstandsmitglieder brauche, die am Ende damit zu rechnen haben, dass ihre Vertragsbedingungen im Plenum des Bayerischen Landtags besprochen werden, dort möglicherweise in die Auseinandersetzung zwischen Regierungsfractionen und Oppositionsfractionen geraten, dann kann ich Ihnen heute mit großer Wahrscheinlichkeit sagen, dass die Persönlichkeiten, die wir brauchen, um dem Problem Herr zu werden, sich angesichts dieser Herausforderung der Aufgabe nicht stellen werden.

Vor diesem Hintergrund muss ich darauf hinweisen, dass ich grundsätzlich auf das gesetzmäßige und satzungsgemäße Handeln der Anstalt zu achten habe. Ausnahmsweise kann ein rechtsaufsichtlich relevanter Vorgang auch dann vorliegen, wenn schwerwiegende Verstöße gegen privatrechtliche Verpflichtungen und Normen zugleich zu einem Verstoß gegen die gesetzlich bzw. satzungsrechtlich normierten Aufgaben bzw. gegen die Gesetzmäßigkeit der Verwaltungstätigkeit insgesamt geführt hätten. Das liegt offensichtlich, wie es der Prüfungsbericht von Ernst & Young deutlich herausgearbeitet hat, nicht vor. Deshalb bitte ich um Verständnis, wenn ich an dieser Stelle auf Ihre Nachfragen keine Antwort geben kann. Das gilt auch für die Details des Vertrags.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Eine weitere Frage: Herr Pohl, bitte schön.

Bernhard Pohl (FW): Eine Nachfrage: Wenn Sie sagen, dass sich Herr Hanisch ausweislich des Prüfungsberichts kein Fehlverhalten hat zuschulden kommen lassen, warum wird gerade er ausgewechselt, wenn auch andere Mitglieder im Vorstand vorhanden sind, auf die das möglicherweise nicht zutrifft?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Pohl, auch an dieser Stelle bedanke ich mich für die Nachfrage. Ich will deutlich machen, dass

mit dem Ausscheiden von Herrn Hanisch der Umbau im Vorstand der Bayerischen Landesbank noch nicht beendet ist. Wir werden die Bank in ihrem Geschäftsmodell und ihrem Marktauftritt deutlich verändern, und dazu werden wir auch die Möglichkeit nutzen, mit einer neuen Mannschaft im Vorstand zu arbeiten. Ich bin Herrn Dr. Hanisch dankbar, dass er aufgrund der absehbaren Restlaufzeit des Vertrages den Weg für eine Neuausrichtung des Vorstandes frei gemacht hat.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Das Wort für eine Frage hat nun Herr Dr. Kirschner von der FDP.

Dr. Franz Xavier Kirschner (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, vielleicht können wir uns der Frage der Abfindung auf folgendem Wege nähern: Der Zeitung ist zu entnehmen, dass Herr Hanisch Mitte 2010 ausscheidet. Ich unterstelle einmal - das Jahr hat zwölf Monate -, das dürfte zum 30.6. sein. Erste Frage: Ist das so richtig?

Zweite Frage: Gehe ich recht in der Annahme, dass sich die Abfindung - wenn man überhaupt von einer Abfindung reden kann - im Rahmen des arbeitsrechtlich Üblichen bewegt und keine über die Vertragslaufzeit hinausgehenden Zahlungen erfolgen, ausgenommen altersbedingte Ansprüche aus Versorgungsbezügen?

Dritte Frage: Werden die Vorstandsgehälter im Rahmen der SoFFin-Vorgaben auch bei der Landesbank auf 500.000 Euro gedeckelt?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Abgeordneter Dr. Kirschner, danke schön für diese Fragen, geben sie mir doch Gelegenheit, noch einmal deutlich zu machen, dass es sich, so wie Sie es skizziert haben, gerade nicht um einen sogenannten goldenen Handschlag, sondern um die ordnungsgemäße Abwicklung eines Vertragsverhältnisses handelt. Eine über das bestehende Vertragsverhältnis hinausgehende Abfindung wird Herr Dr. Hanisch nicht erhalten.

Bezogen auf die Frage, die Sie im Hinblick auf die sogenannte Managergehaltsregelung im Finanzmarktstabilisierungsgesetz gestellt haben, darf ich Ihnen mitteilen, dass sich die Bayerische Landesbank gegenüber der EU-Kommission im Rahmen der Beihilfegenehmigung für die Rekapitalisierung der BayernLB verpflichtet hat, die Vergütung der Mitglieder der Organe der BayernLB auf ein angemessenes Maß gemäß den Vorgaben des § 5 der Finanzmarktstabilisierungsfondsverordnung zu begrenzen. Hierbei handelt es sich um die von Ihnen genannte SoFFin-Regelung. Wir haben die Genehmigung der Europäischen Kommission, die Sta-

bilisierungsmaßnahme durchzuführen, nämlich mit dem klaren Verweis auf das Finanzmarktstabilisierungsgesetz in seiner Gänze - und damit auch auf § 5 der Finanzmarktstabilisierungsfondsverordnung, der die Vorstandsgehälter begrenzt - erhalten.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Dr. Kirschner, sind damit Ihre Fragen beantwortet?

Dr. Franz Xavier Kirschner (FDP): Meine Fragen sind beantwortet, danke.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Aures hat noch einmal um das Wort gebeten. Bitte schön.

Inge Aures (SPD): (vom Redner nicht autorisiert) Sehr verehrter Herr Minister, selbstverständlich bedanke auch ich mich für die Zusendung der Unterlagen am Wochenende. Leider waren die Anlagen nicht dabei, aber für den Anfang war das ganz gut. Es lässt auf jeden Fall hoffen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich wollte nicht gleich wieder nachhaken; denn sonst wird einem das vielleicht falsch ausgelegt.

Eine meiner Fragen ist noch offen, nämlich: Ist die Trennung von weiteren Vorstandsmitgliedern geplant? - Darauf hat es keine Antwort gegeben.

Nach dem, was die Kollegen gesagt haben, muss ich darauf hinweisen: Wenn Sie jetzt einen neuen Vorstand einstellen und Herr Dr. Hanisch bis Mitte nächsten Jahres bezahlt wird, dann heißt das, wir zahlen für die nächsten einviertel Jahre doppelt Gehälter. - Das ist nur eine Feststellung, keine Frage.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Noch einmal der Herr Staatsminister.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Frau Aures, erst einmal entschuldige ich mich dafür, dass bei der Übermittlung der Unterlagen offensichtlich ein Fehler unterlaufen ist. Zumindest vom Büro des Vorsitzenden der Kommission habe ich gehört, dass alles komplett angekommen ist. Insofern hat der Landtag und damit mein Ansprechpartner alle Unterlagen erhalten. Möglicherweise ist auf dem Wege irgendetwas passiert.

Bezogen auf die Trennung von weiteren Vorstandsmitgliedern will ich noch einmal das deutlich machen, was ich schon gesagt habe. Wir entwickeln ein Geschäftsmodell, das wir der Europäischen Kommission zur Genehmigung vorzulegen haben, und wir brauchen einen Vorstand, der zu diesem Geschäftsmodell passt. Inso-

weit kann ich weitere Änderungen im Vorstand nicht ausschließen.

Erlauben Sie mir eine Bewertung, was Ihre berechtigte Gegenrechnung angeht. Am Ende stehen wir an dem Punkt, dass kritisiert wird, dass wir uns in der Vergangenheit von Vorstandsmitgliedern getrennt haben. Wenn wir uns für die Zukunft von keinem Vorstandsmitglied trennen würden, würde auch das kritisiert werden. Ich glaube, dass wir ein Stück weit Gefahr laufen, die Debatte zu sehr ins Politische zu ziehen.

Ich bitte Sie, setzen Sie sich mit den Arbeiten der Staatsregierung zur Umstrukturierung der Landesbank auseinander und versuchen Sie dann, uns vertrauensvoll zusammenarbeiten zu lassen, damit wir mit der richtigen Mannschaft an der Spitze der Landesbank das in unserer Macht Stehende tun können, um gemeinsam mit den bayerischen Stadt- und Kreissparkassen das Beste aus der schwierigen Situation zu machen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, mir liegt noch eine Wortmeldung des Kollegen Weidenbusch, des Vorsitzenden der zuständigen Kommission, vor.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Herr Staatsminister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz zur Übermittlung der Informationen an die Mitglieder der Kommission Stellung nehmen. Am vergangenen Donnerstag hatten Sie mir ein Schreiben geschickt, auf dem steht "12 Anlagen". Bei diesen zwölf Anlagen handelt es sich um die Kopien für die anderen Mitglieder der Kommission. Würden Sie mir also erstens zustimmen, dass es keinen Sinn gemacht hätte, wenn ich zu den zwölf Anlagen, die die Kopien für die Mitglieder waren, für jeden noch einmal zwölf Kopien gemacht hätte, damit jeder zwölf Kopien der Anlage erhält und niemand meint, dass er Anlagen nicht bekommen hat?

Würden Sie mir zweitens bestätigen, dass sich aus dem Inhalt des Schreibens eindeutig ergibt, dass keinerlei Anlagen fehlen, weil im Schreiben alles dezidiert von Ihnen dargestellt wurde und in dem Schreiben auf keine einzige Anlage verwiesen wird?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie sind um Bestätigung gebeten worden. Bitte schön.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Abgeordneter, ich bestätige Ihnen das sehr gern und freue mich, dass damit das Missverständnis aufzuklären war. Wir haben vonseiten des Finanzministeriums nicht nur einen Brief, sondern auch zwölf Ko-

prien des Briefs für die weiteren Mitglieder der Kontrollkommission zur Verfügung gestellt. Ich bedanke mich auch für die Bestätigung, dass wir den Inhalt komplett dargestellt haben. Wir haben damit deutlich gemacht, dass uns an einer intensiven und von Vertrauen geprägten Zusammenarbeit zwischen dem Verwaltungsratsvorsitzenden und der Parlamentarischen Kontrollkommission sehr viel liegt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Gibt es weitere Fragen? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Ihnen, Herr Minister Fahrenschon, sehr herzlich danken. Die Ministerbefragung ist damit beendet.

(Beifall bei der CSU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der Fraktion Freie Wähler
"Flächendeckende Versorgung mit Haus- und Fachärzten in Bayern"

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der Freien Wähler vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema "Flächendeckende Versorgung mit Haus- und Fachärzten in Bayern" beantragt.

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit; dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Der erste Redner ist nun Herr Kollege Dr. Vetter. Bitte schön.

Dr. Karl Vetter (FW): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Wochen und Monaten hat es wegen politischer Entscheidungen in Berlin und München leider eine erhebliche Verunsicherung der bayerischen Bevölkerung gegeben. Sie werden jetzt rätseln, ob ich über die Landesbank oder den Nichtraucherschutz spreche. - Nein, meine Damen und Herren, ich spreche über die Auswirkungen des Gesundheitsfonds, der seit dem 01.01.2009 in Deutschland und damit auch in Bayern gilt.

Kolleginnen und Kollegen, bei der jetzigen Entwicklung ist mittelfristig die flächendeckende Versorgung der

Menschen mit Haus- und Fachärzten vor allem auf dem Lande gefährdet. Die medizinische Versorgung der Menschen gehört zur Daseinsvorsorge, wie wir alle wissen. Wir dürfen nicht zulassen, dass börsennotierte Unternehmen nach dem Prinzip des Shareholder-Value durch Medizinische Versorgungszentren - MVZ - den Rahm auch im Gesundheitswesen abschöpfen. Dadurch würden wir Fehler machen, die die von der Staatsregierung versprochene Gleichheit der Lebensbedingungen in Stadt und Land auf Jahrzehnte hinaus erheblich zurückwerfen - siehe Landesbank-Debakel.

Herr Ministerpräsident, korrigieren Sie bitte die Entscheidung, die Sie in Berlin mit Ihrer Zustimmung zu dem Gesundheitsfonds unterstützt haben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Freien Wähler werden als Anwälte der Menschen auf dem Lande auch in Zukunft immer wieder auf diese Fehlentwicklung hinweisen. Ich kann in der Kürze der Zeit nicht auf alle Ursachen eingehen. Ich weiß aber, die niedergelassenen Haus- und Fachärzte in Bayern haben die Nase voll von Gesundheitsreformen - die Menschen in Bayern sowieso. Glaubt einer von Ihnen hier im Plenum wirklich, dass ein Gesundheitssystem, das in den letzten 40 Jahren zigital reformiert worden ist, überhaupt noch reformierbar ist? - Nein, wir brauchen eine neue Basis für dieses System.

Die Freien Wähler sind in Bayern auch Anwälte für eine wohnortnahe humane Versorgung der Menschen. Es kann nicht sein, dass eine durch eine überbordende Bürokratie demotivierte Ärzteschaft in die Industrie oder das Ausland abwandern muss, weil sie nur dort noch einigermaßen in Würde arbeiten kann. Ich darf Ihnen versichern, dass auch den Ärzten ein Arbeiten in Freiheit und Würde wichtiger ist als Geld.

(Beifall bei den Freien Wählern)

An die Adresse der SPD sage ich: Nehmen auch Sie endlich aktiven Einfluss auf die Gesundheitspolitik einer Ulla Schmidt in Berlin. Entfernen Sie Herrn Lauterbach, ihren engsten gesundheitspolitischen Berater, entweder aus dem Parlament in Berlin oder aus dem Aufsichtsrat der Rhön-Kliniken. Dieser offenkundige Lobbyismus ist doch ein riesiger Skandal.

(Zuruf von der SPD: Er ist Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat!)

Die Tendenzen des Bundesgesundheitsministeriums in Richtung Staatsmedizin und Polikliniken zerstören in einem Flächenland wie Bayern die über Jahrzehnte gewachsene Struktur. Auch Sie werden den Menschen in Bayern, Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die Sie

gewählt haben, irgendeinmal Rede und Antwort stehen müssen.

Was sind nun die Kernforderungen der Freien Wähler? - Wir fordern die Aufrechterhaltung der freien Arztwahl. Wir wollen keine an der Börse notierten oder von Krankenkassen dominierten MVZ. Wir fordern mehr Selbstverantwortung der Menschen, mehr Transparenz für unsere Bürgerinnen und Bürger. Warum soll es zum Beispiel nicht möglich sein, beim Arzt eine Rechnung zu erhalten, die bei der Krankenkasse eingereicht wird? Wir fordern die Abschaffung des Monsters "Gesundheitsfonds". Es kann nicht sein, dass Ärzte aufgrund der eingeführten Regelleistungsvolumina schon am Anfang des Quartales wissen, was sie bekommen, egal ob sie viel oder wenig arbeiten. Das kann es doch nicht gewesen sein.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, das nenne ich Sozialismus in Reinkultur. Gerade die innovativen leistungsstarken Praxen bleiben dadurch auf der Strecke, was katastrophale Auswirkungen auf Diagnose und Therapie haben wird.

Wir fordern weiter die Abschaffung des sogenannten Morbi-RSA. Es ist aus meiner Sicht geradezu pervers, wenn Krankenkassen umso mehr Geld aus dem Gesundheitsfonds bekommen, je kränker die Patienten sind. Das kann es auch nicht gewesen sein.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Kolleginnen und Kollegen, ich kann von dieser Stelle aus das Gesundheitssystem nicht reformieren. Trotzdem möchte ich aus meiner Sicht als gesundheitspolitischer Sprecher der Freien Wähler ein paar Lösungsansätze vortragen.

Wie wir wissen, wird der Beitragssatz für die gesetzliche Krankenversicherung durch die Verschiebepraktiken der Politik seit Jahren in die Höhe getrieben. Die gesetzliche Krankenversicherung - GKV - wurde 2008 durch politische Entscheidungen zur Entlastung anderer Sozialsysteme und des Staates mit 45,5 Milliarden Euro belastet. Ich wiederhole: mit 45,5 Milliarden Euro. Würden diese Belastungen entfallen, könnte der Beitragssatz der GKV von 15,5 % auf 10,9 % gesenkt werden. Die Verantwortung - ich sage das noch einmal - für diese politischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte liegt bei Ihnen, meine Damen und Herren der bisherigen Regierungspartei.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Können wir es in Deutschland wirklich irgendjemandem erklären, warum der Staat für Medikamente 19 % Mehrwertsteuer fordert, für Trüffel und Rennpferde nur 7 %?

(Zuruf von der SPD: Die 7 % sind falsch, das ist richtig!)

Es wird wirklich Zeit, dass die Freien Wähler bald auch im Bund größeres Mitspracherecht erhalten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich komme schon zum Schluss. Mir ist wohl bekannt, dass die Gesundheitspolitik weitgehend in Berlin gemacht wird. Den folgenden Appell richte ich deshalb noch einmal an die Adressen von CSU und SPD: Tragen Sie auch in Berlin Verantwortung für Bayern! Wir Freien Wähler jedenfalls werden nicht nachlassen, den Finger in die Wunde zu legen, wenn dies für die Lebensbedingungen der Menschen in Bayern nötig ist. Wir sind letztendlich nur unserem Gewissen und den Menschen in Bayern verpflichtet. Wir werden auch in Zukunft, ob das den schon länger etablierten Parteien passt oder nicht, unserer Verantwortung verantwortungsethisch nachkommen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Dr. Vetter, Sie haben um eine Minute überzogen. Als nächste Rednerin hat nun Frau Christa Stewens das Wort. Bitte schön.

Christa Stewens (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die letzte Stufe der Gesundheitsreform, wie sie am 01.01.2009 umgesetzt worden ist, war ein schwieriger Kompromiss innerhalb der Großen Koalition. Das ist überhaupt keine Frage. Wir werden uns gemeinsam und insbesondere die Christlich Soziale Union die Auswirkungen in Bayern ansehen; denn wir haben in der neuen Koalition in Bayern im Koalitionsvertrag vereinbart, dass, wenn die Auswirkungen der Gesundheitsreform, die ursprünglich prophezeit wurden, nicht eintreten, diese dann grundsätzlich infrage gestellt wird. Vor diesem Hintergrund ist ihr Antrag, Herr Dr. Vetter, sehr wichtig. Wir haben uns bereits in der letzten Sitzung des Gesundheitsausschusses unterhalten.

Ich denke, dass wir uns über die Zukunft der niedergelassenen Ärzte, seien es Haus- oder Fachärzte, gemeinsam intensiv Gedanken machen müssen.

Die aktuelle Situation muss man sich genau ansehen, weil sie sich durchaus differenziert darstellt. Zwei Drittel unserer Zulassungsbezirke in Bayern sind nach wie vor für Neuzulassungen gesperrt. Zusätzlich haben wir Probleme mit der demografischen Entwicklung aber

auch Nachwuchsprobleme. Wer wählt denn noch den Beruf niedergelassener Arzt? Da muss man sich genau anschauen, wo die Probleme liegen. Wir haben auf der einen Seite eine überbordende Bürokratie, sowohl im stationären wie auch im ambulanten Bereich. Jedes Kostendämpfungsgesetz hat noch einmal zusätzliche Bürokratie in die Praxen und in die Kliniken gebracht. Darunter leidet natürlich die Attraktivität des Berufes Arzt generell. Professor Steiner hat einmal gesagt, er kenne keinen anderen freien Beruf - der Arzt ist ja ein Freiberufler -, der so stark reglementiert ist wie der des Arztes, des Mediziners in Deutschland. Das Expertenforum wurde unter Leitung von Professor Steiner, dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter, der übrigens Berichterstatter für das SGB V war, einberufen, um sich über die Zukunft des niedergelassenen Arztes in Bayern Gedanken zu machen und entsprechende Lösungsansätze zu entwickeln. Die Ergebnisse werden wir vom Minister im Ausschuss relativ bald vorgestellt bekommen.

Zum Thema Bürokratie könnte einem vieles einfallen; darüber könnte man lange sprechen, seien es die Morbi-RSA oder die Disease-Management-Programme, seien es die Positivliste oder die Arzneimittelrabatte. Man könnte die Liste beliebig fortsetzen.

Der zweite Bereich ist der gesamte Honorarbereich. Wir in Deutschland befinden uns in einem neuen Honorarzeitalter. Gleichzeitig möchte ich sagen, dass die Honorarreform gemeinsam mit den ärztlichen Vertretern und den Krankenkassen auf den Weg gebracht worden ist. Grundlage dieser neuen Bewertung sind Europapauschalen mit Zusatzvergütungen. Die Vertreter der ärztlichen Fachverbände und des Hausarztverbandes waren immer mit am Tisch, als darüber verhandelt wurde. Gerade auch von Bayern aus haben wir uns intensiv dafür eingesetzt, dass das Honorarvolumen unserer niedergelassenen Ärzte nicht absinkt und dass die Ärzte etwas mehr bekommen. Insgesamt wurde das Honorarvolumen deutschlandweit um 2,7 Milliarden angehoben. Das war für die Christlich-Soziale Union ein ganz, ganz wichtiges Anliegen, aber auch seitens der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, der sich in Berlin sehr intensiv dafür eingesetzt hat. Das haben wir erfolgreich durchgesetzt.

In dem gemeinsamen Bewertungsausschuss sind die Honorare der einzelnen Facharztgruppen völlig neu bewertet worden. Da gibt es natürlich durchaus Verwerfungen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Selbstverwaltung noch einmal genau drüberschauen muss, wo die Verwerfungen sind und wo man größere regionale Spielräume benötigt, um in Bayern und in den einzelnen Regionen gegensteuern zu können.

Die SPD hat mir ja immer wieder vorgeworfen, ich hätte mich als Ministerin nicht für regionale Spielräume eingesetzt. Die regionalen Spielräume sind übrigens in die Grundsätze der Gesundheitsreform mit aufgenommen worden. Die haben wir damals in Berlin mit hineinverhandelt. Daher ist es meine Bitte an die SPD, sich an die Bundesgesundheitsministerin zu wenden und ihr zu sagen, dass die regionalen Spielräume vor Ort endlich durchgesetzt werden müssen. Wir brauchen sie dringend. Denn diese Handlungs- und Verhandlungsspielräume brauchen die bayerischen Krankenkassen, braucht aber auch die Bayerische Kassenärztliche Vereinigung. Wir hier in Bayern haben unsere Aufgabe erfüllt.

Wir haben gesagt, wir brauchen ein größeres Honorarvolumen. Jetzt ist es wichtig, dass diese Honorare durch neue Verteilungsmaßstäbe auch vor Ort in unseren Praxen wirklich ankommen.

(Beifall bei der CSU)

Dann gibt es noch ein drittes Problem. Das ist auch von Ihnen, Herr Dr. Vetter, angesprochen worden; es wird zurzeit immer wieder in den Zeitungen thematisiert. Ich meine das Problem, dass wir zurzeit in Bayern und in Deutschland einen Verdrängungswettbewerb haben. Medizinische Versorgungszentren gründen sich und verdrängen den Freiberufler, den niedergelassenen Arzt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Ja Herr Beyer, Sie können ganz sicher sein: Ich habe in Berlin immer für den Vorrang des Freiberuflers gekämpft. Wir auf bayerischer Seite haben im Bundesrat auch schwerwiegende Bedenken gegen die Medizinischen Versorgungszentren vorgebracht.

(Abgeordneter Dr. Thomas Beyer (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Nein, ich habe nur noch zweieinhalb Minuten. Wir können uns nachher darüber unterhalten.

Wir von Bayern aus, auch die CSU-Fraktion, werden uns intensiv darum bemühen, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Medizinischen Versorgungszentren entsprechend zu ändern - unter dem Schlagwort: Vorfahrt für niedergelassene Ärzte. Das halte ich für sehr wichtig.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Dazu wollte ich Sie etwas fragen; schade, dass Sie die Frage nicht zugelassen haben!)

- Wir können uns hinterher noch darüber unterhalten.

Dazu möchte ich noch Folgendes sagen: Gerade in dieser schwierigen Situation ist es dem Gesundheitsminister Markus Söder in nicht ganz einfachen Verhandlungen - ich weiß, wovon ich spreche - gelungen, die Härtefallklausel zu verbessern. Ursprünglich war vorgesehen, dass die Honorarvolumina nicht stärker als 15 % pro Facharzt abfallen dürfen. Dieses Maß wurde auf 5 % reduziert. Dafür steht dann die Kassenärztliche Vereinigung, aber auch die Krankenkassen gerade, dass die Honorarvolumina nicht mehr abfallen dürfen als 5 %. Das, denke ich, ist ein wichtiger und guter Verhandlungserfolg.

Wir als CSU-Fraktion - das möchte ich klar sagen, und das ist für uns wichtig - stehen für eine freie Arztwahl. Zur freien Arztwahl gehört für uns auch, dass die doppelte Facharztschiene erhalten bleibt. Dabei geht es um die fachärztliche Versorgung in einem Flächenstaat wie Bayern. Es geht darum, dass wir eine gute Versorgung mit Hausärzten haben, die sozusagen die ersten Anlaufstellen für die Patientinnen und Patienten sind. Es geht aber auch darum, dass wir die Fachärzte in Bayern in der Fläche erhalten wollen.

Daher stellen wir uns ganz klar hinter den niedergelassenen Arzt als Freiberufler, der nach meiner festen Überzeugung hier in Bayern bislang eine hervorragende medizinische Versorgung unserer Patientinnen und Patienten garantiert. Wir müssen nur gleichzeitig darauf achten, dass sich die Situation vor Ort zum einen im Hinblick auf den Nachwuchsmangel, zum anderen im Hinblick auf die Überalterung und zum Dritten bei den Honoraren nicht verschlechtert. Da tragen wir, denke ich, durchaus ein Stück weit Verantwortung. Aber gemeinsam können wir dies in Bayern mit Sicherheit schaffen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Stewens. Nur zur Information: In der Aktuellen Stunde gibt es keine Zwischenfrage, Herr Dr. Beyer. Als nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kathrin Sonnenholzner dran. Bitte schön, Frau Sonnenholzner.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin jetzt etwas erstaunt, denn der Titel der heutigen Aktuellen Stunde heißt "Flächendeckende Versorgung mit Haus- und Fachärzten", nicht "Flächendeckende Vergütung".

(Beifall bei der SPD)

Darauf bezieht sich auch mein Redebeitrag. Einige Kommentare zum Beitrag meiner Vorrednerin kann ich mir aber nicht ersparen. Frau Stewens, wir haben nicht wegen der regionalen Spielräume immer wieder ver-

sucht, Sie auf das richtige Gleis zu bringen, sondern weil Sie uns im August 2006 nachweislich Panikmache und Unverständnis für das Gesundheitssystem vorgeworfen haben. Damals haben wir als SPD-Fraktion gesagt, dass der Fonds zu massiven finanziellen Verwerfungen führen würde. Das haben wir Ihnen immer wieder vorgeworfen, wohl zu Recht. Es geht bei Ihnen immer nach dem gleichen Prinzip: Wenn es schief läuft, brauchen Sie uns, wenn es gut läuft, waren Sie es selber. Ihr Ministerpräsident hat deutlich bessere Kontakte zur Bundesgesundheitsministerin. Er hat nämlich schon Nächte mit ihr verbracht, gute Nächte --

(Harald Güller (SPD): Die schönsten Nächte!)

- Die schönsten Nächte sogar, wie man an der einen oder anderen Stelle lesen kann. Ich habe bisher mit ihr nur Vormittage oder Nachmittage verbracht. Deshalb schlage ich Ihnen vor: Machen Sie es auf dem kleinen Dienstweg, und das soll dann der Herr Ministerpräsident machen.

Herr Kollege Vetter, Sie haben mit harten Begriffen um sich geworfen. Sie haben vom Gesundheitsfonds und vom Sozialismus gesprochen. Die SPD im Bayerischen Landtag braucht sich tatsächlich nicht vorwerfen zu lassen, dass sie nicht versucht habe, den Gesundheitsfonds von vornherein und ganz massiv zu verhindern. Leider hat die Bayerische Staatsregierung dem zulaufen der Menschen in Bayern zugestimmt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Vetter, Sie haben auch die Eigenverantwortung der Patientinnen und Patienten angesprochen. Auch das ist ein wichtiges Thema. Die Rechnungen für die Patientinnen und Patienten sind allerdings im Gesetz, im GMG, geregelt. Die Patientinnen und Patienten haben den Anspruch, bei Verlassen der Praxis eine Patientenquittung zu bekommen. Die könnten Sie den Patienten durchaus ausstellen. Wir wollen nur nicht, dass Kassenpatienten selbst zahlen müssen und deswegen gar nicht erst zum Arzt gehen, weil sie zu wenig Einkommen haben. Das ist nicht die Art von Eigenverantwortung, die wir uns für die Menschen wünschen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube auch nicht, dass wir gut beraten sind, hier im Bayerischen Landtag über die Honorarreform zu diskutieren. Wir beschließen sie nämlich nicht. Wir werden darüber ebenso wenig entscheiden wie über die Frage der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel. Das ist definitiv nicht unser Thema. Dazu ließe sich viel sagen, im Wesentlichen aber ist diese Forderung populistisch.

Eine kleine Frage kann ich Ihnen aber nicht ersparen. Wie würde Ihr Kollege Krombholz, der während des

Wahlkampfs wenigstens in Oberbayern die Gesundheitspolitik der Freien Wähler dargestellt hat, zu Ihren Ausführungen stehen? Da kann ich nämlich relativ große Diskrepanzen erkennen.

Zurück zum eigentlichen Thema, zur haus- und fachärztlichen Versorgung in Bayern. Wir haben darüber am letzten Donnerstag aufgrund unseres Antrags im Ausschuss diskutiert. Ich finde es gut, dass wir auch im Plenum darüber diskutieren, denn man kann in der Tat nicht oft genug darüber diskutieren. Bei diesem Thema geht es tatsächlich darum, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen.

Frau Kollegin Stewens hat gesagt, dass wir bei den Hausärzten noch eine ausreichende Versorgung haben, wenngleich in Unterfranken, im Landkreis Schweinfurt, jetzt schon eine Unterversorgung droht. Auch gibt es innerhalb der einzelnen Versorgungsbereiche Verwerfungen, weil die Bereiche nicht fachgerecht berechnet sind. Ein Versorgungsgrad von 140 % in einer Stadt nützt mir nichts, wenn ich im angrenzenden Landkreis nur einen Versorgungsgrad von 60 % habe. Im Schnitt komme ich zwar auf 100 %, aber für die Menschen auf dem Land ist doch kein Hausarzt da. Auch damit sollten wir uns einmal vertieft beschäftigen.

Wir werden bei den Hausärzten noch schneller als bei den Fachärzten Probleme bekommen, wenn es uns nicht gelingt, den Nachwuchs für die Allgemeinmedizin zu begeistern. Dazu muss man erst einmal die Zulassungskriterien verändern. Nicht jeder, der einen Abiturdurchschnitt von 1,0 hat, ist ein guter Hausarzt oder Facharzt. Ich habe nicht mit diesem Schnitt Medizin studiert. Ich weiß nicht, wer von den Kollegen in der Schule so gescheit war. Für die Zulassung gäbe es auch andere Kriterien. Bei den Lehrern - so war es in der Zeitung zu lesen - wird schon über Eignungstests nachgedacht, weil die Schulnote kein adäquater Parameter ist.

Auch wenn wir jetzt viele Studienanfänger haben, brauchen wir eine Nachwuchsoffensive, denn 60 % der Studierenden brechen das Medizinstudium ab. Ganz viele ergreifen gar keine medizinischen Berufe, wenn sie ihr Studium abgeschlossen haben. Das können und müssen wir in Bayern regeln. Da müssen wir nicht auf die Bundespolitik schießen. Wir müssen über Stipendien reden, weil das Medizinstudium lang und relativ verschult ist. Beim Medizinstudium gibt es nicht unbedingt viele Möglichkeiten, nebenbei etwas zu verdienen. Dass die Studiengebühren auch an dieser Stelle schädlich sind, muss ich hier nicht extra erwähnen. Dagegen finde ich aber auch in Ihrer neuen Koalition keine Verbündeten.

Die Allgemeinmedizin muss auch in der universitären Ausbildung aufgewertet werden. Ich habe es letzte Woche schon gesagt. Bayern hat bisher keinen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin. Jetzt wird es einen Stiftungslehrstuhl geben. In Nordrhein-Westfalen haben von sechs medizinischen Hochschulen immerhin drei einen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin. Aber auch dort meint man, dass es noch zu wenig sei. Bayern hinkt hier dramatisch nach. Auch das wäre ein Betätigungsfeld.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Thomas Goppel (CSU))

- Sie nicken, Herr Dr. Goppel.

(Dr. Thomas Goppel (CSU): Das muss die Universität selber regeln!)

- Das ist alles recht und schön, aber wenn nichts passiert, muss sich die Politik etwas vertiefter einmischen.

Eine finanzielle Unterstützung braucht die Allgemeinmedizin selbstverständlich auch. Wir brauchen sowohl für die Ausbilder als auch für die Mediziner, die sich in Allgemeinmedizin weiterbilden, eine finanzielle Unterstützung, wenngleich sich zeigt, dass finanzielle Anreize, wie es sie in den neuen Ländern schon gibt, allein nicht genügen. Wir brauchen zusätzlich auch die passenden Rahmenbedingungen, und die bestimmen wir hier im Land. Ich meine damit die Infrastruktur im ländlichen Raum. Sie werden doch nicht glauben, dass junge Ärztinnen und Ärzte in Gegenden gehen, wo es keine Kinderkrippen gibt, wo der nächste Kindergarten 15 Kilometer weit weg ist und wo es auch kein ausreichendes Schulangebot gibt. Sie werden nicht in Gegenden gehen, wo es keinen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr und kein kulturelles Angebot gibt. Alles das sind die Rahmenbedingungen, die man in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen darf. Das zu regeln, ist einzig und allein Aufgabe des Landes Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Die fachärztliche Versorgung ist aufgrund der Altersstruktur noch nicht so bedroht wie die hausärztliche. Das wird aber auch noch kommen. Uns ist es wichtig, dass Fachärzte und Hausärzte nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir sind nicht gegen die Fachärzte, weil wir uns für die Hausärzte eingesetzt haben, und wir vergessen auch die Hausärzte nicht, wenn wir die Probleme der Fachärztinnen und Fachärzte erkennen. Nur so kann uns etwas insgesamt gelingen.

Das ärztliche Handeln muss nicht nur im freien Arztberuf, sondern auch in der Hand der Ärzte bleiben. Gemeindeschwestern können eine hervorragende Ergänzung des medizinischen Angebots sein. Sie müssen

aber eine Ergänzung sein und dürfen nicht dort, wo die ärztliche Versorgung bereits weggebrochen ist, ein Ersatz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen uns um die fachärztliche Versorgung auch deshalb kümmern, weil in einigen Gegenden die über die Innere Medizin und die Chirurgie hinausgehende stationäre fachärztliche Versorgung wegzubrechen droht. Dort brauche ich wenigstens eine ambulante fachärztliche Versorgung.

Wenn ich weiß, dass über 70 % der Studierenden im Fach Medizin Frauen sind, weiß ich auch, dass ich an der einen oder anderen Stelle sehr viel mehr Frauenarbeitsplätze als Männerarbeitsplätze brauche. Diese Arbeitsplätze müssen mit der Familie kompatibel sein. Wenn ein Medizinisches Versorgungszentrum nicht von Kapitalgesellschaften gesteuert wird, sondern wenn es von Ärzten betrieben wird und dazu dient, Synergieeffekte zu erzielen, ist es gerade auch für Frauen ein gutes Instrument.

Wir brauchen eine Imagekampagne für die Allgemeinmedizin, aber auch für die Medizin insgesamt. Tagtäglich höre ich, wie der Beruf des Arztes und der Ärztin schlechtgeredet wird. Tagtäglich höre ich, wie Horrorszenerarien verbreitet werden. Deshalb weiß ich auch, dass es so nicht gehen wird. In der letzten Woche ist eine blödsinnige Studie verbreitet worden, nach der 70 % der Studierenden ins Ausland gehen würden. Jeder von uns hat als Student auch gesagt: Freilich kann ich es mir vorstellen, einmal ins Ausland zu gehen. Das heißt aber nicht, dass ich abwandere. Wenn wir diesen Beruf weiter so schlechtreden, kann die Gesundheitspolitik so gut sein wie sie will, auch wenn noch manches verbessert werden kann. Sie wird uns aber nicht weiterhelfen. Das ist ein Appell an alle, sich an einem guten Gesundheitssystem für die Zukunft zu beteiligen, welches den Leuten auch Mut macht, sich beruflich wieder zu engagieren.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Schopper.

Theresa Schopper (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst muss ich ein Wort an den Herrn Ministerpräsidenten richten. Wenn Ihre schönsten Nächte die Verhandlungsnächte mit Ulla Schmidt waren, dann haben Sie nicht viel Freude im Leben.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN - Ministerpräsident Horst Seehofer: Eine der schönsten!)

- Eine der schönsten? - Nun ja, von daher - -

(Zuruf von der SPD: Das ist fast schon frauenfeindlich, was Sie hier sagen!)

- Das ist nicht frauenfeindlich, das ist eine Feststellung! Meine schönsten Nächte wären sicher nicht die mit Herrn Seehofer, wenn man das einmal im Umkehrschluss so sagen will.

(Allgemeine Heiterkeit)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, bitte kommen Sie zum eigentlichen Thema.

Theresa Schopper (GRÜNE): Ich komme jetzt zum eigentlichen Thema, und zwar zu der flächendeckenden Versorgung mit Haus- und Fachärzten in Bayern.

Wir haben in Bayern 21.000 niedergelassene Ärzte und Ärztinnen, 8.500 Zahnärzte und Zahnärztinnen und 380 Krankenhäuser. Frau Kollegin Sonnenholzner hat es schon gesagt: Wir haben in Oberbayern, in Schwaben und in vielen anderen Regionen derzeit noch keinen Anlass zu klagen. In Oberfranken wird die Ärzteversorgung an einigen Orten aber bereits knapp, und das gilt auch für Unterfranken. Die Prognose ist eindeutig und klar: In den nächsten Jahren werden wir nicht nur bei den Hausärzten, sondern auch bei den Fachärzten ein Versorgungsdefizit bekommen. Wir müssen deshalb schauen, wie sich die Ausgangsposition derzeit, also 2009, darstellt, und was wir dagegen machen müssen.

Die Nachfrage nach einem Medizinstudium ist nach wie vor sehr groß und auch die Abschlusszahlen sind nach wie vor hoch. Deshalb geraten wir nicht wegen mangelnder Studenten automatisch in eine Versorgungslücke. Wir müssen aber feststellen, dass wir einen Beruf haben, der zunehmend weiblicher ist. Frauen haben die besseren Noten in der Schule, sie machen die besseren Abschlüsse, deshalb sind sie auch mehr in der Medizin zu finden. Der Medizinberuf muss sich deshalb auch im Hinblick auf die Arbeitsstrukturen verändern. Wir brauchen eine Diskussion über die Vereinbarkeit von Frauen und Beruf, und das wird auch dazu führen, in den Krankenhaushierarchien einiges aufzuwirbeln. Nach wie vor besteht in einigen Krankenhäusern die Philosophie, der Halbgott in Weiß sei in einer ausgeprägten Hackordnung am Werke. Wir müssen auch die Arbeitszeiten in den niedergelassenen Praxen hinterfragen. Frauen lassen sich in den Praxen sehr gern anstellen, weil sie dann geregelte Arbeitszeiten haben. Auch darüber müssen wir nachdenken.

Auch die Tatsache, dass eine Niederlassung heute einen Rucksack an Schulden mit sich bringt, ist nicht außer acht zu lassen. Die Honorarreform, die wir auf-

grund eines Antrags von uns GRÜNEN im Ausschuss diskutiert haben, und die Diskussionen innerhalb der Ärzteschaft und in der Bevölkerung sind nicht dazu angetan, dass der Arztberuf attraktiver wird. Den Ärzten wurden 3 Milliarden Euro mehr vom Bund versprochen. 290 Millionen davon sollten in den bayerischen Arztpraxen ankommen. Momentan geht dort die Angst nicht nur bei den Ärzten um, sondern auch bei den Angestellten, den Helferinnen. Das ist nachvollziehbar, weil nach den Schreiben viele Honorareinbußen bis zu 50 % befürchten. Wenn der Ball jetzt wieder innerhalb der Kassenärztlichen Vereinigung, innerhalb der Selbstverwaltung der Ärzte gespielt wird, dann ist das zwar gut, und dort sollte auch auf den Weg gebracht werden, dass 5 % an Einbußen nicht unterschritten werden sollen, aber ich sage ganz ehrlich: Weder die Kassen, noch die Ärzte - also die KVB - haben bisher verlässliche Zahlen. Bislang beruhen alle Überlegungen auf Simultanrechnungen.

(Beifall eines Abgeordneten der Freien Wähler.)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, hier wird auf Sicht gefahren. Es gibt keine Transparenz, keinen Plan und es ist auch keine Entwarnung zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der Freien Wähler.)

Seit dem 01.01.2009 ist mit der Installierung des Gesundheitsfonds und der Honorarreform aus Murks Gesetz geworden. Das bürokratische Monster wurde von Frau Kollegin Stewens weidlich beschrieben. Sie reden immer von Entbürokratisierung, dabei wurden hierfür ganze Fachabteilungen rekrutiert. Im Hinblick auf den Punkt, bei dem Sie in Berlin damals auch dabei waren, ist tatsächlich ein bürokratisches Monster geboren worden, und zwar ein Monster ohne Ende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Beiträge gehen nach oben, sowohl für die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen als auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist Gift bei der derzeitigen Konjunkturlage, zusätzliches Gift. Man kann uns noch nicht einmal mehr Qualität versprechen. Die Praxen sind teilweise geschlossen, den Versicherten wurde mitgeteilt, sie mögen am besten den Geldbeutel zur Untersuchung mitbringen, wenn sie beispielsweise vom Frauenarzt behandelt werden wollen.

Ich weiß, mittlerweile existieren kaum mehr Freunde des Gesundheitsfonds. Das wundert mich, denn immerhin haben im Bundestag 378 Abgeordnete die Hand gehoben. Ich weiß, auch Sie waren daran beteiligt. Deshalb hätte ich gerne auch einmal von Ihnen ein klares Wort gehört. Sie haben nicht nur mitverhandelt, Sie waren auch ein Kreatureur der Gesundheitsgesetzge-

bung. Ich meine, dabei ist viel Vertrauen zerstört worden. Der Karren steckt ziemlich tief im Graben, und Sie waren nicht nur am Wegrand gestanden, sondern Sie waren mit am Steuer und haben Hand angelegt. Ich glaube deshalb, wir brauchen auch in Bayern eine wirkliche Stellungnahme und nicht nur immer die Aufteilung zwischen einerseits Tätern und andererseits Sanitätern. Mit solchen Argumenten sind Sie bei uns an der falschen Adresse, die werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Bertermann.

Dr. Otto Bertermann (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ursprünglich hatte ich mich auf etwas anderes konzentriert, nun möchte ich aber doch einige Anmerkungen zu den vorhergehenden Redebeiträgen machen. Ich meine, dass sie wichtig sind.

Zunächst einmal meine ich, man sollte aufräumen mit dem Vorurteil, Frauen im Medizinberuf wollten oder könnten nur angestellte Ärztinnen sein. Es ist wichtig, dass wir auch die Frau als freien Unternehmer, als freien Arzt berücksichtigen.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Wir sollten beide Sichtweisen berücksichtigen, die Ärztin einmal als Arbeitgeberin und zum anderen als Arbeitnehmerin.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Auch eine Frau kann als Unternehmerin in der Lage sein, eine Arztpraxis exzellent zu führen. Die Story, dass Frauen nur als Angestellte oder bei den MVZ arbeiten könnten, wird den Frauen nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Liebe Frau Sonnenholzner, zwei Bemerkungen. Eigentlich heißt es heute Versorgung und Vergütung. Die flächendeckende Versorgung in Bayern ist natürlich nicht ohne die Vergütung zu sehen. Die Frage ist doch: Warum ist die Versorgung in Bayern so schlecht? Warum wird die Versorgung in Bayern so schlecht? - Sie wird deshalb so schlecht, weil die Ärzte mit einer ausufernden Bürokratie, mit vielen Vorschriften und Regelungen konfrontiert wurden, dass sie immer stärker demotiviert sind und ihrem eigentlichen Auftrag, nämlich der Behandlung von Patienten, nicht mehr nachkommen können. Ich denke, eine normale Arztpraxis

wandelt sich im Moment zu einer Schreibstube. Das ist etwas zutiefst Unärztliches, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP, der CSU und Abgeordneten der Freien Wähler.)

Wir können die flächendeckende Versorgung nicht unabhängig von der Honorarreform sehen. Sicher hat Bayern 4 % mehr Geld bekommen, aber der Trick bei der ganzen Sache besteht doch darin: Wo kommt das Geld an, und wer bekommt es? Wie ist es im Regelleistungsvolumen untergebracht? Wenn wir das vom erweiterten Bewertungsausschuss so konzipiert haben, dass die hochtechnisierten Leistungen der niedergelassenen Fachärzte mit in das Regelleistungsvolumen kommen, dann ist das Einkommen dieser Fachärzte gefährdet. Das heißt, dass es politisch gewollt ist, dass die Fachärzte, die viel Geld in ihre Ausbildung und viel Geld in ihren Betrieb gesteckt haben, von der flächendeckenden Versorgung verschwinden sollen, dass ihre Aufgaben an die Krankenhäuser übergehen. Das ist doch eine bewusst gewollte Absicht dieser Reform!

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, alles wird teurer und schlechter. Wir befinden uns in einem System, sodass wir die gesamte Gesundheitsreform betrachten müssen. Wir müssen uns, aufgrund der bestehenden Gesetze, an dieser Reform orientieren. Ich bin jemand, der nicht zurückschaut, denn ich denke, wir sollten nach vorn schauen und überlegen, wie wir die Probleme künftig in Bayern lösen können. Meine Damen und Herren, die Lösung in Bayern besteht in einem freiheitlichen System, in dem Transparenz, Wahlfreiheit, Therapiefreiheit besteht, und bei dem das enge Korsett beendet wird. Wir sind der Meinung, wir müssen den jungen Leuten Chancen geben auf einen freien Beruf. Dann wird auch wieder die flächendeckende Versorgung in Bayern gewährleistet sein.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den Freien Wählern.)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Zimmermann.

Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich riesig darüber, dass die neue Zusammensetzung dieses Parlaments durch die zwei neuen Fraktionen, die nach der Wahl dem Parlament angehören, auch zwei Arztkollegen mit sich gebracht hat, gerade deswegen, Kolleginnen und Kollegen, weil sie zwei politische Richtungen, die eine mehr einen Wahlverein, die andere eine demokratisch legitimierte Partei, repräsentieren. Sie haben sich gerade im letzten Jahr durch die Aussage

ausgezeichnet, dass sie wüssten, wie das bayerische Parlament all die Probleme der Gesundheitspolitik im Allgemeinen, aber speziell im niedergelassenen ambulanten ärztlichen Bereich im Freistaat Bayern lösen könnte. Willkommen, Kollege Bertermann, Kollege Vetter ebenso.

Warum sage ich das so prononciert, meine Damen und Herren? Aus langjähriger Gesundheitspolitiker hat man den Eindruck, dass Gesundheitspolitik in Bayern im letzten Wahlkampf endlich einmal fachmännisch gut vonseiten der außerparlamentarischen Opposition dokumentiert und dargelegt wurde. Nach den beiden Wortmeldungen stelle ich fest: Es war sehr schlicht, Kollege Bertermann. Ich muss ganz ehrlich sagen, allgemeine Darstellungen, wie man in Bayern künftig Gesundheitspolitik gestalten sollte, sind nichts Neues für uns im Parlament. Kollegin Sonnenholzner, ich glaube, ich darf Sie da einbeziehen. Ich glaube, wir können feststellen, dass die Problematik tiefer liegt, meine beiden Kollegen. Kollege Vetter, aus Ihrer täglichen beruflichen Erfahrung gebe ich Ihnen natürlich bei dem Spannungsbogen, den Sie aufgebaut haben, recht. Er beinhaltet - Kollege Bertermann hat es auch angesprochen - Versorgung und Vergütung. Beides getrennt voneinander zu diskutieren macht keinen Sinn. Das war wohl auch der Aspekt, der die Freien Wähler animiert hat, über die Aktuelle Stunde das Thema der aktuellen Versorgung in Bayern noch einmal zu diskutieren. Denn wie Sie alle wissen, ist die Vergütung der niedergelassenen Fachärzte tatsächlich ein Thema. Hier wird so getan, als habe die Politik geschlafen, als hätten wir uns den guten Anregungen, die im letzten Jahr von außen gekommen sind, sei es von den Hausärzten oder anderen ärztlichen Verbänden, verschlossen, sie nicht aufgenommen und nicht ins Gesetzgebungsverfahren hier im Parlament eingebracht und umgesetzt. Sie haben Gott sei Dank endlich kapiert, dass der Bayerische Landtag in die Bundesgesetzgebung unmittelbar nicht eingreifen kann. Kolleginnen und Kollegen, da muss ich Ihnen wieder sagen: Alles das, was wir heute zu diskutieren haben, ist Bundesgesetzgebung, die, in meinen Augen jedenfalls, letztendlich in vielen Fällen gewisse Dinge unzulänglich, vorgegeben hat.

Aber jetzt die Honorierung der Ärzteschaft zum Anlass zu nehmen, unsere ärztliche Versorgung in Bayern in toto infrage zu stellen, ist unredlich. Das muss ich so sagen. Gerade wir in Bayern haben über Jahre hinweg alles Mögliche versucht, im stationären wie im ambulanten Bereich, unser hohes Leistungsniveau im Versorgungsbereich für unsere Bürgerinnen und Bürger optimal anzubieten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wenn es jetzt Verwerfungen gibt, Kolleginnen und Kollegen, dann muss man wissen - ich weiß, ich habe nicht mehr viel Zeit -, dass es die sogenannte Selbstverwaltung gibt, die ganz wesentlich an diesem Dilemma mitgewirkt hat. Ich gehe davon aus, dass der Herr Minister noch einmal auf die Abläufe der letzten Wochen eingehen und noch einmal darstellen wird, wie weit auch die Selbstverwaltung der Ärzteschaft selbst an dem Dilemma schuld ist. Jetzt tut sie so, als wäre sie nie dabei gewesen, und kehrt alles unter den Teppich.

Ich hätte noch genügend Beispiele anzufügen, die aber zeitlich jetzt nicht mehr unterzubringen sind, mit denen ich Ihnen dokumentieren könnte, dass unsere Standeskollegen leider Gottes inzwischen auch einräumen, dass sie das eine falsch gerechnet, das andere falsch bewertet haben, wonach letztendlich ein Regelleistungsvolumen als ausschließliches Arzthonorar in den nächsten Quartalen festzustellen sei, das sich von den Fallpauschalen und Fallzahlen der letzten Jahre wesentlich unterscheidet. Die Information an die Ärzteschaft war unzulänglich, sodass sich notwendigerweise gewisse Zwistigkeiten zwischen den einzelnen Facharztgruppen ergeben haben. Wenn der Radiologe überproportional und der Kinderarzt weniger verdient, so ist es meines Erachtens Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung, dieses Ungleichgewicht auszugleichen. Denn unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten - und dazu hat man sie letztendlich animiert -, dass es durch einen höheren Beitragssatz möglich ist, 2,7 Milliarden Euro zusätzlich ins System zu geben, um die Ärzteschaft besser zu honorieren, um die Versorgung - damit schließt sich der Kreis, Kolleginnen und Kollegen -, mindestens aufrechtzuerhalten oder gar, wie ich meine, zu verbessern.

Diese Überlegungen zur Honorarreform wurden zurückgestellt. Man hat eingesehen, dass Unzulänglichkeiten entstanden sind. Ich halte dieses Verhandlungsergebnis unseres Ministers für hervorragend. Überhaupt darf ich bei dieser Gelegenheit sagen, ich bin erstaunt, mit welchem Schneid, mit welcher Nonchalance er es geschafft hat, dass diese Situation wieder auf null zurückgeführt wird. Wahrscheinlich liegt das daran, dass er völlig unverbraucht ist in dieser Materie und mit diesen oft sehr bockigen Arztkollegen in seiner charmanten Art gut umgehen kann. Jetzt wird nachgerechnet, und ich darf Ihnen versichern, Kolleginnen und Kollegen, dass die niedergelassene fachärztliche Versorgung in Bayern auch künftig eine hervorragende Versorgung im Freistaat Bayern gewährleisten wird. Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin auch Mediziner, das haben Sie vielleicht übersehen. Ich bin seit 27 Jahren in der Sprechstunde tätig und habe noch gestern die Sprechstunde abgehalten. Deswegen kenne ich sehr genau die Probleme im Gesundheitswesen.

Ich bin näher am Menschen, das dürfen Sie mir glauben, und ich kenne die sozialen Probleme, die ich täglich in meiner Sprechstunde höre.

Das ist eben genau der Unterschied zu den schönen Worten, die Herr Söder spricht, oder wenn Herr Seehofer hier schöne Nächte verbringt. Das ist der Unterschied zwischen dem Handeln am grünen Tisch und ob man kranken Menschen hilft und sie heilt. Das ist genau der Punkt.

Vor Jahren - und deshalb hat mich der Kenntnisstand von Herrn Zimmermann erschreckt - betrug der Ausgabensatz für die GKV in der ambulanten ärztlichen Versorgung ungefähr 28 %, jetzt ist er auf 14 % zurückgegangen. Im gleichen Zug sind die Ausgaben für Medikamente auf 18 % angestiegen. Herr Zimmermann, die ambulante ärztliche Versorgung ist durch die Politik bewusst ausgetrocknet worden.

(Beifall bei den Freien Wählern - Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Durch welche Politik?)

- Durch die Politik der verantwortlichen Politiker, die als Bundesgesundheitsminister in Bonn die Axt an die soziale Versicherung gelegt haben und hier mit Zustimmung der Großen Koalition letztendlich dieses Werk vollendet haben zum Nachteil der kranken und hilfsbedürftigen Menschen.

(Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Allgemeinplätze!)

- Das kann man sehr gut belegen. Gehen Sie dem nach, Herr Seehofer. Wie war es denn, als Sie mit dem Herrn Dressler den Lahnstein-Kompromiss verhandelt haben hinter dem Rücken des damaligen Koalitionspartners FDP? Wie war denn das? Genau diese FDP hat tatenlos zugesehen, als der Gesundheitsfonds über das Land hereinbrach. Tatenlos sitzen sie da, sie haben ja einen schönen Koalitionsvertrag, zumindest das, was ich im offiziellen Vertrag lesen kann. Ich kenne den Geheimvertrag nicht. Im offiziellen Vertrag steht: "Wir lehnen den Gesundheitsfonds ab."

Die CSU hat vor der Wahl ganz genau gesagt, Herr Zimmermann - und ich war in Nürnberg dabei, wo Sie auf dem Podium saßen, ich habe das sehr genossen; unter anderem war auch Frau Stewens dabei -: "Der Gesundheitsfonds tritt nur dann in Kraft, wenn zwei Bedingungen eintreten" - völlig richtig -, "nämlich erstens: Die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt macht ihre Hausaufgaben und zweitens: Die Bundesgesundheitsministerin legt belastbares, nachprüfbares Zahlenmaterial vor."

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Zimmermann (CSU))

- Darauf komme ich noch. Das ist ein Lieblingsthema von mir. Dazu habe ich auch an Herrn Söder noch eine Frage. Beides ist nicht geschehen. Warum ist dann dieser Gesundheitsfonds am 1. Januar 2009 in Kraft getreten? Dafür müssen Sie doch die politische Verantwortung übernehmen!

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Zimmermann (CSU))

Die Tinte unter dem Koalitionsvertrag ist noch nicht einmal trocken geworden, und schon wird er gebrochen, zum Nachteil der Patienten, zum Schaden aller kranken und hilfsbedürftigen Menschen.

Herr Söder, Sie verkünden die 5-prozentige Honorarkürzung der Ärzte als Erfolg. Herr Söder, verkünden Sie doch eine solche 5-prozentige Kürzung der Honorare einmal bei Ihren Anwaltskollegen! Was denken Sie, was die mit Ihnen machen? Ich glaube nicht, dass diese Kollegen Ihnen um den Hals fallen, sondern die machen etwas ganz anderes mit Ihnen.

Und noch eines, Herr Söder: Wenn man 2,7 Milliarden Euro bundesweit bereitstellt, muss man sich doch fragen, was das für Bayern bedeutet. Das sind ungefähr 280 Millionen Euro. Über diese Summe reden wir hier. Haben Sie, Herr Söder, bei diesen 280 Millionen Euro die 100 Millionen Euro Konvergenzklausel berücksichtigt oder kommen die für dieses Jahr noch weg? Das ist meine erste Frage.

Meine zweite Frage: Was passiert dann 2010? Sie haben doch in der Gesundheitsreform auch festgelegt, dass, wenn dieser Länderrisikostrukturausgleich nicht stattfindet, im nächsten Jahr noch einmal 100 Millionen Euro abfließen. Das heißt also, 2010 sind von Ihren schönen 280 Millionen Euro schon 200 Millionen Euro weg. Und das feiern Sie als Erfolg und als Lösung des Problems! Also, ich weiß nicht, was ich davon halten soll. Ich glaube, auch die Menschen draußen im Land wissen genau, welches falsche Spiel hier getrieben wird. Hier geht es nicht um die Versorgung der Ärzte,

hier geht es nicht um die Versorgung der Patienten, hier geht es nicht um eine soziale Gesundheitspolitik.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Deshalb sagen die Freien Wähler ganz klipp und klar: Dieses GKV-System, so wie es jetzt besteht, ist nicht mehr reformfähig. Sie haben selber gesagt, dass Ihre Kopfpauschale eine Sackgasse war. Mit der Bürgerversicherung kommen wir selbstverständlich auch nicht weiter. Wir Freien Wähler haben ein neues Konzept. Ich würde Ihnen empfehlen, das ein bisschen nachzulesen oder Ihren Behördenapparat zu bitten, das nachzulesen. Wir haben ein Konzept entwickelt. Es wurde vorgestellt und veröffentlicht, jeder kann es nachlesen.

Dazu nur drei Stichworte, denn meine Zeit ist gleich abgelaufen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Sie ist schon abgelaufen, Herr Kollege.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Noch 36 Sekunden!

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ja, minus!

(Zurufe von den Freien Wählern)

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Das tut mir leid. Dann kürze ich das jetzt ab. Also, diese Vorschläge liegen auf dem Tisch. Das ist so ähnlich wie bei einer Haftpflichtversicherung im Kfz-Bereich.

Eine weitere Forderung von uns: Wir fordern im Gegensatz zu Ihnen, Herr Söder, einen ständigen Runden Tisch für Bayern, um genau solche Auswüchse einer verfehlten Reformpolitik zu beseitigen, und nicht nur eine einmalige Einsetzung dieses Runden Tisches.

Weiterhin fordern wir einen bayerischen Weg im Gesundheitssystem, nämlich die Unterstützung der bayerischen Ärzte - das können wir ganz gezielt machen - mit dem Ziel eines zukunftsfähigen und sozialen Gesundheitssystems. Deswegen bin ich am Freitag wieder in meiner Praxis, und ich freue mich darauf.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Die nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Söder.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst etwas zur aktuellen Versorgungslage: Aktuell ist es so - und das kann man, glaube ich, bei aller Kritik und Dis-

kussion schon sagen -, dass das bayerische Gesundheitssystem in der medizinischen Versorgung von der Leistungsfähigkeit unserer Krankenhäuser, unserer Ärzte für die Patienten mit das Beste ist, das es in der Welt gibt. Das sollte man an so einem Tag auch einmal festhalten.

(Beifall bei der CSU)

Das steht auf jeden Fall fest. Das hat auch keiner der Redner bestritten.

Aber wir stehen in der Tat vor Herausforderungen. Die Alterspyramide der Ärzte spüren wir. Insbesondere bei den Hausärzten ist das eine Herausforderung. Wir spüren natürlich auch, dass sich die Attraktivität im Vergleich mit der Zeit vor 20 oder 30 Jahren, als der Kollege anfang, der zuletzt gesprochen hat, natürlich ein bisschen verändert hat. Herr Dr. Bertermann hat es zu Recht gesagt: Heute ist ein Zusatzstudium als Verwaltungsjurist sehr hilfreich, um eine Arztpraxis überhaupt führen zu können.

Drittens stellt sich schon die Frage der Vergütung. Denn man muss wissen: Der Versorgung folgt die Vergütung. Beides hängt eng zusammen. Deswegen spielt die ausreichende Finanzierung des Gesundheitssystems eine zentrale Rolle. Wer glaubt, dass es Spitzenmedizin für alle unabhängig von Alter und Herkunft zum Nulltarif gibt, der irrt natürlich, sondern das ist etwas, was sich eine Gesellschaft bewusst leisten muss, gerade eine älter werdende Gesellschaft. Darüber werden die Diskussionen geführt, die jetzt aktuell sind.

Seit dem 1. Januar 2009 gibt es den Gesundheitsfonds. In der Tat gibt es nicht nur bei der Vergütung eine Fülle von Fragen, die zum Teil den Eindruck chaotischer Zustände erwecken.

Fakt ist erstens - und an Fakten sollten wir uns halten -, dass die Honorare jetzt zentralisiert werden. Früher gab es regional unterschiedliche, jetzt gibt es zentralisierte Honorare. Das hat allerdings zur Folge, dass es im Zusammenhang mit dieser Zentralisierung in Deutschland auch unterschiedliche Gewinner gibt. Regionale Gewinner sind in der Tat zunächst einmal die neuen Bundesländer. Dort bekommen Länder wie Thüringen oder Mecklenburg-Vorpommern bis zu 20 % mehr.

Zweitens darf man die Frage der Verteilung der Honorare der Ärzte untereinander nicht vergessen. Das haben die Kollegen, die sich damit beschäftigen, auch angesprochen. Das ist nicht etwa nur eine Sache der Politik. Die Politik legt nicht fest, welche Arztgruppe welche Honorare bekommt, sondern das wird letztlich in den Gremien der Ärzteschaft selbst entschieden. Um aber die großen Sprünge und die großen Verwerfungen

zu vermeiden, hat die Politik, gerade weil sie weiß, dass der Fonds schwierig ist - und das war eine der Leistungen auch des damaligen Bundeslandwirtschaftsministers mit seiner quasi Generalzuständigkeit auch für dieses Thema und auch eine der Leistungen unserer Sozialministerin -, gesagt: Wenn es diese Sprünge gibt, braucht man einen Ausgleich.

Dieser Ausgleich bedeutet - deswegen gibt es übrigens auch Beitragssteigerungen, das muss man sehen -, dass es insgesamt in Deutschland 2,7 Milliarden Euro mehr für Ärzthonorare und damit 280 Millionen Euro mehr Ärzthonorare für Bayern gibt. Das hat, lieber Vorredner, gar nichts mit Konvergenz zu tun. Konvergenz ist etwas ganz anderes. In der Gesundheitspolitik ist es wie beim Zahnziehen: Man muss den richtigen ziehen, sonst hat man ein Problem. Das gilt in dieser Phase nämlich auch.

(Beifall bei der CSU)

280 Millionen Euro mehr bedeuten übrigens umgerechnet 528 Millionen Euro absolut im ersten Quartal für fachärztliche Leistungen. Es gibt wenige Berufsgruppen in Bayern und in Deutschland, die über eine solche Summe verfügen können. Das darf man auch einmal sagen. Das sind im Schnitt 4,2 % mehr, 4,2 % auf alle Fachärzte verteilt.

Aber Sie haben recht, es gibt Gewinner und Verlierer wegen der Veränderungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die auch in Berlin beschlossen wurden. Danach gibt es Gewinner in einzelnen Arztgruppen mit bis zu 20 oder 30 %, Laborärzte, Pathologen, Nuklearmediziner. Es hat auch Verlierer gegeben, beispielsweise Gynäkologen, Hautärzte, bestimmte Augenärzte, wobei man immer sagen muss, dass das System selbst eine Form von Intransparenz aufweist, dass selbst der Bundesvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung in einem Vortrag bekannte, er tue sich schwer, alle Details dieser Honorare zu verstehen. Das ist auch eines der Grundprobleme. Denn dieses so wenig transparente System, das übrigens nicht nur aus den Regelleistungsvolumina besteht, sondern auch aus anderen Bereichen, aus freien Leistungen und Zuschlägen, macht am Ende das Gesamthonorar aus.

Übrigens ist es jetzt das erste Mal so, lieber Dr. Vetter, dass vor Beginn eines Quartals Zahlen genannt werden sollen. Das wollte die Ärzteschaft selbst. Normalerweise hat sich das erst im Laufe der Zeit ergeben. Wir rechnen im Moment erst das dritte Quartal des letzten Jahres tatsächlich ab.

Ich stimme Ihnen, Herr Dr. Zimmermann und anderen, auch Frau Christa Stewens, zu, dass ein Teil des Problems der Verunsicherung nicht nur in der tatsächlichen

Höhe der Honorare liegt, sondern auch in der Informationspolitik, die vor Weihnachten gemacht wurde. Heute richtet der Bundesvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung an alle Ärzte in Deutschland ein Schreiben, in dem er darlegt, worum es eigentlich geht.

Wir haben aber von Bayern aus gesagt, obwohl wir - das hat Frau Sonnenholzner richtig gesagt - eigentlich keine Zuständigkeit haben, dass wir helfen wollen, dass dieses zentralistische System nicht am Ende nur zum Nachteil für Bayern ausgeht. Deswegen haben wir uns im sogenannten Bewertungsausschuss in Berlin eingebracht und gesagt, wir wollen regionale Spielräume. Damit hatten wir Erfolg.

Das heißt - und das ist entscheidend -, dass die Kassenärztliche Vereinigung als Selbstverwaltung der Ärzte und die Kassen miteinander entscheiden können, wie in Bayern Honorare verteilt werden. Das ist wichtig. Das heißt, entscheidend ist nicht nur das, was in Berlin beschlossen wurde, sondern über die 280 Millionen Euro mehr und über die 528 Millionen Euro insgesamt im Quartal kann nach einer Entscheidung der Selbstverwaltungsorgane bestimmt werden.

Dazu haben wir ein Gespräch initiiert. Übrigens haben wir, was die Zukunftsentwicklung der Gesundheit betrifft, ein dauerhaftes Expertenforum. Mit den Zahnärzten führen wir auch sehr gute Gespräche. Gespräche mit den Kassen sind wirklich schwer. Übrigens geht es dabei um Kassen, die nicht nur landesweit, sondern bundesweit agieren. Bundesweite Ersatzkassen zu einer Lösung zu bringen, die bayerisch ist, ist per se eine Herausforderung, denn diese Kassen haben eben nicht nur in Bayern einen Chef sitzen, sondern möglicherweise Chefs mit ganz anderen Interessen in Deutschland. Trotzdem haben wir erreicht: Erstens beträgt die maximale Verlustgrenze 5 %. Alle Debatten um 30, 40 % sind weg.

Zweitens. Regionale Spielräume der Kassen werden für Bereitschaftsdienst- und Onkologiepauschalen ausgenutzt. Die Sozialpsychiatrievereinbarung ist wohl - diese Meldung habe ich heute bekommen - unter Dach und Fach, sodass es für den Bereich der Jugendpsychiatrie eine stabile Grundlage gibt.

Kinder- und Jugendärzte verhandeln gerade mit der AOK über einen ähnlichen Vertrag, wie er den Hausärzten angeboten worden ist.

Wir haben also in vielen Bereichen eine Perspektive entwickelt. Jetzt ist es Sache der Kassenärztlichen Vereinigung, sie umzusetzen.

Die Politik hat dafür gesorgt, dass es mehr Geld gibt. Die bayerische Politik hat dafür gesorgt, dass es Spiel-

räume gibt. Jetzt müssen diese Spielräume genutzt werden.

Was nicht geht, ist erstens vertragswidriges Verhalten. Ich habe Verständnis für Proteste. Aber ich hätte kein Verständnis, dass auf dem Rücken der Patienten ein vertragswidriges und unethisches Verhalten stattfindet. Vorkasse kann letztlich nicht akzeptabel sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweitens habe ich Verständnis für die Forderung nach mehr Geld. Aber wenn jetzt einzelne Gruppen 30 oder 40 % zusätzliches Geld fordern, dann bedeutet das - ich glaube, darüber wird sich dieses Haus sehr schnell einig - entweder erneute Beitrags- oder Steuererhöhungen. Das kann nicht im gesamtwirtschaftlichen Interesse liegen.

Zum Schluss sage ich dies: Man muss wissen, dass das in der Tat kurz- oder mittelfristige Lösungen sind. Im Ausschuss haben wir darüber geredet. Frau Schopper hat damals gesagt, sie wolle nicht die Panik-Emma sein. Ich habe ihr damals entgegnet, man dürfe weder Panik-Emma noch Mutter Theresa sein, sondern man müsse einen Mittelweg gehen. Das ist für dieses Jahr die Erreichung einer stabilen Perspektive. Langfristig brauchen wir sowieso eine Änderung. Sie wird sich daraus ergeben, dass wir in der Gesundheitspolitik ohnehin vor einer grundlegenden Weichenstellung stehen.

Es handelt sich um eine Y-Situation; die hat nichts mit Ypsilon zu tun. Wir werden im Laufe des Jahres entscheiden müssen, in welche Richtung die Gesundheitspolitik generell zu gehen hat. Die Richtung zur Staatsmedizin würde zum großen Teil eher der linken politischen Seite zuzuordnen sein. Oder es kommt zu einer vernünftigen bürgerlichen Gesundheitspolitik, in deren Zentrum der Arzt als freier Beruf steht.

In Bayern brauchen wir dazu Vorstellungen. Ich nenne unsere Vorstellungen ganz kurz: Mehr Verlässlichkeit im System. Man darf nicht, wie bei den Krankenhäusern geschehen, Kompromisse aushandeln, die man drei Tage später infrage stellt. Wir brauchen mehr Regionalität statt Zentralismus, mehr Transparenz der Honorare statt Bürokratie, ein Bekenntnis zum Arzt als freiem Beruf und zentraler Schaltstelle in der Versorgung des ländlichen Raums.

Zum Schluss sage ich: Wir brauchen in Deutschland mehr Solidarität mit den Bayern. Wenn wir in Bayern infolge der gesamten Verteilungsmechanismen so viel abgeben, dann sind wir gern bereit, andere Länder in der medizinischen Versorgung zu unterstützen - der bayerische Patient tut das gern -, aber wenn am Ende die eigene medizinische Versorgung leidet, um andere

besserzustellen, dann ist eine Grenze erreicht. Dagegen müssen wir uns wenden.

Wir haben eine Perspektive, aber wir haben auch ein gehöriges Stück Arbeit vor uns, unser Gesundheitssystem dauerhaft auf stabile Beine zu stellen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, vielen Dank.

Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich auf der Ehrentribüne meine Amtsvorgängerin und langjährige Kollegin von der CSU-Fraktion, Roswitha Riess, recht herzlich begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3 a und 3 b zur gemeinsamen Beratung auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009) (Drs. 16/209)
- Erste Lesung -

Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 (Haushaltsgesetz - HG - 2009/2010) (Drs. 16/210)
- Erste Lesung -

Ich eröffne die Aussprache und erteile zuerst das Wort Herr Staatsminister Fahrenschon.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kurzfassung des von der Regierung dem Bayerischen Landtag vorgelegten Doppelhaushalts 2009/2010 lässt sich in drei klaren Begriffen darstellen:

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, darf ich schnell unterbrechen? - Ich bitte doch die Kollegen von der CSU, keine Gespräche mit der Regierungsbank zu führen und da hinten die Stammtischgespräche einzustellen. Wir haben draußen eine ganze Menge Platz, um solche Gespräche zu führen. Denken Sie daran: Wir haben das Thema Doppelhaushalt 2009/2010 - mit Tränen. - Herr Minister!

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Es ist ein Haushalt mit vielen Chancen, Herr Präsident. Denn dieser Doppelhaushalt ist erstens zukunftsgerichtet, zweitens konjunkturgerecht und drittens solide. Mit ihm setzen wir in zugegebenermaßen schwierigen Zeiten die richtigen Schwerpunkte in den Zukunftsfeldern Kinder, Bildung, Wirtschaft und Technologie. Mit ihm stemmen wir uns so kraftvoll, wie es geht, gegen den Konjunkturabschwung. Mit ihm bekennen wir uns zu den traditionell besonders soliden Finanzen des Freistaates Bayern.

Zugegeben, dieser Doppelhaushalt wurde unter besonderen Bedingungen erstellt. Die Welt befindet sich in einem Konjunkturabschwung, in einem Wettersturz. Kein Wirtschaftsraum dieser Welt kann sich dem Abwärtszog entziehen. Dieser globalen Krise ist besonders der Exportweltmeister Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt.

Die von der Finanzkrise ausgehenden Schockwellen machen deshalb auch keinen Bogen um die bayerische Wirtschaft. Aber auch wenn sich die Konjunkturindikatoren in den letzten Wochen noch einmal drastisch verschlechtert haben, ist festzuhalten: Die Bundesregierung hat ihre gerade einmal drei Monate alte Prognose auf nun minus 2,25 % nach unten korrigiert. Auch wenn die Bundesrepublik Deutschland eine Rezession dieses Ausmaßes noch nie erlebt hat, gilt es, jetzt zu handeln, statt abzuwarten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass die automatischen Stabilisatoren und die Geldpolitik in der derzeitigen Krise nicht ausreichen werden, die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise abzufedern. Die Konjunktur in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt hat nicht bloß einen Schwächeanfall, sondern befindet sich auf der Intensivstation.

In dieser außergewöhnlichen Situation brauchen wir außergewöhnliche Antworten. Die Politik ist mehr denn je gefordert, die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Wir müssen jetzt gezielt - gezielter als je zuvor - Wachstumsimpulse geben, um das Vertrauen der Unternehmer und der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Gleichzeitig dürfen wir bei dem alles beherrschenden Thema des Konjunkturabsturzes auch die langfristigen Perspektiven nicht vernachlässigen. Denn der sich auf den Weltmärkten weiter verschärfende Wettbewerb, die Auseinandersetzung mit der Gefahr eines Klimawandels und der demografische Wandel sind Bereiche und Herausforderungen, die uns schon morgen größer erscheinen können als die derzeitige Wirtschaftskrise. Darauf müssen wir antworten.

Wir müssen unsere Konkurrenzfähigkeit stärken, dem Klimawandel begegnen, die Menschen in unserem Land fördern. Wir müssen der Vielfalt des Freistaats Bayern gerecht werden. Wir müssen dafür sorgen, dass Familie und Beruf vereinbar sind. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Menschen die bestmögliche Bildung in den bayerischen Schulen und an unseren Universitäten, Fachhochschulen und weiteren Bildungseinrichtungen erhalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich sage es schlicht und einfach: Wir müssen unsere Schwerpunkte so setzen, dass wir einerseits sowohl zeitnah die Konjunktur wieder ankurbeln und Wirtschaftswachstum erreichen als auch langfristig den großen gesellschaftspolitischen und weltweiten Herausforderungen dieses Jahrhunderts gerecht werden.

Unsere Devise muss lauten: Jetzt richtig handeln und aus der Krise gestärkt hervorgehen!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dazu brauchen wir alle Menschen. Gerade jetzt brauchen wir diejenigen Menschen, die bereit sind, Leistung zu zeigen. Um das zu unterstützen, müssen wir Vertrauen schaffen. Sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene müssen wir Politiker den Menschen Führungskraft und Handlungswillen zeigen.

Auf der Bundesebene sind die Einrichtung des Finanzmarktstabilisierungsfonds, das Maßnahmenpaket vom November und nun auch das zweite Konjunkturpaket Zeichen dieser Politik der Tat. Denn wir entlasten die Menschen, sichern die Beschäftigung und geben der Wirtschaft entscheidende Impulse.

Auf der Landesebene haben wir bereits mit dem im November beschlossenen Investitionsbeschleunigungsprogramm und der Stabilisierung der Bayerischen Landesbank Handlungsfähigkeit demonstriert. In dieser Reihe steht der Haushaltsentwurf für das Jahr 2009/2010. Er ist die passende Antwort auf die komplexen Herausforderungen unserer Zeit.

Zunächst aber noch zwei Aspekte zur Basis des Doppelhaushalts: Das Konjunkturpaket II wird weitere erhebliche Auswirkungen auf den bayerischen Staatshaushalt haben. Das betrifft zum einen die steuerlichen Entlastungen, die wir als Einstieg schon lange gefordert haben. Außerdem nenne ich zum anderen das Investitionsprogramm für Bildung und Infrastruktur, mit dem wir die Krise als Chance zur Stärkung des Standortes Deutschland begreifen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf unser Drängen hin, auf das Bohren der Bayerischen Staats-

regierung und der sie tragenden beiden Regierungsfractionen von CSU und FDP, hat der Koalitionsausschuss am 12. Januar in Berlin beschlossen, steuerliche Entlastungen vorzusehen. Das Konzept "Mehr Netto für alle" hat in der derzeitigen Wirtschaftskrise eine ganz neue Aktualität gewonnen. Der Dreiklang aus der Erhöhung des Grundfreibetrags, der Senkung des Eingangssteuersatzes und der Abflachung der Steuerprogression lässt die Zielmarken, an denen wir weiterarbeiten werden, ahnen. Wir wollen die Kaufkraft für jeden in unserem Land stärken, weil wir auf den wirtschaftlichen Impuls und die wirtschaftliche Unterstützung der privaten Haushalte setzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für den Doppelhaushalt 2009/2010 wird allein durch die steuerliche Erleichterung des Konjunkturprogramms II allerdings auch eine Belastung beschlossen: 700 Millionen Euro werden in diesen beiden Jahren auf der Seite der Steuereinnahmen fehlen. Das muss der Staatshaushalt zusätzlich zu den schon im Regierungsentwurf berücksichtigten Steuererleichterungen für die Bürger jedoch verkraften; denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushalt profitiert langfristig von der Steigerung der Leistungsbereitschaft unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die Pendlerpauschale, die Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge und die Verbesserung der Abzugsfähigkeit von Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträgen sind nur einige Beispiele für die richtige Richtung unserer Steuerpolitik hin zu mehr Wachstum und zu mehr Wohlstand in unserem Land. Ich bin überzeugt, dass Steuersenkungen das beste Konjunkturprogramm sind. Meine Damen und Herren, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, wird auch konsumiert. Wir sollten nicht zuviel Angst vor der Entscheidungskompetenz der Menschen haben. Unsere Grundüberzeugung ist: Bevor wir die staatlichen Ausgaben erhöhen, sollten wir den Menschen mehr von dem lassen, was sie selber erwirtschaftet und geleistet haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Kollege Maget ist nicht mehr da. Ich freue mich aber, dass dieses Ziel der Steuerentlastung nicht nur von CSU und FDP, sondern auch von der CDU/CSU und der SPD in Berlin mitgetragen wird.

Der zweite Schwerpunkt des Konjunkturprogramms, das Investitionspaket, ist mit Möglichkeiten und Chancen für Bayern verbunden. In Bayern werden damit fast zwei Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen für die Schwerpunkte Bildung und Infrastruktur möglich sein. Damit kann zeitnah in Vorhaben investiert werden, die ansonsten erst später oder vielleicht überhaupt nicht hätten verwirklicht werden können. Meine sehr

verehrten Damen und Herren, das Investitionsprogramm ist ein Musterbeispiel für zielgenaue und deshalb kluge Investitionspolitik; denn wir schlagen damit zwei Fliegen mit einer Klappe: Der Konjunktur wird ein erheblicher Impuls gegeben. Die Nachfrageflaute wird durch die staatlichen Mittel abgemildert. Außerdem schaffen wir damit die Grundlage, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Die Investitionen gehen nämlich zum überwiegenden Teil in das zentrale Zukunftsfeld unseres Landes, nämlich die Bildung. Darüber hinaus werden wir durch die energetische Sanierung nicht nur dem Klimawandel entgegenwirken, sondern langfristig auch finanziell davon profitieren. Schließlich profitieren wir alle von Investitionen in eine bessere Infrastruktur.

Das Investitionsprogramm des Konjunkturpaketes II, das das Bundeskabinett heute vormittag beschlossen hat, ist naturgemäß in dem Ihnen vorliegenden Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2009/2010 nicht enthalten. Dazu werden wir in den Ausschussberatungen eine Nachschubliste vorlegen. Es ist gute Übung und Tradition im Bayerischen Landtag, dass wir im Laufe des Haushaltsverfahrens nachsteuern. So wird das auch bei den sonstigen Maßnahmen des Konjunkturpaketes II, insbesondere den steuerlichen Entlastungen, sein. Außerdem werden und müssen wir nach der jüngsten Wachstumsprognose der Bundesregierung zusätzlich auch die Steuereinnahmen 2009 in einer Größenordnung von einer halben Milliarde Euro nach unten korrigieren.

Noch im November lag der Steuerschätzung die Wachstumsprognose der Bundesregierung in Höhe von 0,2 % zugrunde. Mit dem Beschluss des Bundeskabinetts über den Jahreswirtschaftsbericht und mit der Veränderung dieser Grundlage müssen wir im Doppelhaushalt nachziehen. Wir können nicht den unsicheren Weg gehen und auf der Basis einer Prognose aus dem November arbeiten. Vielmehr müssen wir jetzt die Beschlüsse des Bundeskabinetts und die Wachstumsprognose für das Jahr 2009 als Grundlage heranziehen. Alles andere wäre nicht solide, nicht sachgerecht und eine Arbeitsweise, die mit hohen Risiken verbunden wäre, mit mehr Risiken, als zu verantworten wären.

Eine neue Prognose für das Jahr 2010 liegt noch nicht vor. Deshalb ist es sachgerecht, den Effekt des Jahres 2009 als Basisverlust für das Jahr 2010 fortzuschreiben. Einschließlich der steuerlichen Auswirkungen des Konjunkturpaketes II wird sich damit den Steuern gegenüber im Ihnen vorliegenden Regierungsentwurf ein Anpassungsbedarf von 1,7 Milliarden Euro ergeben. Das ist eine große Summe. Das ist ein Effekt, der einerseits weitere Investitionen und andererseits weitere Entlastungen mit sich bringt. Es sind Steuerausfälle in Höhe von zweimal 500 Millionen Euro und Steuerent-

lastungen von 250 Millionen Euro und 450 Millionen Euro zu erwarten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der ganzen Bundesrepublik gibt es nur ein Bundesland, das diese Belastungen schultern und aufgrund des gut gelaufenen Jahres 2008 diese Maßnahmen aus den staatlichen Rücklagen abdecken kann: Nur Bayern hat in den vergangenen Jahren so gut gewirtschaftet, sodass wir heute investieren und agieren können, ohne in die Verschuldung gehen zu müssen.

(Beifall bei der CSU)

Gerade beim Doppelhaushalt 2009/2010 zeigt es sich, wie richtig es war, in guten Zeiten nicht alles zu verbrauchen. Es zeigt sich, dass wir klug beraten waren, uns auf schlechte Zeiten vorzubereiten und Vorsorge zu betreiben.

(Georg Schmid (CSU): Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!)

Wir haben eine Investitions- und Konjunkturrücklage geschaffen. Eine solche Rücklage werden Sie im Haushalt keines anderen Bundeslandes finden.

(Beifall bei der CSU)

Ich füge aber auch hinzu: Der Rücklagenbestand ist damit weitestgehend aufgebraucht. Niemand kann vorhersagen, wie sich die Wirtschaft weiterentwickeln wird und wie die konjunkturellen Maßnahmen insgesamt greifen werden. Umso wichtiger ist es jetzt, die richtige Gegenmaßnahme zu treffen. Umso wichtiger ist jetzt die Blaupause und das Konzept, wie wir möglichst klug und zielgenau staatlich investieren. Wir müssen jetzt die richtigen Schwerpunkte für die Zukunft setzen. Wir müssen uns kraftvoll gegen den Konjunkturabschwung stemmen und dies finanzpolitisch solide darstellen. All diese Anforderungen erfüllt der Doppelhaushalt 2009/2010. Er ist unsere Antwort auf die momentan vorherrschende Wirtschaftskrise.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn man sich mit den Eckpunkten des Doppelhaushalts auseinandersetzt, stehen an erster Stelle die hohen Zuwachsraten. Wir setzen mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 ein kraftvolles Zeichen gegen die Nachfrageflaute. Die Zuwachsrate bei den allgemeinen staatlichen Ausgaben wird weit über dem Wirtschaftswachstum liegen. Sie liegt im Durchschnitt bei 4 %. Im ersten und wichtigsten Jahr liegt sie sogar bei 5,4 %. Wir gehen jetzt gegen die Wirtschaftsflaute vor. Wir investieren. Wir geben Geld aus. Wir sind auf den Märkten tätig, weil das jetzt notwendig und angesagt ist.

(Beifall bei der CSU)

Ein wesentlicher Teil unserer Möglichkeiten und unserer schlagkräftigen Antwort auf die besondere konjunkturelle Situation sind die Sonderprogramme. Weil wir in den Jahren 2007 und 2008 gut gewirtschaftet haben, weil wir die Zeit genutzt haben und weil wir im Sinne einer vorsorgenden antizyklischen Haushaltswirtschaft Mittel geschont und auf Ausgaben verzichtet haben, konnten wir aus den Steuermehreinnahmen der vergangenen Jahre eine Rücklage, zum Beispiel für das Programm Bayern 2020 mit einem Gesamtumfang von 1,7 Milliarden Euro, schaffen. An dieser Stelle möchte ich sagen, dass das Wesentliche an dem Programm Bayern 2020 der Umstand ist, dass es mit dem Klimaprogramm über die komplette Laufzeit vom Jahr 2008 bis ins Jahr 2011 durchfinanziert ist. Wir wissen, was wir in den Jahren tun können, und wir haben die Finanzierung bereits geschultert. Das macht bayerische Finanzpolitik und den bayerischen Staatshaushalt aus.

(Beifall bei der CSU)

Die Mittel fließen - ideal für die jetzige Lage - überwiegend in den Jahren 2009 und 2010 ab. In diesem Jahr, im Jahr 2009, verdoppeln sich die Mittel aus dem Programm "Zukunft Bayern 2020", aus dem Klimaschutzprogramm, gegenüber dem Vorjahr. 452 Millionen Euro können für die Bereiche Kinder, Bildung, Arbeitsplätze und Klima in die Hand genommen werden. Uns hätte nichts Besseres passieren können als die Anlage dieses Programms in den Jahren 2007 und 2008.

(Beifall bei der CSU und der FPD)

Parallel dazu bestätigen wir unseren politischen Ansatz trotz der schwieriger werdenden Einnahmesituation mit hohen Investitionsausgaben. Wir sehen jährlich fünf Milliarden Euro für Investitionen vor und befinden uns damit wieder auf Rekordniveau. 2008 konnten wir dieses Niveau im Nachtragshaushalt nur wegen der umfangreichen Steuermehreinnahmen erreichen. Steigerungsfähig war das nicht mehr; steigerungsfähig ist das nicht mehr. Gegenüber dem Stammhaushalt 2008 - ich will diesen Vergleich ziehen, um zu zeigen, wie stark wir investieren - steigen die Investitionen in diesem Jahr um fabelhafte 17 %, die wir in die bayerische Infrastruktur, in die verschiedenen Programme und Ausgabenentscheidungen des Freistaats Bayern lenken können.

Bei einer Quotenbetrachtung geht die Investitionsquote im Jahr 2009 auf 12,5 % zurück. Jetzt muß man aber einmal festhalten: Im Vergleich mit anderen westdeutschen Flächenländern liegen wir weiterhin mit deutlichem Abstand an der Spitze. Während der Durchschnitt der anderen Flächenländer gerade einmal bei 9 % liegt, liegen wir bei 12,5 %. Das sind über 1,3 Milliarden Euro

mehr gegenüber dem Durchschnitt der anderen westlichen Bundesländer, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es ist schon überraschend, wenn Teile des Parlaments uns dann eine sinkende Investitionsquote vorwerfen. Das ist deshalb überraschend, weil das dieselben Teile des Bayerischen Landtags sind, die in der Vergangenheit argumentiert haben, es gehe nicht nur um die Investitionsquote, es gehe nicht nur um Beton, sondern auch um Köpfe. Wenn wir dieser Überlegung folgen, dann erwarten wir zu diesem Ansatz jetzt eigentlich Zustimmung und keine Kritik.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD)

Wir setzen jetzt auf mehr Lehrer; wir setzen jetzt auf mehr Bildung; wir setzen jetzt auf mehr Zukunft. Wollen Sie darauf zugunsten einer falsch berechneten Investitionsquote etwa verzichten? Das wäre eine echte Überraschung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn wir uns schon mit einer falschen Quotenbetrachtung auseinandersetzen, dann muss man an dieser Stelle auch einmal sagen: Es gibt nicht nur die Investitionsquote, sondern es gibt zum Beispiel auch die Effekte des Länderfinanzausgleichs. Da gilt es festzuhalten, dass der Freistaat Bayern mit dem Rechnungsabschluss 2008 zum ersten Mal in seiner Geschichte das Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland ist, das mit dem Betrag von 2,938 Milliarden Euro das im Länderfinanzausgleich am stärksten engagierte Land der Bundesrepublik ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das führt automatisch dazu, dass wir alleine wegen der Steigerung unseres Beitrags im Länderfinanzausgleich in der Quotenbetrachtung auf der Personalseite und insbesondere auf der Investitionsseite leiden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind mit weitem Abstand - 418 Millionen mehr als Baden-Württemberg und 450 Millionen mehr als Hessen - an der Spitze. Bayern ist bundestreu und trägt mit fast drei Milliarden Euro zur Finanzierung der anderen Länder bei. Dass wir das nicht ändern können, ist eine Sache, aber man darf nicht unter den Tisch fallen lassen, dass sich das in der Quotenbetrachtung niederschlägt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen sind im Regierungsentwurf nicht die Bundesmittel enthalten, die im Rahmen des Konjunkturpa-

kets II für Investitionen bereitgestellt werden. Damit ist auch klar: Schon mit der Nachschubliste wird sich unsere Investitionsquote in den Jahren 2009 und 2010 noch einmal erhöhen.

(Harald Güller (SPD): Das bezahlt doch der Bund!)

Kraftvolle Wachstumsimpulse in schwieriger Zeit zu leisten, so mutig in die Zukunft zu blicken und gleichzeitig Einnahmerückgänge wegzustecken - das ist nur in Bayern möglich; das ist nur möglich, weil wir unseren Haushalt auf einem stabilen Fundament bauen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es war richtig, dass wir in Bayern die guten Zeiten genutzt haben, im Übrigen im Gegensatz auch zum Bundesfinanzminister. Trotz der Krise, trotz der umfangreichen zusätzlichen Ausgaben, trotz der Steuerentlastungen können wir daher heute einen in sich ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Das ist nur möglich, weil wir auf vielerlei Art Vorsorge getroffen haben. Vieles gerät dabei zu schnell in Vergessenheit. Einiges muss man sich noch einmal zu Gemüte führen. Beispielsweise sind wir im ersten Nachtragshaushalt 2008 nicht nur in die planmäßige Schuldentilgung eingestiegen, sondern wir haben auch mit der Errichtung eines Fonds Vorsorge für die langfristige Finanzierung der Versorgungslasten getroffen. Wir haben eine Rücklage im Umfang von 1,7 Milliarden Euro für das Programm "Zukunft Bayern 2020" gebildet und es gleichzeitig über die kompletten vier Jahre durchfinanziert, und wir haben auch planmäßig der Haushaltssicherungsrücklage 400 Millionen Euro zugeführt.

Diese Maßnahmen fügen sich ein in die langjährige bayerische Konsolidierungspolitik, deren Markenzeichen der ausgeglichene Haushalt ist. Diese Orientierung für die Politik, dieser Maßstab für Generationengerechtigkeit hat die Grundlagen für diesen Wachstumshaushalt und für unsere Aktionsmöglichkeiten geschaffen. Wir werden daran auch festhalten und im Rahmen unserer Möglichkeiten jetzt agieren und dabei den Vorsatz, nachhaltig Finanzpolitik zu betreiben, nicht außer Acht lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb können wir uns mit dem Regierungsentwurf einerseits kraftvoll gegen die konjunkturelle Krise stemmen und mutig auf die Felder der Zukunft setzen und andererseits wohlüberlegt agieren. Wir gehen an unsere Grenzen, aber nicht darüber hinaus.

Angesichts des Ausmaßes der Herausforderung stecken wir unsere finanziellen Grenzen so weit, wie es irgendwie geht. Wir verzichten in den kommenden bei-

den Jahren nicht nur auf die planmäßige Schuldentilgung. Wir haben im Regierungsentwurf auch vorgesehen, dass für den allgemeinen Staatshaushalt, also ohne die Sonderlasten der Bayerischen Landesbank, über eine Milliarde Euro aus der Haushaltssicherungsrücklage entnommen wird. Zusammen mit der Entnahme für die Sonderlasten der BayernLB werden wir die Rücklage mit weiteren 1,7 Milliarden Euro belasten. Ich werde noch deutlicher, denn das gehört zum kompletten Bild: Ja, wir geben 1,7 Milliarden Euro in den Jahren 2009 und 2010 mehr aus, als wir einnehmen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren: In der schwersten Rezession seit 80 Jahren ist das das Gebot der Stunde. Dafür steht die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Gesamtzusammenhang zeigt der Regierungsentwurf, dass ein Haushalt ohne Neuverschuldung und antizyklische Wirtschaftspolitik Hand in Hand gehen. Die Tatsache, dass wir in den Jahren 2005, 2006, 2007 und 2008 die Grundlage dafür gelegt haben, um jetzt agieren zu können, darf bei der Betrachtung des Doppelhaushalts 2009/2010 nicht unter den Tisch fallen.

Das Bild der soliden Finanzen des Freistaats Bayern wird allerdings erheblich durch die notwendige Stabilisierung der Bayerischen Landesbank gedrückt. Das ist nicht schönzureden. Aber zur Einordnung der Dinge muss gesagt werden:

Erstens. Wir haben die Lasten aus der BayernLB und der Finanzmarktkrise nicht irgendwo versteckt, sondern vielmehr deutlich in einem gesonderten Kapitel ausgewiesen. Jeder kann nachschauen. Im Einzelplan 13 Kapitel 13 60 können Sie die Maßnahmen, die wir in Verantwortung gegenüber den Sparkassen, in Verantwortung gegenüber der bayerischen Wirtschaft, in Verantwortung gegenüber Millionen von Sparerinnen und Sparern in Bayern ergriffen haben, nachlesen. Wir können damit zeigen, dass die Sonderlasten unseren allgemeinen Haushalt nicht belasten. Wir gehen damit den gleichen Weg, den andere Länder, den der Bund und den andere europäische Nationen gehen: Wir trennen die Sonderlasten der Finanzmarktkrise von den Rahmenbedingungen des allgemeinen Staatshaushalts.

Zweitens. Die Zinslasten aus der Stabilisierung der BayernLB sind erheblich, aber sie erdrücken uns nicht. Beispielsweise übertrifft allein die Steigerung im Länderfinanzausgleich um über 600 Millionen Euro die Zinsbelastung aus der Sanierung der BayernLB. Auch mit den Schulden für die BayernLB haben wir weiterhin mit großem Abstand die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller westlichen Flächenländer.

Das haben wir der soliden bayerischen Finanzpolitik und nicht zuletzt den damit verbundenen insgesamt niedrigen Zinslasten zu verdanken. Wir werden in 2009 wieder eine Zinsausgabenquote einschließlich der Sonderlasten aus der Kapitalzufuhr an die BayernLB unter 3 %, in 2010 nur knapp darüber haben. Zum Vergleich: Die Flächenländer West rechnen für 2009 durchschnittlich mit einer Zinsausgabenquote von 7,2 %.

Die schwierige Konjunktur hält uns nicht von der Erfüllung unserer strategischen Aufgaben für die Zukunft ab. Die Rezession ist für uns vielmehr ein Grund dafür, gerade jetzt dauerhaft die Weichen auf Wachstum und Wohlstand zu stellen. Deshalb setzen wir die Schwerpunkte im Doppelhaushalt strategisch richtig: Kinder, Bildung, Wissenschaft und Technologie. Wir nehmen die aktuelle Krise als Chance für den Freistaat, und wir wollen, dass die Menschen in Bayern, die Unternehmen in Bayern, dass Bayern insgesamt daraus gestärkt hervorgeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es war schon immer gute bayerische Politik, aus Gutem noch Besseres zu machen. So ist es auch in der Bildungspolitik: Bei jeder Bildungsstudie befinden sich die bayerischen Schüler im nationalen Spitzenfeld. Wir wollen nicht nur, dass das so bleibt - auch wenn das bereits schwierig genug ist. Wir wissen, dass es auch in bayerischen Schulen noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt; auch wir können in einzelnen Bereichen von anderen lernen, und das packen wir mit diesem Doppelhaushalt an.

So weiten wir die Zahl der Ganztagschulen erheblich aus. Zusammen mit den im Programm "Zukunft Bayern 2020" veranschlagten Mitteln werden wir nach den derzeitigen Planungen in 2009 und 2010 insgesamt bis zu 560 neue gebundene Ganztagschulen an Grund-, Haupt- und Förderschulen einrichten können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Besonderes Augenmerk werden wir auf die Senkung der Klassenhöchststärken in Migrationsklassen legen. Unser klares Ziel ist hier eine Klassenhöchststärke von 25. Auch sonst werden wir im Doppelhaushalt 2009/2010 mit neuen Lehrern die Klassenhöchststärken weiter senken. Dafür schaffen wir im Einzelplan 05 in den beiden nächsten Jahren insgesamt 2280 zusätzliche Lehrerplanstellen. Dazu kommen weitere 458 zusätzliche Lehrerstellen aus dem Sonderprogramm "Zukunft Bayern 2020".

Das ist übrigens, Herr Abgeordneter Mütze, kein Blendwerk für - wie Sie meinen - verfehlte Personalpolitik der vergangenen Jahre. Die Staatsregierung setzt vielmehr einen besonderen Schwerpunkt, und das in langer Tradition: Seit Jahren stellen wir mit jedem Doppelhaushalt

weitere zusätzliche Lehrerkapazitäten zur Verfügung. Allein in den Schuljahren von 2001/2002 bis 2010/2011 - also im Laufe von zehn Jahren - gibt es Aufwüchse von über 10.000 Lehrern. Das sind im letzten Jahrzehnt mehr als 1000 zusätzliche Lehrer pro Jahr. Hier ist nicht von einem Kurswechsel die Rede, sondern wir gehen mit diesem Doppelhaushalt weiter auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CSU)

Des Weiteren führen wir erstmals im Nachtrag 2008 veranschlagte Mittel nun als neue Planstellen fort. Mit diesen rund 1000 Stellen geben wir den betroffenen Lehrern das richtige Signal: Wir geben ihnen Klarheit, dass sie verbeamtet werden können. Diese Stellen sind aber auch - gerade jetzt - ein Zeichen unserer nachhaltigen Bildungspolitik.

Wir bleiben bei den neuen Lehrerstellen aber nicht stehen: Zur Stärkung der Schulen in diesem Doppelhaushalt gehört auch, dass der Rückgang der Schülerzahlen unmittelbar den weniger gewordenen Schülern zugute kommt. Diese sogenannte demografische Rendite an den Volksschulen in Bayern beträgt rechnerisch fast 1300 Stellen, die vor Ort bleiben und der besseren Betreuung dienen.

Außerdem werden wir die Privatschulfinanzierung durch die Anhebung des Schulgeldersatzes auf 75 Euro pro Monat bereits ab dem Schuljahr 2009/2010 verbessern. Damit behalten wir die wichtige Rolle, die die Privatschulen in unserer Bildungslandschaft spielen, im Auge.

Zur Bildung gehören auch die Hochschulen. An den Hochschulen schaffen wir bis zum Jahr 2011 38.000 zusätzliche Studienplätze und 3000 neue Stellen. Dafür sind in den Jahren 2009 und 2010 Ausgabemittel von insgesamt rund 240 Millionen Euro veranschlagt. Die wesentlichen Voraussetzungen hierfür haben wir bereits mit dem Programm "Zukunft Bayern 2020" geschaffen.

Für das Bauprogramm des Wissenschaftsministeriums, insbesondere für Hochschulen, stellen wir in der Anlage S und in den Programmen "Zukunft Bayern 2020" und "Bayern FIT" in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt 424 Millionen und 476 Millionen Euro zur Verfügung.

Im Zusammenhang mit Hochschulen und Spitzentechnologien möchte ich auch auf die neuen Programme "Bayern 2020 plus" und "Nord- und Ost-Bayern-Programm" hinweisen, die insgesamt Mittel in Höhe von 590 Millionen Euro umfassen. So stellen wir im Bereich des Wissenschaftsministeriums beispielsweise für die Errichtung des ersten Max-Planck-Instituts in Mittel-

franken, nämlich in Erlangen, 66,5 Millionen Euro zur Verfügung. Für den Ausbau des Leibniz-Rechenzentrums zu einem europäischen Supercomputing-Standort übernehmen wir die Hälfte der Gesamtkosten von 110 Millionen Euro am Standort der Technischen Universität München in Garching.

Nicht zu trennen von der Bildung sind unsere Kinder. Wir stellen für die Kinderbetreuung insgesamt 672 Millionen Euro in 2009 und 711 Millionen Euro in 2010 bereit. Damit verbessern wir das Betreuungsverhältnis auf 1 zu 11,5 und bauen das Betreuungsangebot insbesondere für die Kinder unter drei Jahren konsequent aus.

Der besondere Stellenwert der Kinder und Familien im Doppelhaushalt zeigt sich auch bei einem ganz anderen Thema, nämlich dem Landeserziehungsgeld. Wir heben mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 die Einkommensgrenzen nun schon neun Monate früher an. Geburten ab dem 1. April 2008 fallen nun unter die Neuregelung. Damit profitieren etwa 28.000 Familien in Bayern von dem Vorziehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch das passt schlüssig in das Konzept der Staatsregierung. Wenn wir in Berlin argumentieren, wir müssen die Steuern jetzt senken und die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen unterstützen und ihnen die Möglichkeit geben, zu konsumieren, dann ist das Vorziehen der Verbesserungen beim Landeserziehungsgeld eine passende Maßnahme, die das Konjunktur- und Steuerpaket passgenau ergänzt.

Neben dem im Kultusetat veranschlagten weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Mittagsbetreuung an Grund- und Förderschulen werden wir, wie vom Ministerpräsidenten angekündigt, in die Finanzierung von Mittagessen für bedürftige Kinder einsteigen. Für eine staatliche Beteiligung daran haben wir 1,1 Millionen Euro in 2009 und 3,3 Millionen Euro in 2010 zusätzlich angesetzt.

Die innere Sicherheit ist ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität in Bayern. Sie ist aber auch ein wichtiger Standortvorteil. Deshalb werden wir in den Jahren 2009 und 2010 je 500 Stellen für die Einstellung neuer Polizeibeamter schaffen. Die Personalausstattung der Justiz verbessern wir mit insgesamt 229 zusätzlichen Stellen, um an dieser Stelle einen Gleichklang zwischen den Kräften der Polizei und der Justiz aufrechtzuerhalten.

Für die bayerische Wirtschaft haben wir im Doppelhaushalt 2009/2010 bereits einen Mittelstandsschirm aufgespannt. Dazu hat die LfA Förderbank ihr Bürgschaftsinstrumentarium zunächst bereits ab dem 1. Ja-

nuar 2009 erweitert. Im Doppelhaushalt wollen wir dies durch eine Rückbürgschaft des Freistaates in Höhe von 200 Millionen Euro absichern. An dieser Stelle muss klar gesagt werden: Wenn wir nicht im Dezember mit einem Haushaltsentwurf und einem Beschluss der Staatsregierung die Grundlage dafür gelegt hätten, dass die LfA Förderbank arbeiten kann, wären wir Anfang des Jahres nicht in der Lage gewesen, als Freistaat Bayern einen Beitrag zur Rettung zum Beispiel von Knaus Tabbert zu leisten. Wer heute fordert, wir sollen den Doppelhaushalt quasi außer Kraft setzen, der legt die Axt an das erfolgreiche Wirken der LfA Förderbank in entscheidenden Wochen und Monaten.

(Beifall bei der CSU)

Die Regionalförderung halten wir auf hohem Niveau. Für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Räumen stehen allein in der landeseigenen Regionalförderung und der Gemeinschaftsaufgabe jährlich knapp 100 Millionen Euro zur Verfügung. Wir werden die Programmmittel des Mittelstandskreditprogramms - MKP - um 2,5 Millionen Euro auf 26,5 Millionen erhöhen und den Haftungsfonds zur teilweisen Abdeckung des Ausfallrisikos bei Haftungsfreistellungen im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms - MKP - auf 10 Millionen Euro verdoppeln. Nicht zuletzt wird die Wirtschaft durch den kraftvollen Aufwuchs des Doppelhaushalts auch indirekt profitieren. Es ist ein wichtiger Teil unseres politischen Ansatzes, dass wir die soliden Fundamente dafür legen, dass der bayerischen Wirtschaft die momentane Situation erleichtert wird und sie in die Lage versetzt wird, trotz aller Schwierigkeiten zu investieren und sich zu entwickeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nicht weniger wichtig ist der Schwerpunkt im Regierungsentwurf, der sich auf die Unterstützung des ländlichen Raums und der bayerischen Städte und Gemeinden, der Kreise, der Bezirke und der bayerischen Kommunen bezieht. Die Leistungen des Freistaats im kommunalen Finanzausgleich steigen effektiv um 4 %. Der kommunale Finanzausgleich bewegt sich damit einer guten und richtigen Tradition folgend in der selben Richtung wie der allgemeine Staatshaushalt. Die bayerischen Kommunen werden mitgenommen. Sie profitieren vom Anstieg und der starken Investitions- und Finanzkraft des bayerischen Staatshaushalts.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein Schwerpunkt hierbei ist - ganz im Sinne der Stützung der Konjunktur und damit in sich schlüssig und miteinander in Verbindung stehend - die Stärkung der Investitionen um sperrebereinigt 118 Millionen Euro. So sind insbesondere für den kommunalen Hochbau nach

Artikel 10 FAG 250,6 Millionen Euro, für die Krankenhausförderung 500 Millionen Euro, für die Investitionspauschale 173,3 Millionen Euro und für den Straßenbau und -unterhalt im Kfz-Steuerverbund 250,2 Millionen Euro veranschlagt. Das sind viele Möglichkeiten für die bayerischen Kommunen, in ihrem eigenen Wirkungsbereich entsprechend der konjunkturellen Lage jetzt zu investieren.

Für die Förderung des kommunalen Straßenbaus nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - das ist ein wesentlicher Punkt dieses Doppelhaushalts - werden wir erstmals ergänzend zu den Bundesmitteln nach dem Entflechtungsgesetz aus dem Kfz-Steuerverbund zusätzlich 30 Millionen Euro bereitstellen, sodass hierfür wie in der Vergangenheit insgesamt 160 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei den kommunalen Spitzenverbänden und den Kollegen aus dem Innenressort, weil damit die Möglichkeit geschaffen wird, diese Mittel auf hohem Niveau von 160 Millionen Euro stabil in den beiden Jahren 2009 und 2010 fortzusetzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Daneben haben wir in den Beratungen zum kommunalen Finanzausgleich nicht nur die richtigen konjunkturellen Schwerpunkte beschlossen, sondern die Strukturen langfristig verbessert: Die Verbundsätze beim allgemeinen Steuerverbund werden von 11,7 % auf 11,94 % erhöht. Damit partizipieren die Kommunen in Bayern dauerhaft vom gestiegenen Steueraufkommen des Landes. Bei der Kraftfahrzeugsteuer wird der Verbundsatz von 50 % auf jetzt 51 % angehoben.

Außerdem stärken wir gezielt kleinere, finanzschwache Kommunen. Wir staffeln die Mindestbeträge bei der Investitionspauschale nach der Umlagekraft. Und: Die Schlüsselzuweisungen werden überproportional um 5,8 % erhöht.

Wir arbeiten gemeinsam gegen den Konjunkturabschwung und für unsere Kommunen, damit sie handlungsfähig bleiben und investieren können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 steigen wir auch in das neue Dienstrecht ein. Kernelement der Leistungshonorierung bleiben die Beförderungen. Daher werden in Grund-, Haupt- und Realschulen Beförderungssämter geschaffen. In den anderen Bereichen werden für Leistungsträger im gleichen finanziellen Umfang durch Stellenhebungen zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen. Insgesamt haben wir 18.000 Stellenhebungen in den Doppelhaushalt 2009/2010 aufgenommen. Wir machen damit klar, dass uns die

Umsetzung eines modernen, auf die Leistungsorientierung, Personalentwicklung und gemeinsames Arbeiten für den Bürger ausgerichteten Dienstrecht ernst ist. Wir gehen mit dem Doppelhaushalt den ersten Schritt und stehen bereits jetzt in den Vorbereitungen für die gesetzlichen Maßnahmen, die ab 2011 wirken sollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Regierungsentwurf zeigt in seinen Schwerpunkten und auch in seinem Umfang, mit welcher Antwort wir auf die Krise reagieren. Wir arbeiten auf dem Fundament einer soliden Finanzpolitik. Das macht uns die Aktion möglich.

Die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist nur bei Wirtschaftswachstum möglich. Deshalb muss es das übergeordnete Ziel sein, die Arbeitsplätze zu sichern, neue zu schaffen und unser Wirtschaftswachstum zu stärken. Neben zukunftsorientierter Strukturpolitik brauchen wir dazu nachhaltige Steuerentlastungen. Darauf müssen wir den Haushalt langfristig ausrichten. Der Staat muss sich immer wieder auf die Kernaufgaben konzentrieren, um so in anderen Bereichen wieder finanzielle Spielräume zurückzugewinnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Bayerische Staatsregierung steht fest: Wir wollen die Krise als Chance nutzen. Unser Ziel ist es, dass Bayern gestärkt aus diesem Tal herauskommt. Dazu handeln wir wohl überlegt, aber auch rasch. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle im Namen der Bayerischen Staatsregierung bei allen Fraktionen bedanken, dass sie sich im Interesse des Landes und der Menschen dieses Landes bereiterklärt haben, den Haushalt zügig zu beraten.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, dass im Ältestenrat eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart worden ist. Nächste Rednerin: Frau Kollegin Rupp für die SPD.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Die Anerkennung ist jetzt möglich! - Adelheid Rupp (SPD): Das sehe ich nicht so!)

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das war eine erstaunliche Rede, wenn man sie in das Verhältnis zum Haushalt setzt.

(Beifall bei der SPD)

Adelheid Rupp (SPD): Das war eine Rede, in der von "Schockwellen", von "Jetzt handeln", von "Konjunktur ist auf der Intensivstation" gesprochen wird, davon dass Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessert werden müssen, dem Klimawandel begegnet werden muss, die Konjunktur zeitnah angekurbelt werden muss, das übergeordnete Ziel die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen ist, und ein Konjunkturpaket benötigt wird.

Ich dachte eigentlich, Herr Finanzminister, dass Sie ein nüchterner Finanzminister sind, der solide arbeitet. Ich kann feststellen, dass wir Ihre allgemeine Rede - nicht zu den Einzelplänen - jederzeit unterschreiben könnten. Mit dem Haushalt, den Sie vorgelegt haben, hat sie jedoch definitiv nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Sie legen uns einen Schönwetter-Haushalt vor. Dieser Haushalt ist geeignet, wenn es der Konjunktur gut geht, wenn keine gesonderten Maßnahmen ergriffen werden müssen. Dann könnte man über einen solchen Haushalt diskutieren.

Dieser Haushalt wird jedoch einer Volkswirtschaft, die sich in schwerer See befindet, nicht gerecht. Dieser Haushalt wird der schwersten Wirtschaftskrise seit mindestens 1945, wenn nicht der letzten 80 Jahre, nicht gerecht. Es wird verkannt, dass Arbeitsplätze massiv bedroht sind. Das, was Sie sagen, und das, was im Haushalt steht, stimmt nicht überein. Mit diesem Haushalt tun Sie nichts Eigenständiges für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Haushalt werden die konjunkturellen Impulse nicht gesetzt, die wir dringend benötigen, um Arbeitsplätze zu sichern und die bayerische Wirtschaft weiter anzukurbeln und zu stützen. Wir brauchen einen Haushalt, der der Rezession, auf die wir immer mehr zugehen, zusammen mit dem Konjunkturpaket des Bundes entschlossen entgegentritt und eine Brücke zu Wachstum und Beschäftigung baut.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, und Sie wissen das auch, und deswegen verwundert mich Ihre Rede umso mehr, dass die konjunkturellen Impulse, die gesetzt werden, sich alleine im Rahmen des Konjunkturpaketes II des Bundes bewegen, in dem voraussichtlich 1,9 Milliarden Euro für Bayern vorgesehen sind und das in den Jahren 2009 und 2010 in Bayern wirksam wird. Wir sind davon überzeugt: Bayern muss zusätzlich investieren. Bayern

kann nicht nur zum Bund schielen und sagen: Ihr erledigt das für uns; wir selbst werden hier nicht tätig. Das kann nicht der Weg Bayerns sein.

(Beifall bei der SPD)

Sie selbst haben gesagt: Bayern steht noch gut da. Also dann: Ergreifen Sie die Initiative und nehmen Sie Geld in die Hand, um für die Arbeitsplätze in Bayern das zu tun, was jetzt dringend nötig ist.

An dieser Stelle muss man auch ein paar Takte zur schwarzen Null, der von Ihnen so hoch gepriesenen, der oft erwähnten schwarzen Null sagen. Tatsächlich hat es doch eine mögliche schwarze Null nur im Jahr 2007 gegeben, und zwar auch nicht aufgrund des Haushaltsgesetzes, sondern allein durch den Vollzug, weil nämlich die Steuereinnahmen deutlich mehr gestiegen sind, als damals von den Steuerschätzern angenommen worden war. Ansonsten mussten Sie in Ihren Haushalten immer, obwohl Sie groß propagiert haben "Wir haben die schwarze Null!", auf Rücklagen zurückgreifen, auf den Grundstock des Freistaates. Sie haben die Menschen mit Ihrem politischen Kampfbegriff - anders kann man es nicht nennen -, der schwarzen Null, wirklich verblendet. Ich merke auch, dass Sie in Ihrer heutigen Haushaltsrede wenig zur Frage gesagt haben: Verschulden wir uns neu oder nicht? Das haben Sie im Kern offengelassen. Hier muss ich Ihnen sagen: Wenden Sie sich endlich der Realität zu! Die schwarze Null gab es nicht, sie gab es in 2007 dank fließender Steuereinnahmen, aber weder vorher noch nachher. 2008 haben wir 10 Milliarden mehr Schulden; es ist klar, dass das ein haushaltspolitisches Desaster war.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns darüber unterhalten, wie Ihr Haushalt aussieht, muss ich Ihnen eine Frage stellen. Denn Ihre Rede überrascht mich wirklich; sie passt nicht wirklich zu dem vorgelegten Haushalt. Die Frage ist - manche Kollegen werden sie nicht ganz verstehen, aber Sie können sie sich jederzeit von den Kolleginnen erklären lassen -: War eigentlich Rosamunde Pilcher Ihre Ghostwriterin? - Ich sehe schon: Die Frauen lachen, für den Rest ist Rosamunde Pilcher erklärungsbedürftig. - Ihr Haushalt, den Sie uns heute vorlegen, kommt hübsch daher, aber das ist nur eine Fassade, die nicht wirklich Bestand hat.

Zum Konjunkturpaket des Bundes, das jetzt kommen wird, muss der Freistaat 477 Millionen aus eigener Kasse drauflegen. Gerüchte zu dieser Kofinanzierung lauten derzeit - vielleicht können Sie dazu nachher noch etwas sagen -, dass Sie diese 477 Millionen nicht zusätzlich in die Hand nehmen wollen, sondern sich darauf beziehen wollen, was im Haushalt bereits eingestellt ist. Das kann ja wohl überhaupt nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Es geht keinesfalls, dass hier nur konjunkturelle Impulse des Bundes gesetzt werden, während Sie dieses Geld nicht mal selbst investieren, um einen zusätzlichen Anschub zu geben, sondern sich nur auf Projekte beziehen, die Sie im Haushalt haben. Dass dieser Weg nicht gegangen werden kann, müsste Ihnen eigentlich klar sein. Das sind Trickereien, das ist unehrlich im Umgang mit dem Konjunkturprogramm des Bundes. Ich drücke es jetzt etwas unfein aus: Wenn einem der Bund schon den Hintern pudert, sollte man sich wenigstens die Windeln selbst besorgen.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nachvollziehbar ist für uns in diesem Haushalt, dass Sie im Grunde nicht handeln. Sie haben dargelegt, welche Steuereinnahmen nicht fließen werden. Sie haben auch dargelegt, dass natürlich die Steuerschätzung von November 2008 so nicht haltbar sein wird. Diese Ansicht teilen wir. Aber das ist kein Grund, sich auf die Position zurückzuziehen: Der Bund legt ein Konjunkturprogramm vor, wir profitieren davon und machen ansonsten einen Haushalt wie gehabt. Mein Eindruck an dieser Stelle ist, dass Sie immer noch nicht begriffen haben, dass der Neoliberalismus der letzten dreißig Jahre, der sich Deutungshoheit und Hegemonie verschafft hat, endlich vorbei ist. Gott sei Dank ist er endlich vorbei. Wir müssen vielmehr darauf setzen, dass die Ökonomie tatsächlich so gestaltet wird und der Staat aktiv handelt und eingreift, darauf, dass tatsächlich, wie Sie sagen, antizyklische Wirtschaftspolitik gemacht wird. Aber von antizyklischer Wirtschaftspolitik können wir in Ihrem Haushalt kein Fitzelchen erkennen.

(Beifall bei der SPD)

Antizyklisch ist an diesem Haushalt nichts. Sie selbst gehen auf die Investitionen ein und sagen: Die Investitionen sind so herausragend. Gut. Sehen wir doch mal auf die nackten Zahlen; vielleicht hilft Ihnen das etwas, die Augen zu öffnen. Ihr Vorgänger als Finanzminister, Finanzminister Faltlhauser, hat übrigens einmal gesagt, dass 15 % die natürliche Investitionsquote in Bayern seien. 15 %! - Anfang der Neunzigerjahre, ich möchte daran nur erinnern, lagen wir bei ungefähr 20 %. Ich glaube, in der aktuellen wirtschaftlichen Lage wäre das sicherlich eine Zahl, die anstrebenswert wäre.

(Beifall bei der SPD)

Wie sieht es nun in diesem Haushalt aus? Wir haben 2008 eine Investitionsquote im Haushalt von 13,4 %. 2009 haben wir eine Investitionsquote von 12,5 % und 2010 haben wir eine Investitionsquote von 12 %. Sie wollen uns heute hier anhand dieser Zahlen erklären, dass die Investitionen eines der wesentlichsten Merk-

male dieses Haushalts seien. - Also, Herr Finanzminister, ich hätte von Ihnen schon erwartet, dass Sie diese Zahlen lesen können. Wer nicht versteht, dass zwischen 13,4 % und 12 % ein Minus und kein Plus ist, und nicht versteht, dass das genau nicht die Maßnahme ist, die wir jetzt brauchen, sondern dass die Investitionen nicht nur prozentual, sondern auch real um 100 Millionen sinken, dem muss ich sagen: Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Welches Gebilde des Lugs und des Trugs versuchen Sie hier vor uns aufzubauen, das Bild eines Haushaltes, der perfekt ist, der die Dinge in der Analyse richtig benennt, aber nicht die richtigen Konsequenzen aus den tatsächlichen Zahlen zieht, die im Haushalt stehen? Für mich ist das so überhaupt nicht haltbar.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zu den Kommunen und dem kommunalen Finanzausgleich. Sie haben hier eine Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden erzielt. Trotzdem müssen wir sagen: Für uns ist der kommunale Finanzausgleich ungenügend. Der kommunale Finanzausgleich steigt im Vergleich zum Haushalt insgesamt unterdurchschnittlich. Wir wissen aber alle: Wer der wirtschaftlichen Krise entgegenwirken will, muss insbesondere in die Infrastruktur der Kommunen investieren, weil die Investition dort am effektivsten und wirksamsten ist. Genau dies tun Sie nicht, wenn Sie die Zahlen hier prozentual eher sinken anstatt steigen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Des Weiteren steigen zwar die Schlüsselzuweisungen an, der Grund dafür ist aber im Wesentlichen der Anstieg der Steuereinnahmen im Verbundzeitraum. Bayern ist und bleibt mit einer Verbundquote von 11,94 % Schlusslicht der alten Flächenländer. Schlusslicht! Sie haben vorhin dargestellt, wie hervorragend Bayern dasteht. Ich muss sagen: Bayern steht nicht hervorragend da. Genau in dieser zentralen Frage steht Bayern nicht hervorragend da, in einer Frage, auf die es ganz, ganz maßgeblich ankommt. Es geht nämlich um die Frage: Wie viel Geld geben wir den Kommunen, damit sie in Infrastruktur investieren können? Ich werde nachher im Einzelnen noch auf einige Punkte eingehen, die deutlich machen: Dieser Haushalt ist nicht der, von dem Sie geredet haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben bereits im November im Rahmen unseres Konjunkturprogramms "Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze, Sonderprogramm für Wachstum und Beschäftigung" zusätzliche Investitionen für die Kommunen gefordert. Es war richtig, diese Maßnahmen frühzeitig zu fordern. Wir haben aber nicht Ihre Zustimmung gefunden. Daran kann man auch erkennen, dass

Ihre Bereitschaft, für die Kommunen und ihre Infrastruktur tätig zu werden, zwar verbal vorhanden ist, aber nicht in die Realität umgesetzt wird. Unsere Forderungen waren, mehr Geld in Bau und Sanierung von Schulen zu investieren und die Mittel aus der Kfz-Steuer für die kommunale Infrastruktur zu erhöhen. Ich möchte daran erinnern: Der Anteil an der Kfz-Steuer war in der Vergangenheit 65 %; er wurde nun im Lauf der Jahre auf 51 % reduziert. Auch das ist nicht der richtige Weg, den Kommunen Geld sozusagen zu nehmen anstatt es ihnen zukommen zu lassen.

Wir wollen auch, dass die Sanierung von kommunalen Bädern finanziert wird. Das ist ein Problem, dessen Sie sich offensichtlich gar nicht bewusst sind. Die Bäder gerade in kleineren Kommunen stehen häufig vor der Schließung, weil kein Geld für die Sanierung vorhanden ist. Sie stellen im Haushalt nicht einen Euro dafür ein. Sie machen hier nichts. Hier gibt es Sanierungsbedarf, hier besteht tatsächlicher Handlungsbedarf. Hier ist natürlich die Wirtschaft vor Ort gefordert, die Handwerker vor Ort. Hier kann man Arbeitsplätze sichern. Das ist eines von vielen Beispielen, das zeigt: Ihr Haushalt ist verfehlt.

(Beifall bei der SPD)

Er trifft nicht das, was die Kommunen brauchen und was die Bürgerinnen und Bürger in Bayern brauchen. Von unseren Zielen in der Haushaltspolitik werden nur wenige erreicht. Zu einigen Maßnahmen kann man Ja sagen. Das ist bei jedem Haushalt so. Sie versäumen aber zahlreiche Maßnahmen. Sie ergreifen keine kurzfristigen konjunkturpolitischen Maßnahmen. Das ist nicht erkennbar. Sie ergreifen nur Maßnahmen aufgrund des Konjunkturprogramms II des Bundes. Längerfristige strukturpolitische Maßnahmen ergreifen Sie in äußerst reduziertem Maß. Angeblich ziehen Sie bildungspolitische Konsequenzen aus dem, was wir seit vielen Jahren einfordern, und sagen, Sie würden 2200 neue Lehrerstellen einrichten. Tatsächlich aber wurden weit über diese Zahl hinaus Stellen gestrichen. An den Hauptschulen wurden über 1000 Stellen gestrichen. Durch die Arbeitszeitverlängerung wurden zahlreiche Lehrerstellen abgebaut. Mitnichten können Sie sagen, Sie schütten jetzt das Füllhorn aus und verbessern die Situation an den Schulen. Tatsächlich holen Sie die Lehrerstellen, die Sie abgebaut haben, mit dieser Zahl längst nicht wieder herein. Das ist die Realität, das ist aber kein massiver Ausbau.

(Beifall bei der SPD)

Uns allen ist klar, dass die flächendeckende Ganztagschule unsere Zukunft ist. Tatsächlich aber sind Sie mit Ihrem Haushalt weit von einer flächendeckenden Ganztagschule entfernt. Das ist auch nicht das, was wir jetzt

dringend brauchen. Uns unterstellen Sie, dass wir früher weniger Investitionen und dafür mehr für die Bildung gefordert hätten. Ich frage mich, wer Ihnen dieses Gerücht zugetragen hat. Das war nie unsere Forderung.

(Beifall bei der SPD)

Das ist in keiner Haushaltsrede nachzuweisen. Für uns galten immer zwei Forderungen: Investitionen in die Infrastruktur, Investitionen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und natürlich Investitionen in die Bildung. Die Investition in die Bildung ist in diesem Land eine Zukunftsinvestition. Man kann gar nicht genug dafür ausgeben, um die Zukunft unserer Kinder zu sichern. Das war immer unsere Position und immer unsere Linie.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte Sie, solche Unterstellungen in Zukunft zu unterlassen. Das hat in diesem Hause noch niemand vertreten.

Zu den Hochschulen: Auch das klingt zunächst ganz hübsch. Wenn man aber genau hinschaut, muss man feststellen, dass Sie 38.000 neue Studienplätze einrichten. Tatsächlich müssen wir aber mit 70.000 Studierenden rechnen. Wir haben insbesondere an den Fachhochschulen, bei denen sich der Ansturm auch noch verstärken wird, Überlastquoten von bis zu 200 %. Diese Situation haben wir an den Hochschulen. Mit diesen 38.000 Studienplätzen verbessern Sie die Situation nicht. Im Kern verschärfen Sie sie sogar noch dort, wo die Überlastquoten noch nicht so hoch sind, wie wir sie derzeit schon haben. Auch bei den Hochschulen setzen Sie kein deutliches Zeichen. Sie haben keine klare Linie, um die Ausbildung unserer Jugendlichen und Kinder zu verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Den Klimawandel haben Sie als ein großes Thema genannt. Ich vermisse ausreichende Maßnahmen zur Wärmedämmung, für die erneuerbaren Energien, zum Hochwasserschutz und zur Abwasserentsorgung. Schön reden ist das eine, Handeln das andere. Das Handeln kann ich in diesem Haushalt nicht erkennen.

Eine letzte Anmerkung zur Situation von Kindern. Ich hätte darauf gehofft, dass Sie endlich das letzte Kindergartenjahr kostenfrei machen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Forderung ist für unsere Kinder außerordentlich wichtig. Ich weiß, es ist wie bei der Ganztagschule und bei vielem anderem mehr. Es dauert eben immer sehr lange, bis die CSU so weit ist, um zu verstehen, welche

Investitionen wirklich Zukunftsinvestitionen in die Bildung und für unsere Kinder sind. Schreiben Sie es sich einfach auf. Ich weiß, es wird irgendwann kommen. Es wird vor allem dann kommen, wenn Sie merken, dass die Wählerinnen und Wähler solche Maßnahmen deutlich einfordern. Die Wählerinnen und Wähler wollen das.

(Beifall bei der SPD)

Die Abschaffung der Studiengebühren und das kostenfreie letzte Kindergartenjahr sind auch Maßnahmen, um die Nachfrage zu stärken. Diese Maßnahmen wollen Sie nicht ergreifen. Diese Maßnahmen wären aber einfacher, schneller und nicht so teuer. Warum tun Sie an dieser Stelle nichts? Steuersenkungen sind natürlich richtig, wenn damit die kalte Progression vermieden werden soll. Bei den unteren Einkommen müssen Sie aber wissen, dass die gar keine Steuern zahlen. Sie treffen mit Steuersenkungen gar nicht die Probleme dieser Menschen. Entscheiden Sie sich dafür mit uns, diese Leute zu entlasten und zu überlegen, was wir tun können. Das kostenfreie Mittagessen ist eine wunderbare Sache. Es reicht aber alleine nicht aus. Es müssen schon deutlich mehr Maßnahmen kommen, um diese Einkommensgruppen tatsächlich zu entlasten.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Ansicht, dass neben den Leistungen des Bundes eine weitere Milliarde notwendig ist, um die Infrastruktur zu stärken, um dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft angekurbelt wird, und um die Arbeitsplätze tatsächlich zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal auf das eingehen, was wir im Einzelnen gefordert haben. Natürlich werden wir ein Paket vorlegen, mit dem wir deutlich machen, was die richtige Linie ist, was das Wachstum sichert, was die Wirtschaft sichert und was unsere Arbeitsplätze sichert. Unsere Forderung war, deutlich mehr Geld für den Hochschulbau und für die Hochschulsanierung auszugeben. Hier wird zwar schon einiges getan, hier kann man aber noch Geld dazugeben. Wir wissen, wie unsere Hochschulen aussehen und in welchem Zustand sie sind. Teilweise ist es unbeschreiblich. Wer noch nicht in Würzburg war, sollte sich diese Universität auf jeden Fall ansehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten in den Bau und die Sanierung von Schulen, in den Unterhalt und den Bau von Staatsstraßen, in den Wohnungsbau, in den Hochwasserschutz, in die energetische Sanierung staatlicher Gebäude, in den Landesplan für Altenhilfe, in den Landesbehindertenplan,

in die Sanierung kommunaler Bäder, in die Krankenhäuser, bei denen wir einen erheblichen Sanierungsbedarf haben, in die Dorferneuerung und die Städtebauförderung und natürlich auch in das Mittelstandskreditprogramm investieren. Beim Mittelstandskreditprogramm haben wir schon einiges getan. Da ist erkennbar, dass sich etwas bewegt.

Übrig bleibt eine schöne Rede, von der ich die erste Viertelstunde unterschreiben kann, die aber nichts mit der Realität zu tun hat und die nichts mit diesem Haushalt, den Sie vorgelegt haben, zu tun hat. Sie hat nichts damit zu tun, dass Sie selbst keine konjunkturellen Impulse setzen und kein Konjunkturprogramm auflegen. Herr Fahrenschon, ich muss es so sagen. Ihr Haushalt ist ein misslungenes Gesellenstück. Er ist ganz hübsch anzuschauen, er ist aber nur für Second Life geeignet. Nicht alle wissen, was das ist. Es ist eine virtuelle Welt, in der man vieles erleben kann, was nicht Realität ist. Es ist eine Parallelwelt. Ihr Haushaltsgesetzentwurf ist substanzlos und für die Realität nicht geeignet.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Als nächster Redner folgt Herr Kollege Winter für die CSU.

Georg Winter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, wertere Kollegen!

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Haben Sie den Sprechzettel vom Ministerium?)

- Das vermuten Sie. Jeder hat aber seinen eigenen Stil. Herr Beyer, lassen Sie sich einmal überraschen. Der Tag meint es gut mit uns. Zu den vielen guten Nachrichten, die der Finanzminister schon vorgetragen hat und die auch in meiner Rede und im Haushalt enthalten sind, habe ich auch noch zwei gute Nachrichten. Zwischen dem, was im Etat steht, und dem, was in der Rede steht, besteht Übereinstimmung. Frau Kollegin Rupp, manchmal müssen Sie nur ein bisschen näher hinsehen.

(Adelheid Rupp (SPD): Wir haben sehr genau hingeschaut!)

Mit dem Lesen von Haushalten ist es nicht immer so einfach. Die Kämmerer haben die Neigung, vieles zu verstecken, manchmal auch das Gute, das sich nicht so schnell erkennen lässt.

Zwei gute Nachrichten aber vorweg; die eine lautet: Deutschland ist zum sechsten Mal in Serie Exportweltmeister. Das will etwas heißen. Die Erde ist größer als Deutschland.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

- Herr Kollege Güller, Sie fragen, was das mit dem Haushalt zu tun hat. So ein Ziel kann man als relativ kleines Land nicht ohne Weiteres erreichen. Wir sind aber der Exportweltmeister, und das muss man wissen, bevor man zu jammern anfängt. Wir befinden uns auf der obersten Stufe. Das ist die Ausgangsbasis.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von der SPD: Gestern haben Sie etwas anderes gesagt!)

Weltmeister kann man nur werden, wenn von vielen Höchstleistungen erbracht werden. Deshalb hat Gerhard Schröder recht gehabt, als er in der entscheidenden Debatte gesagt hat: Auf die Facharbeiter kommt es an. Auf das Know-how kommt es an, Bildung ist das, was wir umsetzen können und nicht was wir nur irgendwo gesehen, gelesen oder sonstwie mitgenommen haben. Das ist ein Punkt. Das ist ein Beweis dafür, und das geht in die Zukunft, dass sich unsere Unternehmen optimal aufgestellt haben. Sonst hätten sie diese Ergebnisse in dem harten Wettbewerb nicht erreichen können. Das ist die eine gute Nachricht.

Die zweite gute Nachricht ist die, dass der Ifo-Index - wenn auch nur bescheiden - erstmals seit Mai, nach vielen Monaten wieder ein Plus verzeichnet, ein Plus nach einer Zeit, in der täglich negative Nachrichten gesendet werden, mit denen den Menschen Angst gemacht wird, und Panik und Horrorszenarien verbreitet werden. Diese Umfrage wurde nicht von uns in Auftrag gegeben, sondern die Fragen haben die Unternehmen selbst beantwortet. Ich glaube, das ist für uns alle ein Grund, uns in Bayern zu freuen, aber auch in der Bundesrepublik. Das Schöne ist: Wir von der Union sind flexibel. In Bayern haben wir die FDP als Partner, im Bund die SPD. Ich schaue deshalb gern zu Ihnen hin, weil wir im Bund miteinander arbeiten. Vielleicht gelingt es Ihnen, nachdem Sie einige Stellen besetzt haben, die für die Konjunktur sehr wichtig sind, ich meine das Finanzministerium und das Verkehrsministerium, die Impulse ein bisschen besser zu setzen, statt mit Schadenfreude zu sagen: Steinbrück, pass mal auf, dass die Bayern zusätzlich noch Geld in die Hand nehmen, damit das Geld für die nicht zu locker in das Paket hineinkommt und damit wir denen ein paar Hürden stellen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist doch wirklich Quatsch!)

- Nein, Frau Kollegin Muggendorfer, das ist kein Quatsch, was ich hier sage. Ich nenne einmal ein Beispiel. Sie haben hier die Nähe zum Minister und die Chance, mit Erfolg zurückzukommen. Man kann die Konjunktur auch ankurbeln und die Dinge verbessern, indem man nicht immer nur fragt, Frau Kollegin Rupp, wieviel Geld man dafür zusätzlich in die Hand nimmt, sondern indem man fragt: Wie können wir das Unter-

nehmen Deutschland künftig noch besser organisieren? Ich nenne hierfür ein konkretes Beispiel. Es gibt ein Erfolgsmodell bei der Straße, das nennt sich Bundesauftragsverwaltung. Wir alle kennen die Probleme bei der Schiene. Wenn wir miteinander mit unserer Großen Koalition erreichen würden, dass wir Pläne in die Tat umsetzen, dann könnten wir das erreichen, was die GRÜNEN, als sie mit Ihnen in der Regierung waren, bereits wollten, was sie damals aber nicht machen konnten, weil das Baurecht nicht vorlag. Wir könnten das bei der Schiene tun, es ist an der Zeit, dass wir die Schienen, die noch unter König Ludwig gebaut wurden, schnellstmöglich verbessern.

(Beifall eines Abgeordneten der FDP - Zuruf von der SPD)

- Herr Kollege Beyer, können Sie mir sagen, wer das aufgeschrieben hat? - Sie können das auch zu Protokoll geben, das ist mir gleich, damit habe ich keine Probleme.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Ich tippe nicht selbst, das habe ich einmal zu lernen versucht.

Der Doppelhaushalt 2009/2010, dessen Entwurf wir heute in den Landtag eingebracht haben, enthält für uns zwei Leitlinien. Das sind zum einen die Schwerpunkte Schulen, Hochschulen und Kinder und zum anderen der Bereich Wirtschaft, ländlicher Raum und innere Sicherheit. Die innere Sicherheit brauchen wir zur Erhaltung der Stabilität in unserem Land, damit Investitionen stattfinden, damit Gelder zu uns fließen, damit wir ein Land sind, in das man gerne geht.

Bleiben wir bei einer soliden Finanzpolitik. Das habe ich heute schon in der Rede unseres Herrn Minister gehört. Ich weiß, das gefällt Ihnen nicht so gut. Wir wollen aber solide weiterarbeiten. Ich sage deshalb ganz deutlich: Das hat auch etwas mit dem Haushalt zu tun und das lässt sich nachlesen. Wir verschweigen nicht, dass es Sonderlasten zur Stützung der Bayerischen Landesbank gibt. Darauf hat auch der Finanzminister schon hingewiesen. Wir kommen in diesem Haushalt 2009/2010 trotzdem ohne neue Schulden aus. Das ist unser Ziel. Im Übrigen, wenn wir immer von einem ausgeglichenen Etat sprechen, so muss ich anmerken: Jeder Etat muss ausgeglichen sein. Das wissen alle Kommunalpolitiker, das steht sogar in der Kommunalen Haushaltsverordnung. Die Frage ist nur, wie man das angeht, ob man Schulden macht, ob man etwas verkaufen kann oder ob man die Ausgaben reduziert. Oder man kann überlegen, ob man die Einnahmen erhöht. Das also sind die Überlegungen. Dahinter steht immer die Frage, wie geht es, den Haushalt auszugleichen.

Wir sagen, der Haushalt 2009/2010 kann dank der Rücklagen und der Möglichkeiten, die vorhanden sind, ohne neue Schulden aufgestellt werden. Wir hoffen, dass die Konjunktur auch wieder einmal besser wird. Unsere Schwerpunkte sind ganz klar: Kinder, Bildung, Arbeitsplätze. Diese Kernbereiche werden aus der Sicht der CSU-Fraktion im nächsten Doppelhaushalt und im kommenden Jahr im Vordergrund stehen.

Zu den Schulen: Der Finanzminister hat dieses Thema ganz umfassend vorgetragen. Ich würde sagen, Herr Ministerpräsident, der Finanzminister könnte, wenn es sein muss, auch den Bildungsbereich abdecken. Er hat deutlich dargelegt, dass es um die Chancenvielfalt geht, um die Familien.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) - Weitere Zurufe von Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD - Allgemeine Heiterkeit)

- Das können wir Herrn Kollegen Spaenle sagen, dann bekommt er den richtigen Impuls. Das war selbstverständlich positiv zu verstehen.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Nun zu den Einsparmaßnahmen. Da nenne ich gleich eine Zahl: Der Haushalt weist 2.738 zusätzliche neue Lehrerstellen aus. Das ist doch eine Wucht, das ist eine Rekordzahl!

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

- Da sollten Sie sich freuen, Herr Pfaffmann. Dafür sollten Sie auch klatschen. Es ist tatsächlich so, Sie sitzen an einer Stelle, wo sehr viel stattfindet: 2.738 neue Stellen!

(Beifall bei der CSU)

62 Millionen Euro werden zusätzlich für die Ganztagschulen bereitgestellt. Wir wollen die Förderung an den Privatschulen von 66 auf 75 Euro erhöhen. Das ist nicht viel, aber es geht in die richtige Richtung. Noch ein paar Daten zu den Hochschulen, die man sich ebenfalls auf der Zunge zergehen lassen kann: 38.000 zusätzliche Studienplätze. Dafür schaffen wir zusätzlich 3000 neue Stellen, denn wir brauchen auch das notwendige wissenschaftliche Personal. Das Kabinett hat sich heute damit beschäftigt, damit das Ganze noch viel flexibler von den Hochschulen geregelt werden kann. Dafür nehmen wir selbstverständlich auch zusätzliches Geld in die Hand, im Jahr 2009 83 Millionen Euro und 2010 noch einmal 154 Millionen Euro, um die Aufgabe, mehr Studienplätze und mehr wissenschaftliches Personal, finanzieren zu können.

Frau Kollegin Rupp, wir investieren kräftig in den Hochbau der Fachhochschulen und Hochschulen. 420 Millionen Euro sind in diesem Jahr eingestellt, 476 Millionen Euro im nächsten Jahr. Die Abschaffung der Verwaltungskostenbeiträge beläuft sich zwar pro Person nur auf 50 Euro, für den Freistaat Bayern heißt das aber immerhin, dass wir auf 23 Millionen Euro verzichten, um unsere Studenten zu entlasten.

Was die Förderung der Kinder anbelangt, so sind das nicht nur Floskeln, sondern es handelt sich um Tatsachen, die im Haushalt nachzulesen sind. Die Personalförderung, Frau Kollegin Rupp, beträgt 672 Millionen Euro in diesem Jahr und 711 Millionen Euro im nächsten Jahr. Hinzu kommt die Verbesserung des Personalschlüssels auf 1:11,5. Dafür wurde lange gekämpft. Ganz wichtig ist auch das Landeserziehungsgeld. 28.000 Eltern mehr werden von dieser wichtigen Regelung profitieren, die es in Bayern, aber nicht in allen anderen Bundesländern gibt. Die Nachrichten zeigen uns, wir müssen auch mehr für den Schutz der Kinder tun, deshalb 250 koordinierte Kinderschutzstellen. 100 Stellen in diesem und 150 Stellen im Jahr darauf, so die Aufschlüsselung im Etat für die Haushaltsjahre 2009 und 2010. Natürlich beteiligt sich der Freistaat am kostenlosen Mittagessen, doch in dieser Frage will ich dem Herrn Ministerpräsidenten nichts vorwegnehmen. Es ist aber wichtig, dass man diese Sache regelt, anstatt hundert Mal zu fragen: Braucht man das unbedingt?

(Beifall bei der CSU)

Innere Sicherheit: Es ist wichtig, dass wir neu einstellen und jungen Menschen eine Chance geben. Gerade jetzt, wenn Lehrstellen knapper werden, wollen wir 500 Stellen in diesem Jahr in den Haushalt einstellen und 500 im nächsten Jahr. Es ist auch für die Justizministerin wichtig, dass wir 229 zusätzliche Stellen im Justizetat haben.

Jetzt zur Finanzpolitik. Ist sie wirklich solide, wie gehen wir vor? - Uns war wichtig, dass wir trotz der Sonderlasten bei der Landesbank und trotz der Finanzmarktkrise unserem Ziel treu bleiben, ohne neue Schulden auszuweisen. Allerdings muss man auch sehen, dass sich die Ausgangslage verändert hat, und dass sie sich alles andere als einfach darstellt. Unser Haushalt ist so natürlich nur möglich, weil wir Rücklagen haben, weil wir in den letzten Jahren gut gewirtschaftet haben.

Nun zum Konjunkturpaket. Das Paket ist in Ordnung, wir haben uns auch dafür engagiert, beispielsweise bei den Steuern. Das betrifft auch die Investitionen und den Krankenversicherungsbeitrag. Sie kennen die Beispiele: Bei einem Jahreseinkommen von 45.000 Euro beträgt die Entlastung knapp 1100 Euro im Jahr. Das ist

Geld im Portemonnaie, damit kann man etwas anfangen. Das betrifft wirklich viele, das ist das Entscheidende, und das stützt die Konjunktur. Das bedeutet aber auch Mindereinnahmen für den Freistaat Bayern, denn Bund und Länder sind bei diesen Einnahmen miteinander verflochten. Aus Sicht der Landespolitik sagen wir ganz deutlich: Wir begrüßen das Konjunkturpaket des Bundes und die 10 Milliarden Euro, die er an die Länder weitergeben möchte. Der Betrag ist aufgeteilt und geht an die Kommunen und die Länder. Knapp 2 Milliarden davon fließen nach Bayern. Wir sind gefordert, 470 Millionen Euro einzubringen. Das werden wir tun, und das werden wir auch in diesem Haushalt darstellen. Dabei kommt den Kommunen eine wichtige Schlüsselrolle zu. Warum? - Die Kommunen haben die Möglichkeit, durch ihre Ausschreibungen, durch ihre überschaubaren Baulose den Mittelstand tatsächlich zu erreichen. Das ist eine wichtige Sache. Wir wünschen uns, dass der Bund bei seinen Bemühungen in Europa Erfolg hat und die Ausschreibungskriterien und Vergaberichtlinien gelockert werden. Damit könnten wir die Aufträge künftig heimatnäher und schneller vergeben. Das ist, glaube ich, ganz wichtig und es wäre erfreulich, wenn wir hier Hand in Hand marschieren würden.

Heute hat ein Kommentator einer wichtigen Tageszeitung geschrieben:

Es ist richtig, dass wir nicht sagen: Jetzt ist es eh wurscht. Alle geben das Geld aus, schmeißen wir es auch raus. Nein, im Gegenteil: Bei so viel Unsicherheit im Großen gilt es im Kleinen Stabilität zu wahren und verlässlich zu bleiben. Denn die Menschen sollen Vertrauen haben, dass unser Geld stabil ist, dass diese Währung Sinn macht und dass sie sich darauf verlassen können.

Natürlich - der Finanzminister hat es angesprochen - haben wir Anpassungsbedarf. Das werden wir in den Beratungen sehen, darauf brauche ich jetzt nicht weiter einzugehen. Dass die Rücklage hart erarbeitet werden musste, dafür sind wir heftig kritisiert worden in den Jahren 2003, 2004, 2005, 2006, 2007. Da wurde alles auf den Tisch gelegt. Deshalb haben wir jetzt die Möglichkeit, darauf zurückzugreifen.

Ich möchte noch ein paar Vergleichszahlen für Bayern ansprechen. Wir wollen es nicht übertreiben. Wir haben Bescheidenheit gelernt. Aber ein paar Dinge darf man, glaube ich, sagen. Nehmen wir das Thema Verschuldung. Es ist schon beachtlich, wenn wir trotz der Lasten der Landesbank heute immer noch 1.200 Euro pro Kopf unter dem Nächstbesten liegen. Wir wollen diesen Abstand halten.

Wichtig ist auch unsere laufende Belastung. Wie sieht es mit den Zinsen aus? Wenn wir in den Jahren 2009

und 2010 eine durchschnittliche Zinsbelastung von drei Prozent haben und die anderen Länder im Schnitt von acht Prozent, dann ist das ein riesengroßer Unterschied, der deutlich macht, wie unterschiedlich die Strukturen sind. Das ist neben dem Länderfinanzausgleich ein weiteres Beispiel, an dem deutlich wird, wie unterschiedlich sich das Ganze in der Republik darstellt.

Frau Kollegin Rupp, ich habe gesagt, ein bisschen näher hinschauen bei den 15 % Investitionsquote. Sie wissen, wenn wir prozentrechnen, haben wir zwei Faktoren, und das Prozentrechnen ist zunächst einmal auf hundert begrenzt. Ich habe zwar nie Mengenlehre gelernt, das wurde erst später gemacht, aber das ist, glaube ich, nicht so entscheidend, man hat es dann auch wieder reduziert. Aber wenn ich in diesem Paket von 100 % den Anteil an Köpfen erhöhe, also mehr hineinstecke, ohne dass ich am Beton etwas wegnehme, dann sind prozentual die Köpfe mehr und der Beton weniger.

Genau das hat stattgefunden. Wir haben nach langer Diskussion, nach der guten Einsicht und nach der Frage, was möglich und was notwendig ist, ganz klar gesagt: Diesmal muss der Bereich Köpfe stärker wachsen, und darum verschieben sich da die Prozente.

(Georg Schmid (CSU): Sehr gut erklärt!)

Das ist einfach die Redlichkeit. Das hat mit Böswilligkeit nichts zu tun. Dann darf man es auch nicht beklagen. Die Logik, die die Mathematik mit sich bringt, sollte man anerkennen. Das ist schon in der Schule wichtig. Wenn man dort die Mathematik nicht akzeptiert, hat man schlechte Noten im Rechnen.

Frau Kollegin Rupp, es sind nicht nur fünf Milliarden Euro, die wir investieren. Das ist die pauschale Zahl für die, die nicht mehr lesen wollen und sich damit nicht näher beschäftigen. Jetzt bringen wir aber noch ein paar andere Zahlen, das sind 350 Millionen Euro Ausgabereste. Der Ministerpräsident hat im Rahmen des Beschleunigungsprogramms dafür gesorgt, dass man das sofort in die Hand nimmt, und hat gesagt: Leute, seht zu, dass ihr da weiterarbeitet, die Verwaltungen es umsetzen, ausgeben, investieren, Aufträge erteilen. Das sind die 350 Millionen Euro.

Dann kommt der von Ihnen beklagte Finanzausgleich dazu. Ich habe gelernt, etwas, worin man nicht so gut ist, kritisiert man nicht, und umgekehrt das, wo die Konkurrenz eigentlich gut aufgestellt ist, spricht man nicht so häufig an. Wir sind beim Finanzausgleich supergut aufgestellt. Noch nie gab es einen besseren bayerischen Finanzausgleich als den des Jahres 2009. Wenn ich an meinen kleinen Landkreis denke, der hat durch die Veränderungen im Finanzausgleich 1,5 Millionen

Euro - Kollege Barfuß kann das bestätigen - mehr Schlüsselzuweisungen, insgesamt 11,5 Millionen Euro Schlüsselzuweisungen. Das ist schon einmal eine Sache.

Aber insgesamt, um auf Bayern zurückzukommen, heißt das: In diesen 6,8 Milliarden Euro stecken 1,7 Milliarden Euro Investitionsförderung. Das ist etwas, was zu 100 % in die Investitionen geht. Die anderen 5,1 Milliarden Euro tragen, weil sie in die Verwaltungshaushalte der Gemeinden fließen, dazu bei, dass die Kommunen ihren Etat gut ausgleichen können, dass sie aus dem Etat Zuweisungen an den Vermögenshaushalt machen können und damit aus eigener Kraft investieren können. Das ist das Entscheidende, dass sie neben der Förderung des Staates auch die notwendigen Eigenmittel aufbringen können, ohne deswegen zur Bank gehen zu müssen. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Herr Ude, hat gesagt, dass die Kommunen ein gutes Jahr hinter sich gebracht haben.

Das waren also die Ausgabenreste, 1,7 Milliarden Euro Finanzausgleich investiv, das andere zur Stützung der Investitionen. Mit der dritten Baustelle sind die Kollegen im Haushaltsausschuss in den nächsten Wochen gefordert. Dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, auch nach Überprüfung durch den Rechnungshof, wollen wir 560 Millionen Euro - das ist mehr als eine halbe Milliarde, wir rechnen ja nur noch mit Milliarden, deswegen muss man das übersetzen - über PPP-Projekte ausgeben und werden dazu in den nächsten Wochen im Haushaltsausschuss schon ganz konkrete Entscheidungen treffen. Damit werden Maßnahmen in der Größenordnung von mehreren hundert Millionen Euro angestoßen. Also, der Freistaat Bayern tut sehr viel.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Es ist auch gut, wenn man die Zahlen am Schluss zusammenzählt. Dann kommt man zum richtigen Ergebnis, Frau Kollegin Rupp.

(Lachen bei der SPD)

Sie dürfen es selber vornehmen, aber wir sind zwischenzeitlich bei 7,5 Milliarden Euro angekommen und nicht mehr bei fünf. Ich freue mich, dass Sie darüber lachen können.

Noch etwas habe ich mir, Herr Beyer, nämlich das Stichwort "Beschleunigungsprogramm". Das haben wir aber schon gestreift, und auch das FAG haben wir genannt.

Zum Schluss möchte ich noch einmal auf den soliden Haushalt des Freistaats Bayern hinweisen mit seinen Investitionsschwerpunkten. Ich darf aber ganz offen bekennen, dass auch wir gezwungen sind, in diesen Zei-

ten, in denen die Einnahmen weniger werden, sorgfältig mit den Mitteln umzugehen und zu überlegen: Was hat Priorität? Da müssen wir einräumen, nicht alles, was wünschenswert wäre, können wir uns leisten, im Gegenteil: Wir müssen auch da zweimal hinschauen, dass es an der richtigen Stelle ankommt.

In diesem Sinne sage ich der Staatsregierung herzlichen Dank für diesen Etatentwurf, dem Finanzminister und seinen Mitarbeitern, die diese engagierte Arbeit geleistet haben. Sonst hätten wir noch mehr zu tun.

Gleichzeitig verspreche ich Frau Kollegin Rupp, da sind wir Seite an Seite -, dass wir uns bemühen werden, diesen Etat zügig zu beraten, durch ganztägige Sitzungen die haushaltslose Zeit möglichst schnell zu beenden und mit einem beschlossenen, genehmigten und bekannt gemachten Etat die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir das ganze Geld in Kinder, in Bildung, in Jobs möglichst schnell investieren können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Winter. Für die Fraktion der Freien Wähler spricht Kollege Manfred Pointner.

Manfred Pointner (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr überrascht, Herr Finanzminister, über die Euphorie, mit der Sie diesen Haushalt vorgetragen haben. Ich kenne mich etwas in Haushalten aus, natürlich nicht im Umfang dieses Staatshaushalts. Aber in den zwei Wochen, in denen ich diesen Haushalt durchgesehen habe, habe ich festgestellt, dass dieser Haushalt auf Kante genäht ist, dass es ein Sparhaushalt ist, der wenig neue Möglichkeiten enthält.

Sie haben mich aber auch schon vor 14 Tagen überrascht, Herr Finanzminister, als ich Ihre Kurzdarstellung des Doppelhaushalts 2009/2010 erhielt und gelesen habe, dass das zum vierten und fünften Mal ein ausgeglichener Haushalt ist. Natürlich hätte ich es genauer lesen müssen. Sie haben vom allgemeinen Haushalt gesprochen. Da haben Sie sicherlich recht. Aber ich sehe es schon als eine gewisse Täuschung der Öffentlichkeit an, wenn Sie diesen Haushaltsentwurf am 16. Dezember im Kabinett beschließen und diese Darstellung herausgeben und am nächsten Tag durch den Zweiten Nachtragshaushalt 2008 eine Neuverschuldung von 10 Milliarden Euro beschließen lassen. Daran ändert auch nichts, dass diese Neuverschuldung in einem Sonderkapitel des Haushalts ausgewiesen wird. Es ist und bleibt eine gigantische Erhöhung der Verschuldung des Freistaats, die höchste Neuverschuldung, die jemals in Bayern beschlossen wurde. Aber das haben wir schon ausreichend diskutiert.

Es hilft auch nichts, wenn so getan wird, als sei diese Kreditaufnahme durch ein Naturereignis entstanden, das außerhalb des regulären Haushalts behandelt werden kann. Das erinnert mich fatal an die derzeitige Diskussion bei den Banken, die dahin geht, die giftigen Wertpapiere in eine sogenannte bad bank auszulagern. Wenn man das umsetzt, könnte man sagen: Das Kapitel 13 60 im Einzelplan 13, der sogenannte Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB, wäre dann ein sogenannter bad Haushalt, der nichts mit dem allgemeinen Haushalt zu tun hat.

Dass dem aber nicht so ist, ist aus dem Doppelhaushalt 2009/2010 ersichtlich. Im Jahr 2009 werden 200 Millionen Euro Zinsen und im Jahr 2010 400 Millionen Euro Zinsen für diesen Kredit anfallen, und ich habe die Befürchtung, dass hier noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht ist.

Das Geld für diese Zinszahlungen fehlt uns hinten und vorn, es fehlt uns heute und auch in den kommenden Jahren. Deshalb bleibt der Doppelhaushalt 2009/2010 bei den für die Zukunft unseres Landes wichtigen Dingen hinter dem zurück, was jetzt notwendig ist.

Dieses Geld fehlt uns vor allem für die Bildung, aber auch für die Chancengleichheit im ländlichen Raum oder auch bei der notwendigen Finanzausstattung der Kommunen. Dazu komme ich noch. Es kann und darf aber nicht sein, dass wegen dieses finanziellen Debakels, das offensichtlich durch den Größenwahn einzelner Verantwortlicher verursacht wurde, die Zukunftschancen unseres Landes beeinträchtigt, ja ich möchte fast sagen: verspielt werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Haushaltsrecht gibt es zwei wesentliche Grundsätze - ich denke, das wird auch für den Staatshaushalt gelten -, nämlich den Grundsatz der Wahrheit und den Grundsatz der Klarheit.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zur Wahrheit gehört auch, dass Sie zwar offenbar mit Genugtuung in Bayern den ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung verkünden, im Bund aber eine massive Neuverschuldung mitgetragen haben und aufgrund Ihrer Forderungen nach noch mehr Steuererleichterungen sogar eine noch weitaus höhere Neuverschuldung hingenommen hätten. Sie haben im wahrsten Sinne des Wortes Ihre Unschuld verloren. Unter Ihrer Verantwortung sind in Bayern 10 Milliarden Euro Schulden neu aufgenommen worden, und im Bund sollen sogar 50 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen werden.

Ich möchte aber gleich klarstellen, dass das keine Kritik am Konjunkturpaket ist. Dieses Paket unterstützen wir grundsätzlich. Wir halten es für richtig und notwendig. Aber Sie sollten nicht immer so tun, als seien die anderen die Schuldner. Auch in Bayern wird dieses Konjunkturpaket nicht ohne Auswirkungen auf den Haushalt bleiben. Sie, Herr Finanzminister, haben selbst heute gesagt, dass die in Berlin beschlossenen Steuererleichterungen im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets Mindereinnahmen von 250 Millionen Euro im Jahr 2009 und von 450 Millionen im Jahr 2010 verursachen. Heute haben Sie noch einmal eine ganze Milliarde aufgrund der Konjunktureinbrüche genannt. Das sind insgesamt 1,7 Milliarden Euro.

Sie haben heute auch gesagt, dass das durch Rücklagen ausgeglichen werde. Uns ist bisher nicht bekannt gewesen, wie das Ganze ausgeglichen werden soll. Offenbar sind da noch genügend Rücklagen vorhanden, die uns nicht bekannt sind.

Interessant wäre noch, wo Sie diese 477 Millionen Euro - da habe ich jetzt nichts gehört von den 1,9 Milliarden Euro aus dem Konjunkturpaket - unterbringen. Es kann wohl nicht so sein, dass Sie Investitionsgelder, die im Haushalt jetzt schon enthalten sind, einfach umschichten.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Diese 477 Millionen Euro sind sicherlich so gedacht, dass sie zusätzlich bereitgestellt werden müssen, um die Konjunktur anzukurbeln. Für uns im Haushaltsausschuss wäre es natürlich auch interessant, wenn wir baldmöglichst die entsprechenden Informationen erhalten würden, und zwar gerade deswegen, weil dieser Doppelhaushalt in aller Eile durchgezogen wird und weil es für die Fraktionen, die nicht an der Regierung beteiligt sind, besonders schwer ist, sich mit diesem Zahlenwerk vertraut zu machen und sachgerechte Anträge zu stellen.

Noch eine Anmerkung zu Wahrheit und Klarheit: Die Eckzahlen zum Finanzplan für 2011 und 2012 sehen sogenannte Konsolidierungsbedarfe vor: 2011 1,08 Milliarden Euro und 2012 1,33 Milliarden Euro. Das ist eigentlich eine Unterdeckung, die entweder durch Mehreinnahmen, eventuell auch über Kredite, oder durch Minderausgaben ausgeglichen werden muss. Hierzu ist nichts enthalten. Sie haben zwar in einer Fußnote den Hinweis gegeben, dass man erst einmal abwarten muss, wie sich diese Steuereinnahmen entwickeln, aber dieser Hinweis ist eigentlich überflüssig, weil das selbstverständlich ist. Natürlich werden wir die aktuellen Zahlen in den Jahren 2011 und 2012 abwarten müssen. Aber nach meiner Kenntnis müssten im Finanzplan auch Prognosen über Einsparungen, Kre-

dite und Mehreinnahmen, um diesen Konsolidierungsbedarf auszugleichen, enthalten sein.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Noch einmal zurück zu Wahrheit und Klarheit: Sie haben im Entwurf eine Entnahme aus der Haushaltssicherungsrücklage in Höhe von 1,04 Milliarden Euro vorgesehen. Daneben ist aber aus der Haushaltsübersicht erkennbar, dass 2009 insgesamt 740 Millionen Euro und 2010 zu diesen 1,04 Milliarden Euro eine weitere Milliarde Euro kommen. Das sind also insgesamt nochmals 1,7 Milliarden Euro. Das soll alles aus Rücklagen, Fonds oder Stöcken entnommen werden.

Das ist aber für uns nicht ersichtlich. Ich habe mich umgehört. Es ist keinem bekannt, keiner weiß - Sie natürlich schon -, wie hoch insgesamt diese offensichtlich für den Haushalt verwendbaren Rücklagen, Fonds oder Stöcke sind. Wir fordern daher auch für die künftigen Haushalte - Sie haben doch heute gesagt, die Rücklage sei leer, wenn das alles verbraucht wird - im Sinne der Wahrheit und der Klarheit des Haushalts eine rechtzeitige Aufschlüsselung aller dieser Mittel, möglichst zusammengefasst und übersichtlich und nicht auf einzelne Pläne verteilt.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Es geht hierbei um das Geld aller Steuerzahler und nicht um das Geld, das die Regierung oder die Regierungsfaktionen aufzubewahren und zu verteilen haben.

Noch ein Hinweis: Als einem, der diesen Haushalt neu studiert, ist mir ganz negativ aufgefallen, dass Sie im Einzelplan 13 mehrere Sonderkapitel drin haben. Sie werden dauernd zitiert: "Zukunft Bayern 2020", dann das Klimaprogramm, das Nord- und Ostbayern-Programm usw. In diesen Sonderkapiteln sind Ausgaben für Maßnahmen enthalten, die auch in anderen Haushaltsstellen zu finden sind. Dies dient nicht gerade der Übersichtlichkeit des Planes und erschwert die Arbeit mit diesem Plan ungemein, insbesondere wenn er uns nur in Form einer CD-ROM zur Verfügung steht.

Nun aber zu den Inhalten. Gleich vorweg: Die im Haushaltsentwurf enthaltenen Ansätze für die Bildung sind trotz Ihrer geradezu euphorischen Aussagen unzureichend. Der Entwurf zeigt zwar einige gute Ansätze, aber eben nur Ansätze und keine Lösungen.

Das gilt insbesondere bei dem Ziel, die Klassenstärken an unseren Schulen zu vermindern. Dies wurde vor der Wahl von beiden Regierungsfaktionen als Ziel benannt, wobei kurz vor der Wahl sogar unsere Forderung "Keine Klasse über 25" übernommen wurde. Es gibt

zwar mehr Lehrer - das ist schon von Ihrem damaligen Ministerpräsidentenkandidaten so ausgesagt worden -, das reicht aber nicht aus, um die Klassenstärken in die Nähe dieser Höchstgrenze von 25 Schülern zu bringen. Wenigstens hätte einmal ein Anfang gemacht werden können, indem zum Beispiel bei den Realschulen, den Gymnasien und den Hauptschulen in der 5. Klasse und bei den Grundschulen keine Klasse mehr als 25 Schüler hat.

Ich habe den Eindruck, dass Sie warten wollen, bis der Rückgang der Schülerzahlen sozusagen auf demografische Weise diese Klassenstärke herbeiführt. Dass dazwischen Jahrgänge liegen, die benachteiligt sind, ist offenbar nicht so wichtig.

Auch das Programm zur Einführung der Ganztagschulen insbesondere bei den Hauptschulen wird mit den zusätzlich eingesetzten 62 Millionen Euro nicht den Ansprüchen gerecht. Nach wie vor werden zahlreiche Hauptschüler auf der Strecke bleiben, weil wegen der Landesbankzinsen nicht genügend Geld da ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

So gibt es im schulischen Bereich zahlreiche Baustellen, die noch lange Zeit bestehen bleiben, wenn dort nicht massiv investiert wird. Das gilt zum Beispiel auch für den Einsatz der viel gepriesenen Jugendsozialarbeit an Schulen. Immer wenn irgendwo etwas passiert und Jugendliche daran beteiligt sind, heißt es: Da müssen wir etwas tun; man muss mehr Jugendsozialarbeiter in die Schulen schicken. Aber was dafür an Mitteln eingestellt wird, reicht nicht aus.

Ich habe damit Erfahrung. Als ich noch Landrat war, war ich der Erste, der die Jugendsozialarbeit im großen Stil eingeführt hat. Ich habe damit die besten Erfahrungen gemacht. Wenn man für die Jugend etwas tun will und rechtzeitig an die gefährdeten Jugendlichen herankommen will, muss auf jeden Fall mehr investiert werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Auch die Gleichbehandlung der Finanzierung kommunaler Schulen mit den privaten Schulen ist nicht vorangekommen.

In weiter Ferne - das wurde heute schon angesprochen - scheint die von der FDP und der CSU im Wahlkampf versprochene Einführung des kostenfreien letzten Kindergartenjahres zu sein. Im Koalitionsvertrag wird von "mittelfristig" gesprochen. Was ist mittelfristig? 2013 oder später? Es ist überhaupt nicht erkennbar, wann das sein soll.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Änderung des Stellenschlüssels im Kindergartenbereich nach 1 zu 11,5 ist zwar eine Verbesserung, wird aber den tatsächlichen Gegebenheiten kaum gerecht. Von den Trägern der Kindergärten, insbesondere von den Kommunen, weiß ich, dass der Stellenschlüssel in der Regel unter 1 zu 11 liegt, oft bei 1 zu 10. Da bleiben die Mehrausgaben bei den Trägern, insbesondere den Kommunen, hängen.

Ich komme zum kommunalen Finanzausgleich. Es gibt eine Steigerung im Jahr 2009 von 3,4, im Jahr 2010 von 0,9 %. Herr Finanzminister, Sie haben darauf hingewiesen, dass das mit den Kommunen abgestimmt sei und die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände damit zufrieden seien.

Ich darf dazu noch eine Anmerkung machen. Herr Kollege Winter, Ihr Landkreis mag ein paar Euro mehr erhalten haben. Ich kenne aber Landkreise, die einiges weniger erhalten haben. Der Landkreis Freising hat sechs Millionen Euro weniger erhalten. Wenn ich die Gemeinden hinzurechne, sind es zwölf Millionen Euro. Da werden Sie natürlich sagen: Die haben eine höhere Steuerkraft. Wenn Sie das alles aber genau durchrechnen, werden Sie feststellen, dass von der Steuerkraft nicht viel übrig bleibt. Das meiste fällt durch die geringe Schlüsselzuweisung weg. Die Bezirksumlage ist auch entsprechend höher.

Ich sage das nur als Beispiel: 20 Millionen Euro beim Landkreis an Mehreinnahmen bedeuten im Rahmen der Steuerkraftvergleiche und unter Berücksichtigung der Umlagen letztlich nur eine knappe Million Euro; alles andere geht weg. Das muss man sehen. In den Kommunen und Landkreisen, die noch Einwohnerzuwachs haben, sind schließlich auch erhebliche Investitionen erforderlich.

Eines sollte bedacht werden. Die Verhandlungen mit den Kommunen sind vor dem jetzt verkündeten Konjunkturpaket II abgeschlossen worden. Dieses Konjunkturpaket bringt auch den Kommunen neue Belastungen. Wenn der Freistaat wegen der Steuererleichterungen rund 700 Millionen Euro weniger Einnahmen hat, dann trifft das zu einem entsprechenden Anteil auch die Kommunen. Für 2009 sind es rechnerisch 90 Millionen Euro. 2010 sind es 160 Millionen Euro. Die Kommunen sind ja auch an der Einkommensteuer beteiligt. Aber es ist noch nicht eingerechnet, was Sie vorhin schon eingerechnet hatten: die Pendlerpauschale und andere Steuererleichterungen.

Wegen der Konjunkturkrise ist bei den Kommunen auch ein erheblicher Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen zu erwarten.

Zu bedenken ist auch: Durch das Investitionsprogramm des Bundes entsteht ein neuer Kofinanzierungsbedarf

für die Gemeinden, da es keine 100-prozentige Förderung der Maßnahmen gibt.

Gerade finanzschwache Gemeinden werden Probleme haben, ihren Finanzierungsanteil zu leisten. Deswegen wird ohne Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden gerade von den schwächeren Gemeinden ein Teil der Mittel nicht abgerufen werden können. Eine Erhöhung der Schlüsselmasse und der Investitionspauschale wäre hier ein hervorragendes Mittel zur Abhilfe.

Hier ist auch eine Erhöhung der Beteiligung an der Kfz-Steuer zu erwähnen. Man hat den Anteil jetzt von 50 auf 51 % erhöht. Früher waren es 65 %. Wie Sie wissen, fordern die Kommunen und Landkreise mindestens 55 %. Auch beim Steuerverbund liegen die Forderungen der Landkreise höher. Da müsste also nachjustiert werden, um auch die schwächeren Kommunen in die Lage zu versetzen, das Konjunkturpaket zu schultern.

Über den Rückgang an Investitionen ist heute schon mehrfach gesprochen worden. Ich habe mir einmal die Zahlen angeschaut. Im Jahr 2009 sind es 60 Millionen Euro und im Jahr 2010 100 Millionen Euro weniger. Man rechnet jetzt damit, dass durch das Konjunkturpaket des Bundes noch einiges dazukommt. Es darf aber nicht so sein, dass dann entsprechend umgeschichtet wird. Nach meiner Meinung müssen die Kommunen hier Priorität haben. Möglichst viel muss an die Kommunen gelangen. In der Diskussion werden die Zahlen 75, 70, 65 % genannt. Ich kann nur sagen: In die Kommunen muss möglichst viel gelangen, wenn es geht, 100 %.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Kommunen werden diese Mittel schnell und gezielt einsetzen, wenn die Kofinanzierung sichergestellt ist.

Voraussetzung ist natürlich, dass verschiedene Verfahren neu geregelt werden. Dazu gehört das Vergabeverfahren. Die Schwellenwerte für die freihändige Vergabe und für die beschränkte Ausschreibung sind kurzfristig erheblich zu erhöhen. Sonst funktioniert das Verfahren nicht. Auch die Förderrichtlinien sind anzupassen. Für eine Sanierung bekommt man zurzeit nur dann eine Förderung, wenn man mehr als 25 % der Neubaukosten erreicht. Das muss geändert werden; sonst geht es ins Leere.

Nicht verständlich ist in diesem Zusammenhang die Kürzung beim Staatsstraßenbau. Wer über die Lande fährt, kann in der Regel sofort erkennen, welche Straßen Staatsstraßen und welche Kreisstraßen sind. Die Staatsstraßen sind nämlich in der Regel am schlechtesten ausgebaut.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Von den zuständigen früheren Straßenbauämtern und den jetzigen Staatlichen Bauämtern war immer zu hören, dass zu wenig Geld vorhanden ist. Es kam vor, dass in einem Jahr eine Straße aufgerissen wurde, dann ein Jahr nichts daran gemacht wurde, weil das Geld nicht da war, während man erst danach die Straße wieder zugemacht hat. So etwas darf eigentlich nicht passieren. Aber das Geld wird weiter gekürzt.

Auch der ländliche Raum ist im Haushalt nicht ausreichend bedacht worden. Das gilt insbesondere für den flächendeckenden Ausbau der DSL-Anschlüsse. Hier hätten wir eine Erhöhung der Fördermittel erwartet, damit der ländliche Raum nicht noch weiter abgehängt wird.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zum Schluss werden Sie natürlich sagen: Wenn man das alles finanzieren will, dann muss man die Größenordnung der Mehrausgaben bedenken. Grundsätzlich ist festzustellen: Trotz des Desasters mit der Landesbank dürfen wichtige Interessen des Landes nicht in den Hintergrund rücken. Ich denke zum Beispiel an die Bildung.

Für uns ist auch wichtig, dass wir einen Überblick über die Rücklagen bekommen, und zwar vor den Haushaltsberatungen, damit wir sachgerecht entscheiden können. Das ist unser Wunsch an Sie, Herr Finanzminister. Man wird dann ja sehen, welche Anträge wir in den Haushaltsausschuss einbringen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Das Wort hat Herr Kollege Mütze von den GRÜNEN.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Finanzminister, lieber Herr Ministerpräsident! Herr Finanzminister, ich habe es gestern schon in der Pressekonferenz angedeutet: Dieser Haushalt ist eigentlich das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben steht. Mit diesen Worten kann man kurz beschreiben, welche Haushaltsrisiken dieser Doppelhaushalt stemmen muss, die er nicht abbildet, und welche Chancen nicht ergriffen werden, die Sie in Ihrer Rede zwar genannt haben, aber man im Haushalt nicht findet, obwohl sie dringend des Anpackens bedürften. Ich weiß, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, dass Ihnen dieses Urteil nicht gefällt. Aber ich werde noch darstellen, wie ich dazu komme. Viele Risiken werden in diesem Haushalt nicht genannt oder verschleiert. Wir dachten eigentlich, dass mit dem neuen Finanzminister Fahrenschen Offenheit und Haushaltsehrlichkeit Einzug gehalten hätten. Die Staatsregierung behauptet zum Beispiel, die Jahre 2009 und 2010 seien das vierte und

fünfte Jahr ohne Nettoneuverschuldung. Sie verschweigt dabei aber, dass wir erst vor Kurzem 10 Milliarden Euro an neuen Schulden aufgehäuft haben und dafür nun zahlen müssen. Der Haushalt gibt vor, dass uns diese Schulden nichts kosten, obwohl die Rücklage dafür verwendet wird. Er verschweigt, dass neue Schulden nach der Bundestagswahl aufgenommen werden müssen. Herr Finanzminister, interessanterweise haben Sie den Abschnitt aus Ihrer Rede weggelassen, wonach der Doppelhaushalt 2009/2010 ohne neue Schulden auskomme. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Das ist wohl nur eine Versicherung, die Sie sich selbst gegeben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Hans Joachim Werner (SPD): Späte Reue!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt hätte die Chance geboten, auf eines der drängendsten Probleme unserer Zeit, nämlich den Klimawandel, zu reagieren, und er versagt dabei. Herr Finanzminister, das muss ich leider konstatieren. Sie haben zu Beginn Ihrer Rede zweimal den Klimawandel erwähnt. Herr Kollege Winter hat den Klimawandel nicht mehr erwähnt. Das zeigt, welchen Stellenwert der Klimawandel in der CSU-Fraktion hat. Herr Finanzminister, ich hoffe, dass Sie sich in diesem Punkt gegenüber der Fraktion durchsetzen werden.

Sehen wir uns die Risiken dieses Haushalts genauer an: Sie müssen schon im Jahr 2010 auf die Rücklage zurückgreifen, um den Haushalt ausgleichen zu können. Das bedeutet eine Milliarde Euro. Hinzu kommt das Risiko BayernLB. Herr Finanzminister, Sie haben erläutert, dass uns die LB erst im Jahr 2011 Geld aus dem laufenden Haushalt kosten werde. Erst dann würden haushaltswirksame Kosten auf uns zukommen. Dabei haben Sie verschwiegen, dass bereits in diesem Jahr und im nächsten Jahr Zinslasten in Höhe von 600 Millionen Euro auflaufen werden. Diese Zinsen müssen Sie aus der Rücklage entnehmen. Das ist ein Kniff, nicht mehr. Diese Mittel bleiben trotzdem Mittel des Landes. Dieser Kniff wird sich in den Jahren 2011, 2012 und in den Folgejahren nicht wiederholen lassen. Die bereits jetzt bekannten Kosten in Höhe von 1,26 Milliarden Euro im Jahr 2011 und von 450 Millionen Euro im Jahr 2012 werden aus dem laufenden Haushalt finanziert werden müssen. Hat irgendjemand schon gefragt, wer diese Schulden tilgen soll und wann? Dazu gibt es von Ihnen keine Antwort.

Das Konjunkturpaket II bringt Steuerausfälle in Höhe von 700 Millionen Euro mit sich, die ebenfalls aus der Rücklage finanziert werden sollen. Mit diesem Haushalt steigt aber auch das Bürgschaftsrisiko immens. Immerhin haben Sie 200 Millionen Euro für den Rettungsschirm des Mittelstandes über die LfA vorgesehen. Das

Ausfallrisiko bei der Landesbank haben Sie - vor der letzten Woche - schon selbst mit 1,625 Milliarden Euro kalkuliert. Hier könnte das Risiko für den Haushalt noch erheblich höher werden. All die bisher genannten Maßnahmen bedeuten, dass die Bürgschaftsrücklage dafür gar nicht mehr zur Verfügung stünde.

Dazu kommen noch die 480 Millionen Euro für ganz Bayern, die Sie zur Kofinanzierung für das Konjunkturpaket II als Freistaat aufbringen müssen. Auch diese Mittel sind nicht gegenfinanziert. Das Milliardenrisiko Konjunktur haben Sie noch nicht eingerechnet. Ihre Rechnungen basieren auf der Steuerschätzung vom November, die mit 0,2 % noch positiv ausgefallen ist. Momentan liegen die Schätzungen bei einem Minus von 2 %. Wir rechnen mit einem Fehlbetrag von einer Milliarde Euro. Die Antwort auf die Frage, wo Sie diese Milliarde für die wegfallenden Steuereinnahmen hernehmen wollen, bleiben Sie uns schuldig.

Hinzu kommt ein aktueller Fall, der mir die Luft abschnürt. Herr Ministerpräsident Seehofer, vielleicht können Sie das nachher noch kommentieren. Ich spreche von der Bürgschaft oder dem Sicherungsschirm - wie immer man es nennen mag - in Höhe von 500 Millionen Euro, der anscheinend der Firma Schaeffler zur Verfügung gestellt werden soll.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Irrtum!)

Ich frage mich, was das soll. Mit dieser Frage stehe ich nicht alleine. Die "FAZ" ist nicht dafür bekannt, sehr kritisch mit den Konservativen in diesem Land umzugehen. Der Kommentar dieser Zeitung lautete gestern: "Das geht nicht." Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Firma Schaeffler nicht gezwungen, Conti zu kaufen. Die Familie Schaeffler hat gewusst, dass sie sich einem hohen betrieblichen Risiko aussetzt. Wir können nicht jede falsche Entscheidung einer Firma mit Steuermitteln auffangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch das Argument der Arbeitsplätze, das in der momentanen Situation sehr gerne verwandt wird, zählt hier nicht. Herr Ministerpräsident, was würden Sie den Firmen MAN, Audi, BMW oder Siemens sagen, wenn diese nächste Woche an Ihre Tür klopfen und von Ihnen Geld verlangen würden? Was würden Sie dann machen? Die Entscheidung, eine Bürgschaft für die Firma Schaeffler zu übernehmen, wäre ein absoluter Tabubruch, ein Präzedenzfall und ein Rückfall in die Staatswirtschaft, die Sie doch so vehement ablehnen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der bayerische Staatshaushalt kann sich das nicht leisten. Das ist auch nicht unsere Aufgabe.

Ich möchte Ihnen kurz - zur Erinnerung - die Engagements aufzählen, wo der bayerische Staat geglaubt hat, er wäre der klügere Firmenlenker: Maxhütte, Kirch, Grundig, Dornier, Schneider Technologies und Schmidt-Bank. Alle diese Unternehmen endeten in der Pleite und kosten die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler heute noch Milliarden. Lassen Sie bitte die Finger davon. Ich hoffe, dass der Ministerpräsident heute Frau Schaeffler klar gesagt hat, dass das nicht geht.

Niemand soll das Argument vortragen, dass wir bei der BayernLB auch eingegriffen hätten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die BayernLB war eine halbstaatliche Bank. Die Firma Schaeffler ist jedoch ein Privatunternehmen, das auf eigenes Risiko arbeitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all diese Haushaltsrisiken tauchen entweder nicht auf, tauchen neu auf oder drohen uns. Ich komme jetzt zum größten Risiko für diesen Haushalt und das ist der Finanzminister selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Finanzminister vereinigt in seiner Person anscheinend drei Persönlichkeiten: Er ist der Vorsitzende des Verwaltungsrats der BayernLB. Als solcher muss er 10 Milliarden Euro Schulden machen und für Fehler büßen und zahlen, die andere Personen in diesem Raum mitgetragen, mitzuverantworten haben. Dann gibt es den Finanzminister Fahrenschon, der schon in diesem Haushalt darüber jammert, dass ihm 2,5 Milliarden Euro Steuermittel aufgrund der Wiedereinführung der Pendlerpauschale und anderer Entscheidungen fehlten, die er über die Rücklage ausgleichen muss, um im Jahr 2010 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen zu können. Schließlich gibt es noch den CSU-, Partei- und Steuerpolitiker Fahrenschon, der dem Fass den Boden ausschlägt; denn dieser tritt überall auf und erzählt, dass wir Steuersenkungen, Steuersenkungen und Steuersenkungen bräuchten.

Herr Finanzminister, wie wollen Sie diese Steuersenkungen finanzieren? Ihre Rücklage ist weg. An Privatisierungserlösen steht vielleicht noch eine Milliarde Euro aus den Eon-Aktien zur Verfügung. Die Steuereinnahmen gehen rapide zurück, auch ohne Ihre Vorschläge. Ist das Ihr klares wirtschaftspolitisches Profil? Ich nenne das eine finanzpolitische Geisterbahnfahrt. Sorgen Sie dafür, dass Ihr Haushalt finanziert ist und hören Sie auf, Bundestagswahlkampf zu betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hören Sie auf unseren Nachbarn, Herrn Ministerpräsidenten Oettinger. Dieser sagt, dass weitere Steuersenkungen nicht drin seien. Wenn Sie nicht auf ihn hören

wollen, dann hören Sie auf mich: Steuersenkungen sind nicht finanzierbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen den Beifahrer in dieser Geisterbahn nicht vergessen. Das ist die FDP. Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, Sie müssen mir einmal verraten, wie das gehen soll. Sie wollen Steuersenkungen, Mehrausgaben für Bildung, einen ausgeglichenen Haushalt und die Schuldenbremse, und das alles auf einmal.

(Thomas Hacker (FDP): Da sehen Sie einmal, was alles geht!)

Das ist wunderbar miteinander vereinbar, solange man nicht an der Regierung ist und dies finanzieren muss. Hier schließt sich der Kreis. Jetzt sind die richtigen beiden Geisterfahrer beieinander.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, wenigstens ein Teil der Presse hat diese Politik durchschaut. In den "Nürnberger Nachrichten" wurde dazu geschrieben: "Das ist eine schizophrene unsoziale Politik." Das ist der richtige Kommentar dazu. Ich vermute mal, Herr Minister Fahrenschon - nein, ich wette; das habe ich heute auch schon gemacht - , dass Sie wenige Tage nach der Bundestagswahl hier vor das Haus treten und sagen werden, dass Sie Schulden aufnehmen müssen und dass Sie die Kürzung bei den Haushaltssperren, die wir als mehr Klarheit und Wahrheit im Haushalt eigentlich sehr begrüßen, wieder zurücknehmen müssen, um im aktuellen Haushalt Mittel zu requirieren, weil Sie die dringend brauchen. Bis zur Wahl - das kann ich nachvollziehen - muss man den Schein wahren. Die schwarze Null steht, und ich kann das nachvollziehen.

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Die schwarze Null ist nicht der jetzige Entwurf, das ist der Finanzminister!)

Dieser Doppelhaushalt hätte zudem die Chance geboten, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf die vor uns liegenden großen Aufgaben zu reagieren. Ich nenne Bildung, Finanzkrise und die damit einhergehende Wirtschaftskrise sowie den Klimawandel. Diese Chance haben Sie mit diesem Doppelhaushaltsentwurf nicht vollständig genutzt. Ich räume ein, dass Sie mit den mehr als 2.000 Stellen, die Sie im Bildungshaushalt vorgesehen haben, endlich auf unsere jahrelangen Anwürfe reagierten und jetzt endlich anfangen, auf Stundenausfälle zu reagieren und kleinere Klassen einzuführen. Das hat nichts mit "vorgeschoben" zu tun, wie Sie mir das vorhin vorgeworfen haben, sondern Sie reagieren jetzt auf Missstände, die in Bayern trotz der

1.000 Lehrer, die Sie jedes Jahr in den letzten acht Jahren eingestellt haben wollen, in Bayern Realität waren. Die Kritik ist also auf fruchtbaren Boden gefallen, und darüber freuen wir uns. Wir werden trotzdem Anträge zum Bildungshaushalt stellen; da müssen Sie sich keine Sorgen machen.

In den beiden anderen Bereichen versagen Sie allerdings. Sie haben zwar heute pünktlich zur Haushaltsdebatte noch schnell ein Investitionsbeschleunigungsprogramm aus der Tasche gezogen, aber bei genauem Hinsehen stellt sich das als leere Hülle dar. Ich nenne ein paar Beispiele. Sie führen aus, dass Sie für einzelne Baumaßnahmen mehr ausgeben wollen, als im Haushalt veranschlagt ist. Damit wäre dieser Haushaltsentwurf schon vor der eigentlichen Einbringung nicht mehr aktuell. Herr Finanzminister, Sie müssen sich schon fragen lassen, auf welcher falschen Grundlage der Landtag eigentlich den Haushalt beraten soll. Dieser Entwurf muss dringend aktualisiert werden, und zwar so rechtzeitig, dass uns in der Opposition auch noch die Möglichkeit bleibt, Änderungsanträge auszuarbeiten.

Ihr Programm produziert bei der Breitbandversorgung heiße Luft. Woher der Schub bei der Förderung der Breitbandversorgung, den Sie propagieren, kommen soll, wird nicht klar. Im Doppelhaushalt 2009/10 gibt es keine zusätzlichen Mittel für die Breitbandversorgung. Im letzten Jahr wurden die Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung um 10 Millionen Euro erhöht. Diese Mittel sollten für die Breitbandversorgung verwendet werden. Jetzt sagen Sie selbst, 750.000 Euro davon sind bewilligt. Dann gibt es entweder zu wenige Anträge - dann nützt eine beschleunigte Abarbeitung der Anträge gar nichts -, oder die Anträge wurden langsamer bearbeitet als notwendig. Dann muss sich der Wirtschaftsminister die Frage gefallen lassen, was er falsch gemacht hat. Die Mittel sind in jedem Fall noch da, und eine Beschleunigung ist nicht notwendig.

Wir hatten übrigens schon für 2007 einen Nachtragshaushalt gefordert, damit notwendige Investitionen nicht ins Jahr 2008 geschoben werden müssen. Die CSU - Sie standen damals noch nicht in Verantwortung - blockierte seinerzeit. Sie wollte die Staatsausgaben - aus heutiger Sicht erfolglos - auf das Wahljahr konzentrieren. Jetzt will man auf einmal beschleunigen. Wenn Sie 2007 und gar erst 2004 nicht so stark gebremst hätten, wäre das heute nicht notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was heißt denn überhaupt "schneller"? Lieber Herr Finanzminister, da wir jetzt schon wissen, dass die Endberatung dieses Entwurfs erst Anfang April stattfindet, können Sie erst im Mai anfangen, die Haushaltsmittel

freizugeben. Das nennen Sie dann "sehr schnell reagiert."

Ich könnte Ihnen ein anderes Beispiel nennen, wie ich hier versuche, im Betrieb Gelder schneller und etwas zeitnäher locker zu machen. Da wartet ein Bürgermeister darauf, dass eine Investitionsmaßnahme, die er ergriffen hat, vom Umweltministerium schnell abfinanziert wird. Da heißt es: Ja hallo, so schnell kann es nicht gehen, da warten wir erst mal, bis der Haushalt verabschiedet wird. Da können wir lange warten. An der Schnelligkeit liegt es also nicht. Wenn Sie schneller werden wollen, dann müssten Sie dafür sorgen, dass im Haushaltsvollzug schneller reagiert werden kann. Dann wird das auch bei den Leuten ankommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zurück zu den verpassten Chancen: Mit diesem Haushaltsentwurf hätten Sie den Beweis antreten können, dass sich Ökologie und Ökonomie nicht gegenseitig ausschließen. Sie hätten den Beweis dafür antreten können, dass man der Wirtschaftskrise sehr wohl mit Investitionen in den Klimaschutz begegnen könnte, dass dies Wirkung zeigt und uns auf mehreren Ebenen nur Vorteile bringen könnte. "Klimaschutz ist bezahlbar", titelt die "Süddeutsche Zeitung" am heutigen Tag. Alle Länder der Welt müssten mitmachen, investieren und ihre technologischen Reserven ausschöpfen, um den Klimawandel zu bekämpfen. Das meint die Unternehmensberatung McKinsey in ihrer Studie und sagt weiter, Konjunkturpakete seien der Schlüssel zum Klimaschutz. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Konjunkturpakete seien der Schlüssel zum Klimaschutz.

Was finden wir denn in diesem Haushalt, der ein eigenes Konjunkturpaket sein könnte, zum Klimaschutz? - Nichts, nichts Neues jedenfalls, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das schon beschlossene und von Ihnen erwähnte Programm "Zukunft Bayern 2020" bildet nur das ab, was Sie im letzten Jahr schon gesagt haben, 350 Millionen, aufgeteilt auf vier Jahre. Dazu kann ich nur sagen: Wenn das Ihre Reaktion auf den Klimawandel ist, dann gute Nacht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, Sie negieren, dass mit Investitionen in den Klimaschutz, beispielsweise in die energetische Sanierung staatlicher Gebäude, die regionale Wirtschaft gefördert, Arbeitsplätze gesichert und kommunale Haushalte damit über die Einkommensteuer gestärkt würden, dass gleichzeitig Energie und Kosten gespart würden. Wie oft muss man Ihnen das noch vorbeten? Wir hatten gestern Haushaltsberatungen in meiner Heimatstadt Aschaffenburg. Die CSU-Kollegen dort haben das begriffen. Sie haben inzwischen verstanden, wie es geht, und investieren auch in die Schulen. Da werden die Schulen energie-

tisch saniert. Bei Ihnen habe ich noch Probleme, das zu finden.

Ein kleines Beispiel; der Ministerpräsident kann das Gebäude jeden Tag begutachten. Die Oberste Baubehörde - das steht sogar im Haushalt - muss dringend energetisch saniert werden. Gut, sagt die Staatsregierung, dann lasst uns 2010 mit der Planung beginnen. Das nenne ich konsequenten Klimaschutz, liebe Kolleginnen und Kollegen. Hier wäre ein Beschleunigungsprogramm eher am Platz, anstatt das zu tun, was Sie uns heute hier vorgestellt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ein Beweis, welchen Stellenwert der Klimaschutz bei der CSU-Fraktion hat, zeigt Folgendes - das ist nur ein kleines Bonmot am Rande -: Der erste Antrag, den die CSU-Fraktion bei ihrer Klausurtagung gestellt hat, als ihr der Finanzminister diesen Haushaltsentwurf vorgestellt hatte, war ein Antrag zur Erhöhung der Mittel für den Straßenneubau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wem heute noch Straßenneubau als Investitionsmaßnahme oder Klimaschutzmaßnahme einfällt, an dem ist die Zeit vorbeigegangen. Es tut mir leid, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wenn ich Ihnen das so sagen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hoffen wir wenigstens - da ist dankenswerterweise die SPD noch mit in der Verantwortung -, dass das Konjunkturpaket II die Regeln so festlegt, dass die Kommunen bei ihren Anstrengungen, den Klimawandel zu stoppen, besser unterstützt werden und mit ihrem Eigenanteil nicht im Regen stehen gelassen werden. Wenn Sie mit einem solchen Antrag kommen und sagen, wir unterstützen die Kommunen im Konjunkturpaket II bei der energetischen Sanierung ihrer Liegenschaften, tragen wir das gerne mit.

In den kommenden Wochen werden von uns Vorschläge kommen, wie man stärker in den Klimaschutz investieren kann, auch als Freistaat Bayern, im Übrigen gegenfinanziert. Von uns werden dafür keine Mehrausgaben in Anspruch genommen. Wenn ich mir nämlich die neuen Programme anschau, die Sie vorhin so gefeiert haben - Bayern 2020 plus, Nord- und Ost-Bayern-Programm, und Sie haben Bayern FIT GmbH vergessen -, dann meine ich, dass man diese mehr als 500 Millionen Euro auch anders verwenden könnte. Bayern braucht nicht mehr Leuchttürme. Bayern braucht Hilfe und Unterstützung in der Fläche, und die wollen wir Bayern geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem Programm "Bayern 2020 plus" und dem Nord- und Ost-Bayern-Programm werden übrigens die Mittel verbraten, Kolleginnen und Kollegen, die für den Transrapid vorgesehen waren. Den hat man schon ganz vergessen. Stellen Sie sich einmal vor, der Transrapid, dieser wirtschaftliche, energetische und verkehrspolitische Dinosaurier, müsste in der derzeitigen Situation finanziert werden. Dank sei Gott, Dank sei dem Widerstand dafür, dass diese Dinosauriertechnik, dieser Kelch an uns vorübergegangen ist!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber so etwas, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, vergisst man gern. Das sind kleinere Fehler, die lässt man unter den Tisch fallen und hofft, dass es keiner merkt. Ich erwarte eigentlich ein klares Wort des Dankes aus den Reihen der CSU, dass wir dieses Projekt nicht finanzieren müssen. Vielleicht kommen Sie bei der Autobahn durch das Fichtelgebirge, der A 94, der dritten Startbahn und dem Donauausbau auch noch auf den Trichter. Der Haushalt würde es Ihnen danken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Finanzminister, Sie haben vorhin als Schwerpunkt die Hochschulen genannt. Frau Kollegin Rupp hat schon auf das Problem hingewiesen. Sie sagen, Sie schaffen 38.000 zusätzliche Studienplätze. Das reicht nicht, sagt Frau Kollegin Rupp, was ich bestätigen möchte. Sie haben dafür auch ein Bauprogramm, das fast 900 Millionen Euro umfasst. Nur, lieber Herr Finanzminister, wer ist denn dafür verantwortlich, dass wir bei den Hochschulen einen Investitionsstau in Höhe von 5 Milliarden Euro haben? Wer ist denn dafür verantwortlich, dass über Jahrzehnte fast nichts in die Hochschulen investiert wurde? - Das sind doch Sie von der CSU, und jetzt lassen Sie sich für dieses Investitionsprogramm feiern. Ich finde das schon arg hochgezogen und kann es nicht nachvollziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Wort zum Personal. Innenminister Herrmann lässt sich landauf, landab dafür feiern, dass 1000 neue Bereitschaftspolizisten eingestellt werden sollen. Wenn man davon ausgeht, dass diese Polizisten erst zum 01.09.2009 und zum 01.10.2010 eingestellt werden und - das muss ich ergänzen - erst 2012/2013 mit ihrer Ausbildung fertig werden, dann darf man schon fragen, wie viele wirklich vor Ort ankommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nenne das einmal das Tausendfüßler-Phänomen. Der Tausendfüßler gibt auch vor, dass er 1000 Füße hat - das passt so schön wegen der 1000 Stellen - und hat in Wirklichkeit viel weniger. Wie viele Polizisten sind es denn wirklich, die in Bayern ankommen? Im Haushaltsgesetz lesen wir dazu Artikel 6 e, der uns sagt, wie viele Stellen aufgrund der Verlänge-

rung der Arbeitszeit der Beamten eingezogen werden. Dort lesen wir, dass in den nächsten beiden Jahren bei der Polizei 226 Stellen gestrichen werden und schon im Jahr 2007 280 Stellen gestrichen wurden. Das bedeutet, dass netto gerade einmal 471 Stellen für die Polizei übrig bleiben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das nenne ich das Tausendfüßler-Phänomen.

(Georg Schmid (CSU): Selektive Wahrnehmung!)

- Selektive Wahrnehmung? - Das tut mir leid, Herr Schmid, aber so steht es in dem von Ihnen verabschiedeten Haushaltsgesetz.

(Georg Schmid (CSU): Das stimmt nicht; Sie müssen das ganze Paket sehen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Politik des Mehr-Scheinen-als-Sein zieht sich durch den ganzen Haushalt. Herr Finanzminister, ich habe versucht, an einem Schwerpunkt aufzuzeigen, wie wir darauf reagieren werden. Hoffentlich lassen Sie in den kommenden Beratungen noch Änderungen unsererseits zu. Die Kolleginnen und Kollegen werden Ihnen in den kommenden Wochen unsere Vorschläge unterbreiten. Wir werden im Haushaltsausschuss darüber beraten. Ich bin gespannt, wie die Kollegen der CSU und der FDP reagieren. Der vorliegende Entwurf reagiert jedenfalls nach unserer Meinung nicht ausreichend auf die Anforderungen dieser Zeit. Wir werden unsere Vorschläge dazu unterbreiten. Sie werden zustimmen, und dann ist Bayern gut beraten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die FDP-Fraktion erteile ich nun das Wort dem Abgeordneten Karsten Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die äußeren Bedingungen, unter denen der Haushalt von der Staatsregierung aufgestellt wurde, sind historisch widrig. Wir werden unsere Beratungen im Haushaltsausschuss in einer der schwierigsten - manche sagen: der schwierigsten - wirtschaftlichen Situationen der Nachkriegszeit durchführen. Die Staatsregierung hat den Haushalt aufgestellt. Jetzt liegt es am Parlament, am Ausschuss, ihn zu beraten und zu verabschieden. Lieber Kollege Mütze, ich bin mir sicher, dass eine Flut von Anträgen von Ihrer Seite auf uns einströmen wird. Ob wir damit allerdings bei aller Zustimmung noch einen verfassungsgemäßen Haushalt hinbekommen würden, möchte ich an dieser Stelle in Frage stellen.

(Beifall bei der FDP)

Mit den Neuwahlen im letzten Jahr sind neue politische Realitäten, verbunden mit neuen politischen Konzepten und Inhalten in den Landtag eingezogen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Es kann schon sein, dass Ihnen das nicht wohl bekommt, aber uns bekommt es sehr wohl. Uns, der FDP-Fraktion, ist es wichtig, dass die Projekte, die in der Koalitionsvereinbarung stehen, angegangen werden. In diesem Zusammenhang will ich eine Anmerkung zur aktuellen Lage machen. Ich war selbst nicht in der Verhandlungskommission, aber ich habe mich informiert: Herr Aiwanger wurde dort nicht gesichtet. So viel zur Aussage der Freien Wähler, was sie alles in der Koalitionsvereinbarung durchgesetzt haben. Das kann nicht die Koalitionsvereinbarung gewesen sein, die im letzten Herbst hier in Bayern verhandelt wurde.

Uns ist es wichtig, dass die Projekte, die dort vereinbart wurden, auch durchgeführt werden. Lassen Sie mich, obwohl schon viele genannt wurden, einige noch einmal aufgreifen. Ein wichtiges Thema für uns ist Bildung. Wir schaffen im Doppelhaushalt 2280 neue Lehrerplanstellen und zusätzlich 458 Stellen für Ganztagschulen. Die Stellen dienen in erster Linie dazu, die Klassenstärken zu reduzieren - eine Forderung, die von der Opposition im Bayerischen Landtag zu Recht lange Jahre erhoben wurde.

Ein weiterer Punkt ist die Privatschulfinanzierung. Der Schulgeldersatz wird in einem ersten Schritt auf 75 Euro pro Monat erhöht. Man kann damit nicht zufrieden sein, das ist mir klar, aber zum Vergleich: 1990 waren es noch 70 DM, während wir heute 75 Euro einbringen.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zur inneren Sicherheit, die uns ebenfalls am Herzen liegt. Wir sagen schon immer, dass es hier nicht um ein Gesetzesdefizit geht, sondern um ein Vollzugsdefizit. In diesem Sinne wird die Koalition 500 neue Stellen bei der Polizei und 229 zusätzliche Stellen in der Justiz schaffen. Ich denke, das wird ein Schritt nach vorn beim Abbau des Vollzugsdefizits sein.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen schwierigen Zeiten stellen wir natürlich auch Mittel für Mittelstandskredite bereit. Es gibt 2,5 Millionen Euro mehr als zuvor, insgesamt 26,5 Millionen Euro. Wir werden in jedem der zwei Haushaltsjahre 100 Millionen Euro für Bürgschaften für den Mittelstand zur Verfügung stellen. Ich denke, das ist ein wichtiges Signal für die mittelständische Wirtschaft in Bayern, dass wir das, was wir tun können, in diesem Haushalt auch tun.

(Beifall bei der FDP)

Von Frau Kollegin Rupp wurde bereits zu Recht darauf hingewiesen, dass wir 38.000 zusätzliche Studienplätze schaffen. Falsch war die Aussage, dass damit der Bedarf nicht gedeckt werde. Es ist zwar richtig, dass wir 70.000 Studienanfänger haben werden, aber nach allen Prüfungen und Untersuchungen der Universitäten decken diese 38.000 Plätze den Bedarf. Es gehen auch immer wieder Studenten von der Universität ab, vielleicht sollte man das dazusagen. Ich denke, wenn man das mit den Universitäten aushandelt, darf man sich darauf berufen und davon ausgehen, dass sie uns nicht irgendwelche lustigen Zahlen liefern. Vielleicht kann man nachher im Gespräch erklären, wie das Ganze funktioniert.

Hinzu kommen 3000 neue Stellen an den Universitäten. Gemeinsam werden wir die Verwaltungsgebühr abschaffen. Sie wurde im Wintersemester 2004 von der alten Regierung eingeführt. Wir haben in unserem Programm zur Landtagswahl, das wir am 19. und 20. April 2008 beschlossen haben, die Abschaffung gefordert. Die CSU hat das Gleiche im Juli 2008 gefordert. Wir haben das Ganze in die Koalitionsverhandlungen eingebracht und gemeinsam beschlossen. Jetzt wird es durch eine Gesetzesänderung unter Wissenschaftsminister Dr. Heubisch umgesetzt. Ich denke, auch das ist ein wichtiges Signal an die Studierenden. Wir haben dies gesagt, dass die Mittel nicht der Universität zur Verfügung stehen, sondern allein in den Staatshaushalt fließen.

(Beifall bei der FDP)

Auch für die Kommunen tun wir mit dem neuen Doppelhaushalt mehr. Auch das kann nie genug sein. Wir müssen aber den Gesamthaushalt im Hinterkopf haben. Ich meine, wir leisten einen erheblichen Beitrag zur Konsolidierung und zur besseren Finanzausstattung der Kommunen. Ich kann aus derselben Stadt wie Herr Mütze, nämlich aus Aschaffenburg berichten, dass wir seit Jahren bemüht sind, einen konsolidierten, vernünftigen Haushalt aufzustellen. Die Kommunen sind aufgefordert, dabei mitzuarbeiten.

Alle diese Vorhaben verursachen Kosten. Es wurde bereits zu Recht gesagt, dass die Personalkosten alleine in den Kennzahlen die Personalkosten gestiegen sind und die Personalquote von 16 auf 16,8 angehoben wurde, während die Investitionsquote leicht abfällt. Für die blanke Zahlenseite ist das richtig. Auf der anderen Seite muss man aber sehen, dass die Personalkosten sehr stark für Bildung, Lehrkräfte und für Hochschulen eingesetzt werden. Diese Investition reicht in die Zukunft. Deshalb kann man sie nicht mit dem normalen Aufblähen der Personalkosten in Verwaltung und Mit-

telbehörden gleichsetzen. Das ist eine Investition in die Zukunft und deshalb richtig.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das alles bedeutet nicht, dass wir für die Jahre 2010, 2011 und folgende die Kennziffern in den nächsten Doppelhaushalten außer Acht lassen wollen. Wir werden die Entbürokratisierung und den vereinbarten Bürokratie-TÜV fortführen. Das bezieht ein, dass Gesetze und Vorschriften zeitlich befristet werden können; denn wir wissen alle, dass jedes Gesetz und jede Vorschrift Arbeitskräfte im Beamtenapparat bindet.

Die Haushaltsausweitung beträgt 5 %. Der Vorwurf, in Bayern werde nichts getan, ist faktisch falsch. Wir tun das Mögliche und das Gebotene. Die Quote innerhalb der Westländer bleibt nach wie vor sehr gut.

Wir sind der Meinung, dass wir von Bayern aus nicht in mehr Programme investieren können. Die Programme, die wir auf Bundesebene erleben, haben zwei Probleme. Zum ersten dauert es eine gewisse Zeit, bis die Wirkung am Markt vollzogen wird. Zum zweiten ist die Hauptwirkung immer wieder im Bereich des Bauwesens. Man kann schon davon ausgehen, dass die Programme durch Multiplikatoreffekte auch anderswo ankommen. Wir investieren aber jetzt schon über viele Projekte und Maßnahmen der Staatsregierung in den Baubereich. Ich meine, dass mehr geholfen ist, wenn man über Entlastungen spricht. Mit diesen Entlastungen steuern wir dagegen, dass die Wirtschaft weiter nach unten driftet und noch mehr Steuerausfälle zu befürchten sind. Vielleicht sollte diese Sache bei den GRÜNEN einmal ankommen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Wie anfangs erwähnt, sind wir in einer wirklich schwierigen wirtschaftlichen Lage.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

- Es hilft doch nichts, wenn Sie plärren. Das macht das nicht wahrer, was Sie erzählen.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann Ihnen immer wieder von Neuem sagen: Die Personen, die hier oft stehen und über den Neoliberalismus reden, wissen nicht, wovon sie reden.

(Beifall bei der FDP - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dazu brauchen wir Sie bestimmt nicht!)

Frau Rupp, das Ganze ist eine etwas müßige Diskussion. Ich weiß, dass Sie es besser wissen; denn Sie

wissen, das der Neoliberalismus die Basis für die soziale Marktwirtschaft ist. Das spricht in diesem Raum niemand aus.

(Beifall bei der FDP - Lachen und Widerspruch bei der SPD)

Im Vorfeld der Vorlage des Haushalts war zu lesen, dass man diesen Haushalt trotz der wirtschaftlichen Lage in die Tonne kippen sollte. Ich habe wörtlich zitiert. Ich würde das nicht sagen. Man kann daraus erkennen, wie verantwortungslos Teile der Opposition mit dieser Angelegenheit umgehen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist verantwortungslos gegenüber dem Mittelstand, der die Mitte ohne die sofortige Beratung des Haushalts die Mittel nicht zur Verfügung gestellt bekommen könnte; verantwortungslos gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren Unternehmen keine Hilfe erhalten; gegenüber den Schülerinnen und Schülern, die keine Ausweitung der Lehrerzahlen erfahren würden; gegenüber den Studierenden, die nicht entlastet werden oder weil der Aufbau an neuen Studienplätzen nicht vonstatten gehen würde, und vielen anderen.

(Beifall bei der FDP)

Es wäre auch verantwortungslos gegenüber der nächsten Generation. Würden wir länger warten, würden die Auswirkungen der Krise immer schlimmer werden, und wir könnten nicht entgegenwirken.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer sagt denn, dass wir warten sollen?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, ich streite mich gerne mit Ihnen über das Thema, wie eine Entlastung erfolgen sollte. Das ist immerhin noch eine politische Aussage. Nur die politische Aussage zu bringen, wie Teile der GRÜNEN das tun, dass wir das Ganze stoppen, erneut beginnen sollen und somit sechs Monate keine Haushaltsberatung haben werden, ist verantwortungslos und eine Beleidigung der politisch mündigen Bürger und der Vernunft.

(Lachen bei den GRÜNEN - Heiterkeit bei der SPD)

- Da können Sie schreien, solange Sie wollen.

(Beifall bei der FDP - Zurufe der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) und Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir hier in diesem Raum tragen Verantwortung für die Maßnahmen in der aktuellen Lage, aber wir tragen auch Verantwortung für künftige Generationen. Auf diesem

schmalen Grat bewegen wir uns, wenn wir einen solchen Haushalt verabschieden. An diesem Punkt ist ein Kommentar zu dem Bild des Geisterfahrers angebracht. Ein Geisterfahrer fährt gegen die Richtung und gegen den Strom. Was im Straßenverkehr völlig falsch ist, ist in der Wirtschaftspolitik richtig. Dort soll man sich antizyklisch gegen den Strom bewegen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da sind wir uns einig, Respekt!)

Das sagt auch Herr Keynes, auf den Sie sich so oft berufen. Ich meine, es ist gar nichts Kritisches zu sehen, wenn die Regierung auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik in eine andere Richtung als die Konjunktur fährt.

Wir tragen die Verantwortung für die kommende Generation, und wir sind uns dessen auch sehr bewusst. Bei allem, was wir bisher wissen, werden wir 2009 ohne Verschuldung auskommen. Bisher hat in diesem Raum noch keiner den Stein der Weisen gefunden. Auch wir nicht. Wir werden im Herbst mit den neuen Zahlen regulieren müssen. Bis dahin sehe ich den sicher sehr ereignisreichen Haushaltsberatungen entgegen und freue mich auf Ihre Änderungsanträge.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich erteile Herrn Abgeordneten Hallitzky das Wort zu einer Zwischenbemerkung und bitte Herrn Karsten Klein noch einmal an das Rednerpult.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Klein, wären Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass die theoretische Grundlage, aufgrund der Sie behaupten, dass es mit Steuerentlastungen mehr Steuereinnahmen gebe, zum einen empirisch noch nie zum Erfolg geführt hat und zum zweiten von Ronald Reagan ausprobiert wurde, was die USA absolut in die Pleite geführt hat? Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass die Aussage, man würde bei den sich jetzt auftürmenden Schulden mit Steuererleichterungen dauerhaft zusätzliche Einnahmen akquirieren und zusätzliche Haushaltsstabilität erzeugen, in der Tat politische Geisterfahrei ist? - Sie haben das Wort ohnehin für sich akzeptiert. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar. Das stimmt auch. Das mögen Sie als Intervention oder als Frage deuten.

Nehmen Sie jedenfalls bitte zur Kenntnis: Die Vorstellung, Steuererleichterungen wären für dieses Land derzeit tragfähig, hat das Niveau von Voodoo-Zauberei, bei der man versucht, fern jeder Realität eine Situation zu beschwören, die so nicht eintreten kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sie können es noch dreimal sagen, aber davon wird der Wahrheitsgehalt auch nicht höher. Wir wissen alle, dass die Situation damals in Amerika entstanden ist, weil sich die USA damals auf der anderen Seite der Laffer-Kurve befunden haben. Im Übrigen können wir gerne auch einmal ausführlich darüber diskutieren. Der Vorteil einer Entlastung, die übrigens nicht erst zur Jahresmitte, sondern sofort bezogen wird, ist eben, dass sie sofort wirkt - im Gegensatz zu Konjunkturprogrammen, die sehr lange brauchen, bis sie wirken. Dann kann die Wirtschaft schon wieder in einer ganz anderen Situation sein. - Wenn Sie das auch endlich einmal zur Kenntnis nehmen könnten, wäre ich sehr dankbar.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. Als Nächster erteile ich der Abgeordneten Erika Görnitz für die CSU-Fraktion das Wort.

Erika Görnitz (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch kurz auf den kommunalen Finanzausgleich eingehen. Es ist eine Besonderheit in Bayern, dass man sich mit den kommunalen Spitzenverbänden an einen Tisch setzt und dass hier die Schwerpunkte der Politik für die Kommunen in einer Zusammenarbeit vereinbart werden. Ich denke, es ist was Tolles dabei herausgekommen. Lassen Sie mich deshalb noch einmal darauf eingehen.

Meine Damen und Herren, in der Gesamtbilanz steigt der kommunale Finanzausgleich um 225,9 Millionen auf insgesamt 6,8 Milliarden Euro. 2007 haben wir das erste Mal die Grenze von 6 Milliarden erreicht. Daran sehen Sie, wie wichtig und wie effektiv dieser Finanzausgleich für die Kommunen ist.

Der kommunale Finanzausgleich gibt ganz wichtige Impulse für das Wachstum und die Konjunktur. Bedenken Sie, dass von den Kommunen allein 60 % aller Investitionen der öffentlichen Hand getätigt werden. Da wird einem bewusst, wie wichtig es ist, dass diese Mittel zur Verfügung gestellt werden. Auch die Anhebung der Verbundsätze ist ein ganz wichtiger Bereich. Nur das gibt den Kommunen Sicherheit. Beim allgemeinen Steuerverbund wird es eine grundsätzliche Erhöhung von 11,7 auf 11,94 % geben. Das hört sich jetzt ein bisschen wenig an; aber diese 0,24 Prozentpunkte machen immerhin 61 Millionen aus. Damit erreichen wir 3,07 Milliarden. Außerdem ist der Kraftfahrzeugsteuerverbund ein wichtiger Punkt. Auch hier wird sich der Ansatz erhöhen. Schon im letzten Jahr wurde er von 42,83 % auf 50 % angehoben. In diesem Jahr legen wir einen weiteren Prozentpunkt drauf. Mit 51 % haben wir

eine Steigerung um 16 Millionen. Ganz besonders wichtig ist, dass damit auch der kommunale Straßenbau unterstützt werden kann. Die Mittel im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz können wir damit um 30 Millionen anheben.

Insgesamt ermöglichen die Anhebungen der Verbundsätze Schwerpunktsetzungen sowohl bei den investiven Mitteln wie auch bei den allgemeinen Deckungsmitteln. Das wirkt natürlich bei den Verwaltungshaushalten der Kommunen ganz besonders.

Die Investitionsförderung ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt. 118 Millionen Euro mehr wollen wir in diesem Bereich investieren. Das macht haushaltssperrenbereinigt allein beim Schulhausbau 45 Millionen Euro aus; auch die Krankenhausfinanzierung ist ein wichtiger Schwerpunkt mit 22,4 Millionen; das ist eine Erhöhung auf dann insgesamt 500 Millionen Euro. Die Investitionspauschale ist für die Kommunen ein ganz wichtiger Punkt, weil sie hier einen gewissen Bewegungsspielraum für eigene Entscheidungen haben. Hier werden wir auf 173,3 Millionen Euro kommen; das sind immerhin 11 % mehr als im letzten Jahr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz können wir mit 30 Millionen aufstocken. Wir haben damit 160 Millionen für diesen ganz wichtigen Bereich. Damit verhindern wir einen Abfinanzierungsstau in diesem Bereich. Auch für den Straßenbau und den Straßenunterhalt, was für unsere Flächenlandkreise unheimlich wichtig ist, wird es eine Steigerung auf 250 Millionen Euro geben.

Auch der Forderung, die Verwaltungshaushalte zu stärken, die die kommunalen Spitzenverbände immer wieder erheben, können wir Rechnung tragen. Die Schlüsselzuweisungen, das Kernelement des kommunalen Finanzausgleichs, werden weiter um 142,6 Millionen auf 2,58 Milliarden weiter steigen. Damit werden ganz besonders die schwächeren Gemeinden und Landkreise gestärkt; sie können ihre Einnahmen so verbessern.

Die Schülerbeförderung ist uns ebenfalls sehr wichtig; hier halten wir den Staatsanteil von 60 % mit 8 Millionen mehr, die draufgelegt werden. Auch die Bezirke, hier der Sozialhilfeausgleich, bleiben bei 580 Millionen, obwohl wir für die Bezirke die Übernahme der Gewässer der zweiten Ordnung beschlossen haben; damit sparen die Bezirke 9 Millionen, die der Freistaat Bayern übernommen hat.

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen - der Minister hat das am Anfang dargestellt - setzt der kommunale Finanzausgleich 2009 ein ganz klares Signal. Er gibt den Kommunen Finanzsicherheit und versetzt sie in die Lage zu investieren.

Erneut ist es gelungen, einen aufgabengerechten und ausgewogenen kommunalen Finanzausgleich zu gestalten. Es wird wieder wahr: Damit ist der Freistaat Bayern ein verlässlicher Partner der Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Entschuldigung: Erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kamm?

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Görlitz, Sie haben den kommunalen Finanzausgleich sehr gelobt, auch die Zuweisung an die Bezirke. Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass die nur noch im Jahr 2009 so bleiben soll und dass sie 2010 gekürzt werden soll?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Görlitz.

Erika Görlitz (CSU): Der Schwerpunkt liegt jetzt auf dem Finanzausgleich 2009. Sie wissen selbst, dass jedes Jahr neu verhandelt wird. Wenn es hier Veränderungen gibt, kann das sicherlich entsprechend angeglichen werden. Wir müssen immer abwarten, wie die Situation im nächsten Jahr ist. Hier geht es um das Jahr 2009, und ich glaube, da kommen wir ganz gut zurecht.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich bedanke mich für Ihre Wortmeldung und für die Beantwortung der Frage. Weitere Wünsche zur Aussprache liegen mir nicht vor. Ich habe keine Wortmeldungen mehr und schließe die Aussprache. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun das Wort der Herr Staatsminister der Finanzen, Herr Georg Fahrenschon.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem wir noch intensive Haushaltsberatungen vor uns haben, will ich mich kurz fassen. Ich will aber doch auf den einen oder anderen Gedanken und den einen oder anderen Beitrag eingehen.

Liebe Frau Rupp, am Ende ist es immer das Los der Opposition, dass man bei verschiedenen Punkten einfach mal aufspringen muss. Deshalb verstehe ich auch, dass Sie jetzt aufgesprungen sind. Sie verlangen jetzt ein Konjunkturprogramm. Das Problem ist dabei allerdings: An dieser Stelle ist der Zug nicht nur schon auf dem Gleis, er ist schon angefahren, er läuft schon, er fährt!

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Die Bayerische Staatsregierung hat im November ein veritables Konjunkturpaket beschlossen. Setzen Sie sich mit den Fakten auseinander!

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Doppelhaushalt ist der Mittelstandsschirm auf den Weg gebracht worden. Im Rahmen des Investitionsbeschleunigungsprogramms, das nicht heute beschlossen wurde, sondern das seit November schon wirkt, sind staatliche Baumaßnahmen im Umfang von über 350 Millionen Euro vollständig aus dem Jahr 2008 in das Jahr 2009 übertragen worden. Die arbeiten schon, die Beträge sind schon ausgeschrieben!

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was ist denn daran Neues? Das ist doch alles alt!)

Schon während der vorläufigen Haushaltsführung können aufgrund der Beschlusslagen Baumaßnahmen aus dem Programm 2020 im Volumen von 390 Millionen Euro begonnen werden. Das ist schon erledigt Frau Rupp, die sind schon am Arbeiten. Um Verzögerungen bei zu fördernden Investitionen gegebenenfalls zu vermeiden, werden schon jetzt bei bestehenden Förderprogrammen Zustimmungen zum vorzeitigen Maßnahmebeginn erteilt. Im Bereich von Artikel 10 FAG ist es bereits der Fall, dass Neuaufnahmeverbände in Höhe von 600 Millionen Euro für den Schulhausbau ausgewiesen werden können. Das macht insgesamt mehr als 1,3 Milliarden Euro. Frau Rupp, wachen Sie auf; wir sind schon dabei. Sie sind zu spät.

(Beifall bei der CSU)

Vor diesem Hintergrund muss man sagen: Im Gegensatz zur SPD gibt der Doppelhaushalt die richtige Antwort in der jetzigen Lage. Wir vernachlässigen nämlich auch die langfristige Perspektive nicht. Wir entfachen jetzt nicht nur ein Strohfeuer und versuchen, es mit Neuverschuldung zu finanzieren. Das wäre genau die falsche Reaktion. Wir setzen diesen Doppelhaushalt in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mit den richtigen Maßnahmen in Gang. Wir setzen mit dem Doppelhaushalt ein kraftvolles Zeichen gegen die Flaute. Versuchen Sie doch einmal den Vergleich mitzugehen. Wenn das Wirtschaftswachstum einbricht, wenn wir in Bayern im ersten Halbjahr 3 % hatten und die Prognose bei minus 2,25 % liegt, ist es doch ein veritables Zeichen der Gegensteuerung, wenn wir mit den Staatsausgaben um 5,4 % zulegen. Damit müssen Sie sich auseinandersetzen. Wir füllen jetzt diese Lücke aus. Insbesondere in der Bauwirtschaft, aber nicht nur dort, steuern wir mit erheblichen Mitteln dagegen. Das können Sie doch nicht einfach vom Tisch wischen, verehrte Frau Rupp.

(Beifall bei der CSU)

Auch beim kommunalen Finanzausgleich bitte ich Sie, nicht Birnen mit Äpfeln zu vergleichen. Andere Länder speisen ihren kommunalen Finanzausgleich aus einem Steuerverbund. Bayern speist den kommunalen Fi-

nanzausgleich aus drei Steuerverbünden, aus der Kfz-Steuer, aus dem allgemeinen Steueraufkommen und aus der Grunderwerbsteuer. Das lässt sich sehen, und das ist nicht zu unterschätzen. Vor dem Hintergrund bitte ich Sie, deutlich zu machen, dass wir zum richtigen Zeitpunkt mit den richtigen Instrumenten gehandelt haben.

Die Aussage der SPD, der Haushalt des Jahres 2007 wäre tatsächlich ausgeglichen gewesen und alle anderen nicht, ist schlicht und einfach falsch. Wenn man die notwendige Kreditaufnahme für die Kapitalzufuhr an die BayernLB beiseite lässt, haben wir seit 2006 keine Nettoneuverschuldung. Der Freistaat Bayern hat seit dem Jahr 2006 keinen einzigen Euro neue Schulden aufgenommen. Das ist die Tatsache.

(Widerspruch bei der SPD - Beifall bei der CSU)

Die laufenden Einnahmen überstiegen die laufenden Ausgaben. Der Finanzierungssaldo war positiv. Wenn Sie wollen, können Sie es in der Haushaltsrechnung nachlesen. Der Rechnungshof wird es Ihnen bestätigen.

Lieber Herr Pointner, ich verstehe Ihre Nachfrage nach den Rücklagen. Ich weise darauf hin, dass die Rücklagen ausweislich des Einzelplans 13 zum 31.12.2007 bei 1,8 Milliarden Euro lagen. Hinzu kam die Entscheidung beim Nachtragshaushalt 2008, weitere 400 Millionen Euro in die Rücklage einzustellen. Der Jahresabschluss 2008 hat bei der Entscheidung über den Doppelhaushalt und dessen Drucklegung noch nicht vorgelegen, weil wir den Dezember, den steuerstärksten Monat, noch abwarten mussten. Im Jahresabschluss ist aber über eine Milliarde an Steuermehreinnahmen zu verbuchen gewesen. Auch das wird mit dem Haushaltsergebnis 2008 dem Haushaltsausschuss zur Verfügung gestellt. Ich gebe Ihnen gerne die einzelnen Fundstellen an, möchte aber darauf hinweisen, dass wir schon in der Vergangenheit mit einzelnen Berichterstattungen den absoluten Überblick über die Rücklagen gewährt und damit für Klarheit und Wahrheit gesorgt haben, und dass wir das auch in Zukunft tun werden.

Mit dem Programm für Investitionen der Kommunen und Länder werden im Rahmen des Konjunkturpakets II in Bayern 1,9 Milliarden zur Verfügung stehen. Wir werden zusammen mit den bayerischen Kommunen diese Chance nutzen, um den Konjunkturabsturz zu mildern, die Beschäftigung zu sichern und uns für die Zukunft zu stärken. Wir werden zusätzliche Projekte im Bereich von Bildung und Infrastruktur verwirklichen können. Aber auch da müssen wir auf das konkrete Bundesgesetz und die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund warten. Die Tatsache, dass heute erst das Bundeskabinett entschieden hat, heißt noch lange

nicht, dass wir gesicherte Grundlagen haben. Das Verfahren sieht auch hier noch eine Bundestagsberatung und eine Beratung in der Länderkammer vor. Wichtig ist, dass die Kofinanzierung nicht allein vom Freistaat Bayern, sondern von den Kommunen und vom Staat zu leisten ist. Die Rahmenbedingungen sind aber unklar, deswegen hat Ihnen heute niemand etwas Genaueres oder gar Abschließendes sagen können.

Ich kann aber zwei Tatsachen festhalten: Bayern muss insgesamt 476 Millionen Euro zur Kofinanzierung beitragen. Diese Mittel werden sowohl vom Freistaat als auch von den Kommunen aufgebracht werden. Zweitens gibt es Bestrebungen im Bund, dass selbst gut wirtschaftende Länder sich quasi verschulden müssen, um die Kofinanzierung des Konjunkturprogramms zu bestreiten. Das ist der falsche Weg. Es kann nicht sein, dass wir alle dazu zwingen, die Kofinanzierung des Konjunkturprogramms II über die Verschuldung zu lösen, nur weil es der Bund nicht anders kann. Das ist mit Sicherheit der falsche Weg, weil wir uns dann eben nicht nach unseren Möglichkeiten engagieren können.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann lieber keine Kofinanzierung?)

Lieber Herr Mütze, ich glaube, wir haben im Wesentlichen einen politischen Dissens. Ich sehe ihn gerade nicht, trotzdem will ich es herausarbeiten. Dort, wo Herr Mütze am Ende schon langweilig und fast buchhalterisch argumentiert, muss man doch festhalten, dass wir uns bei der Ausrichtung der Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik mit aller Macht darauf stürzen müssen, dass wir Wachstum ins Land bringen. Ohne Wachstum werden wir weder Investitionen noch Konsolidierung erreichen können. Vor dem Hintergrund gestehe ich voll zu, dass ich auf allen mir zur Verfügung stehenden Ebenen dafür werbe, dass wir Steuern senken und klug investieren können, damit wir schnellstmöglich wieder Wachstum in unser Land bringen. Nur mit Wachstum sind wir in der Lage, Probleme zu lösen. Ohne Wachstum wären die Probleme größer, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Zum Stichwort Schaeffler kann ich Ihnen bestätigen, dass selbstverständlich der Ministerpräsident, der Wirtschaftsminister und der Finanzminister Gewähr bei Fuß stehen, wenn ein Unternehmen von der Größe und der Bedeutung der Schaeffler-Gruppe um einen Termin bei der bayerischen Staatsregierung anfragt. Das ist unsere Aufgabe. Beim Ausmaß der aktuell vorherrschenden konjunkturellen Probleme wird es auch weitere dieser Termine geben. Alles andere gehört nicht ins Plenum des Bayerischen Landtags.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Blick auf die heutige Debatte darf ich festhalten, dass die Regierung mit ihrem Entwurf zum Doppelhaushalt 2009/2010 auf den weltweiten Konjunkturabsturz die richtige Antwort gegeben hat. Wir setzen auf ein kraftvolles Ausgabenwachstum. Wir setzen auf Investitionen auf hohem Niveau. Und wir setzen auf die Stärkung der Zukunftsfelder in Bayern. Das Investitionsprogramm des Bundes ist eine sinnvolle Ergänzung dazu. An sich ist aber der komplette Doppelhaushalt ein Kraftpaket, ein Investitionspaket erster Güte. Bayern bleibt Vorbild. Ich freue mich auf die Debatten mit Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Erste Lesung
zu Staatsverträgen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen:

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Zwölften Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwölfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Drs. 16/260)

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung (Drs. 16/261)

Als federführend für beide Staatsverträge wurde im Ältestenrat der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur angesehen. Gibt es hinsichtlich der Zuweisungsvorschläge noch Änderungswünsche? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisung. Wer mit der Überweisung an den jeweils zur Federführung vorgeschlagenen Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Dann ist es einstimmig so be-

schlossen. Die Staatsverträge werden damit dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur zur federführenden Beratung zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Abstimmung
über Verfassungsvertragsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (siehe Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Verhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Dann ist es einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Neubestellung
eines Mitglieds des Landtags für den Landesdenkmalrat

Die CSU-Fraktion hat darum gebeten, statt ihres bisherigen Mitglieds im Landesdenkmalrat, Herrn Dr. Thomas Goppel, Herrn Kollegen Bernd Kränzle als neues Mitglied des Landesdenkmalrates zu bestellen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Bestellung des Kollegen Kränzle zum Mitglied des Landesdenkmalrates einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Dann ist auch das einstimmig so beschlossen.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich bekannt, dass am 7. Januar 2009 Herr Abgeordneter Dr. Manfred Weiß zum Vorsitzenden sowie Herr Abgeordneter Stefan Schuster zum stellvertretenden Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt wurde. - Ich gratuliere von dieser Stelle aus.

Da alle Tagesordnungspunkte abgearbeitet sind, schließe ich diese Plenarsitzung und wünsche Ihnen allen noch einen schönen Abend.

(Allgemeiner Beifall - Schluss: 19.00 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 28. November 2008 (Vf. 17-VII-08) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des Art. 3 Abs. 3 Satz 1 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 1993 (GVBl S. 264, BayRS 2024-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2008 (GVBl S. 460, ber. S. 580),
 2. des § 2 Satz 2 und des § 5 Abs. 3 der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer (Zweitwohnungsteuersatzung) der Gemeinde Spatzenhäusen vom 23. Mai 2005 PII/G-1310/08-16
 Drs. 16/267 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Es wird die Abweisung der Klage beantragt.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Die Fraktion FW hat beantragt das Votum Zustimmung zugrunde zu legen

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. Dezember 2008 (Vf. 20-VII-08) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 5 Abs. 2 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen und zur Änderung versicherungsrechtlicher Vorschriften vom 24. Mai 2007 (GVBl S. 344, BayRS 763-66-W) PII/G-1310/08-17
- Drs. 16/264 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. April 2008 (Vf. 7-VII-08) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 2 Nr. 8 letzter Halbsatz des Gesetzes zum Schutz der Gesundheit (Gesundheitsschutzgesetz - GSG) vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 919, BayRS 2126-3-UG)
PII/G-131008-6
Drs. 16/265 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 27. Februar 2008 (Vf. 2-VII-08) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 3 Abs. 1 Satz 1 und des Art. 6 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz der Gesundheit (Gesundheitsschutzgesetz - GSG) vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 919, BayRS 2126-3-UG)
PII/G-1310/08-3
Drs. 16/266 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. April 2008 (Vf. 5-VII-08) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 2 Nr. 8, Art. 3 und 6 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz der Gesundheit (Gesundheitsschutzgesetz - GSG) vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 919, BayRS 2126-3-UG)
PII/G-1310/08-5
Drs. 16/271 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

6. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 7. Februar 2008 (Vf. 1-VII-08) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes zum Schutz der Gesundheit (Gesundheitsschutzgesetz - GSG) vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 919, BayRS 2126-3-UG)
PII/G-1310/08-2
Drs. 16/272 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

Anträge

7. Antrag der Abgeordneten Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger und Fraktion (CSU),
Franz Maget, Franz Schindler, Harald Güller und Fraktion (SPD),
Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger und Fraktion (FW),
Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Thomas Hacker, Jörg Rohde, Tobias Thalhammer und Fraktion (FDP)
Vereinfachte Handhabung des Immunitätsrechts
Drs. 16/252, 16/270 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rasche Umsetzung der EU-Richtlinie zu Flugpreisen
Drs. 16/65, 16/152

Votum des federführenden Ausschusses
für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
der den Antrag für erledigt erklärt hat